anxa
87-B
11200

Die Entwicklung der Wohnverhältnisse und ihre Ursachen in der Stadt Strassburg i. E. in den Jahren 1900—1910.

Eine kritische Untersuchung

von

Dr. Friedrich Horn.

STRASSBURG i. E.
Strassburger Druckerei u. Verlagsanstalt, vorm. R. Schultz & Co.
1915.

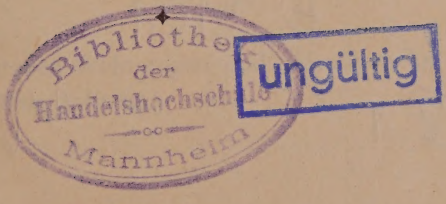
Om 30

Die Entwicklung der Wohnverhältnisse und ihre Ursachen in der Stadt Strassburg i. E. in den Jahren 1900—1910.

Eine kritische Untersuchung

von

Dr. Friedrich Horn.



STRASSBURG i. E.
Strassburger Druckerei u. Verlagsanstalt, vorm. R. Schultz & Co.
1915.

UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK
MANNHEIM
ungültig
E 7101
V,1
2 68

Inhalt.

Einleitung ..... S. VII—XIII

1. Kapitel.

Die Entwicklung der Wohnverhältnisse ..... „ 1— 46

A. Straßburg ..... „ 2— 22

I. Die Neustadt ..... „ 2— 8

II. Die Altstadt ..... „ 8— 14

III. Die Vororte ..... „ 14— 19

IV. Die Gesamtstadt ..... „ 19— 22

B. Andere Städte ..... „ 23— 46

I. Posen ..... „ 24— 27

II. Neukölln ..... „ 27— 30

III. Magdeburg ..... „ 30— 33

IV. Mannheim ..... „ 33— 36

V. Freiburg ..... „ 36— 40

VI. Düsseldorf, Cöln und Karlsruhe ..... „ 40— 46

2. Kapitel.

Die Ursachen der Wohnverbesserung ..... „ 47— 78

A. Die Bautätigkeit ..... „ 49— 58

B. Die Bevölkerungsbewegung ..... „ 59— 60

I. Der natürliche Bevölkerungszuwachs .... „ 60— 75

II. Der Wanderungsgewinn ..... „ 75— 78

3. Kapitel.

Ergebnis, Wohnungspolitik ..... „ 79— 98

Anhang ..... „ 99—101

(Die übervölkerten Wohnungen und die mit mehr als einer Haushaltung.)

Tabellen ..... „ 103—123

der Wohnung und durch diese nach allen Richtungen hin zu wirken. Aus diesen ganz verschiedenen Richtlinien in früherer und heutiger Zeit erklärt sich auch, daß man früher nur direkt-praktische Maßnahmen kannte, um auf die Bevölkerungsbewegung einzuwirken, und diese liefen immer nur in günstigen Zeiten auf die Erzielung einer möglichst kräftigen Volksvermehrung und in ungünstigen auf die einer nachhaltigen Volksverminderung hinaus, während man die mit der Bevölkerungsbewegung ursächlich verknüpften Bewegungen, die zum Teil eigentlich gerade als die Ursachen viel wichtiger waren, und deren Bearbeitung daher viel entscheidender gewesen wäre, nebenbei liegen ließ.

Das Altertum mag bei Besprechung solcher praktischen Maßnahmen in dieser kleinen historischen Einleitung mit wenigen Sätzen erwähnt werden. Denn wenn es auch, wie z. B. im alten Griechenland, dahin zielende Gesetze kannte (z. B. Sparta, Athen), so waren diese ursächlich doch ganz anders begründet, als diejenigen späterer Epochen. Im alten Griechenland war in Übereinstimmung mit heute die Erzielung eines starken, gesunden Geschlechtes der Zweck. Der Trieb hierzu war aber die philosophische Auffassung von der Bestimmung des Menschen, nicht ein Individuum, sondern nur ein Staatsteil zu sein, welches daher gemäß dem ihm zugedachten Zweck vom Staate zu gestalten war,*) sowie diejenige von der notwendigen Harmonie zwischen Körper und Geist und die Freude am Schönen, an der Kraft, an der höchsten Körperentfaltung. Von einer Beeinflussung durch volkswirtschaftliche Gesichtspunkte, wie in unserer Zeit, von einer Heranziehung eines starken Geschlechtes lediglich wegen des Kampfes um das Dasein, um die Existenz, war dabei keine Rede, zumal Griechenland nicht übervölkert war, diejenigen Menschen aber, die bereits in der Jugend schon eine kräftige Entwicklung nicht erwarten ließen, in Sparta z. B., vernichtet wurden, und so nur ein langsamer Zuwachs, vielleicht sogar ein Stagnieren eintrat.

---

*) Am weitesten ausgebildet, wenn auch in der Tat nicht verwirklicht, wurden diese Gedanken bekanntlich von Plato und besonders in seinem Hauptwerk, der πολιτεία. Er preist hier als das Höchste die Idee des Guten. Die Aufgabe des Staates ist, diese Idee zu verwirklichen. Zu diesem Zwecke muß ein fortwährender Nachwuchs von harmonischen Menschen geschaffen werden. Dieses wird erreicht durch Gesetze, die die Ehe, die Erziehung u. s. f. unter staatliche Aufsicht stellen, Gesetze, die nach heutiger Auffassung die Ehe und die ganze Bevölkerungsbewegung auf eine äußerst niedrige Stufe sittlicher Anschauung stellen und den Menschen zum Zuchttier herabwürdigen. Plato selbst hat in einem späteren Werk über den zweitbesten Staat seine Anschauungen wesentlich gemildert, und in noch schwächerem Maße vertritt sie sein Schüler Aristoteles.

Auch das alte Rom hatte bereits seine bevölkerungspolitischen Gesetze, deren wichtigstes die Lex Papia Poppaea ist, die im Jahre 9 n. Chr. nach Aufnahme der bereits früher erlassenen Lex Julia als Lex Julia et Papia Poppaea von Kaiser Augustus erlassen wurde und die ganze Kaiserzeit, d. h. bis 465, Geltung hatte. Das Gesetz verfolgte den Zweck, der bereits damals in Rom durch ein üppiges und loses Leben einsetzenden Ehe- und Kinderlosigkeit ein Ende zu machen oder ihr wenigstens zu steuern und so Rom seinen Vorrang in der Hervorbringung der Beamten zu bewahren.*) Auch dieses Gesetz hatte keine volkswirtschaftliche Begründung. Äußerst bezeichnend ist die Bevorzugung Roms, äußerst bezeichnend aber nicht nur wegen dieser, sondern auch weil sie zeigt, wie weit bereits jenes zügellose Leben eingerissen war, daß bereits bei einer relativ nicht großen Zahl nämlich drei Kindern die Begünstigungen eintraten.

Das Deutschland des Altertums kannte natürlicher Weise keinerlei bevölkerungspolitische Maßnahmen, die ja auch in keiner Weise nötig waren.

Erst die Entwicklung der Stadt ist es, die auch hierin vorangeht, und zwar waren es in ihr die Zünfte. Aber ihre Bestrebungen waren nicht auf eine starke Vermehrung der Bevölkerung gerichtet. Im Gegenteil, durch ihre Geschlossenheit und ihre von Erfolg gekrönten Bemühungen, daß es schließlich nur noch zünftige Bürger gab, daß ihnen also jeder unterworfen war, erreichten sie, daß jahrhundertelang die Zahl der Eheschließungen und auch die der Geburten auf gleicher Stufe blieb, eine Erscheinung, die z. B. in Straßburg sehr gut zu verfolgen ist.**) Wenn auch diese Maßnahmen der Zünfte noch nicht auf volkswirtschaftlichen Gründen beruhen, so sind es immerhin schon wirtschaftliche, die sie hervorbringen.

Erst die Zeiten, die dem sogenannten Zeitalter der Entdeckungen folgen, also das 16., hauptsächlich aber das 17. und 18. Jahrhundert

*) Die Grundsätze dieses Gesetzes, die Rom in starkem Grade bevorzugen und echt römischen Charakter tragen, sind kurz folgende: alle diejenigen, die in Rom drei, in Italien vier, in den Provinzen fünf Kinder haben, erhalten Befreiung von verschiedenen Lasten; die Verheirateten erhalten besondere Bänke im Theater, sie werden, besonders wenn sie mit Kindern gesegnet sind, bei der Bewerbung um Staatsämter anderen vorgezogen. Verlangt wird, daß die Männer zwischen dem 25. und 60., die Frauen zwischen dem 20. und 50. Lebensjahre heiraten. Die Unverheirateten (coelibes) werden von der Beerbung eines ihnen nicht nahestehenden Verwandten ausgeschlossen, diejenigen Verheirateten, die keine Kinder haben (orbi), erhalten nur die Hälfte. Die so freiwerdenden Erbansprüche werden den übrigen Bedachten, die Kinder haben, oder dem Fiskus zugewiesen.

**) Man vergl. die Tab. in Heft XI der „Beiträge zur Statistik der Stadt Straßburg im Elsaß“ p. 7 ff. (Bevölkerungsbewegung 1541—1895).

bringen Maßnahmen aus volkswirtschaftlichen Begründungen heraus. Aber auch sie waren alle noch rein direkt-praktischer Natur.

Langsam beginnen nach 1500 die Stimmen laut zu werden, die einer stärkeren Vermehrung der Bevölkerung das Wort reden, die also in Gegensatz zu den alten Bestrebungen stehen. So rät z. B. Luther in seinen Schriften zur Eheschließung und Kinderzeugung. Einzelne waren allerdings noch hiergegen, so z. B. Sebastian Franck (1500—1545),*) welcher meint, Deutschland versorgt alle Länder mit Volk und nimmt trotzdem nicht an Menschen ab und könne gut für seine Vermehrung ganz Ungerland hinzugebrauchen, und der ein von Gott geschicktes Sterben oder einen Krieg für nötig hält, weil „die gütter und herberg in ein sollich auffschlag kommen, das kaum höher mag". Aber die Möglichkeit, in den nunmehr entdeckten, zum Teil reichen und dünnbesiedelten Ländern kolonisieren zu können, ein vorher nicht gekannter Aufschwung in Handel und Industrie, sowie die merkantilistische Auffassung vom Staat führen immer mehr zu dem Bestreben, eine Bevölkerungsvermehrung um jeden Preis herbeizuführen. Die volkswirtschaftliche Begründung der Merkantilisten war die, daß der Staat verpflichtet sei, für den Wohlstand der Nation zu sorgen und diesen zu heben und zu fördern. Da dieses nach der metallistischen Idee am besten dadurch geschieht, daß eine große Ausfuhr vorhanden ist und nur eine geringe Einfuhr, weil auf diese Weise viel Silber und Gold ins Land fließt, muß die Bevölkerung möglichst stark vermehrt werden, um diese Aufgaben durchführen, d. h. um eine möglichst große Exportproduktion erzielen zu können. An die hierfür gewählten Maßnahmen sei nur kurz erinnert. Sie zielten hin: 1. auf eine Erhöhung der Geburtenzahl durch Erschwerung des Cölibats,[1]) durch Erhöhung der Zahl der Eheschließungen,[2]) durch Beförderung der Ehefruchtbarkeit[3]) und durch eine milde Betrachtung der unehelichen Geburten. 2. Es wurde die Einwanderung befördert[4]) und 3. Es wurde die Auswanderung verhindert[5]).

Es kann hier nicht die Aufgabe sein, des näheren auf die ungezählten Abhandlungen einzugehen, die sich zum Teil bis in die eigen-

*) Sebastian Franck: Germaniae Chronicon, gedr. zu Augsburg, 1538, Vorrede 6. Seite: Germani laut als vil als brüder, die anderen sagen, es werd a Germino Germania gnent, von der fruchtbarkeit dess volcks, dann Germino heisset sich meren und sprossen u. s. f.

[1]) z. B. durch das Verbot von öffentlichen Ämtern und verschiedenen Handwerkszweigen für Hagestolze, Hagestolzensteuern (z. B. Maryland im Jahre 1758).

[2]) Durch Prämien, Aussteuerbeihilfen, usf. Bekannt in dieser Beziehung ist ja das spanische Edikt von 1623 und das Edikt Ludwig XIV. vom Nov. 1666, „portant concession de privilèges et exemptions à ceux qui se marient avant ou

tümlichsten Forderungen verstiegen, um die Bevölkerungszunahme zu bewirken. Bekannt ist, daß eine gewaltige Reaktion eintrat, anknüpfend an den Namen Robert Malthus (1766—1834), der zu dem Resultat kam, daß niemand heiraten dürfe, der nicht die nötigen wirtschaftlichen Grundlagen hierfür nachweisen könne. Seine Lehren wirkten ebenfalls auf die Gesetzgebung zurück, die nunmehr nicht mehr die Bevölkerung vermehren wollte, sondern der Vermehrung Einhalt gebieten. Stark beeinflußt waren von dieser Lehre des vorhergehenden Existenznachweises die Gesetze von Württemberg, Bayern, Hannover usw., nicht jedoch die von Preußen und einigen anderen Staaten. Bekanntlich entwickelten sich über die Malthus'schen Theorien die heftigsten Meinungsverschiedenheiten, die auch heute noch nicht ganz zum Ausklang gekommen sind, besonders, seitdem wieder neuere englische Politiker einer stärkeren Volksvermehrung das Wort geredet haben, und seitdem die bekannte Erscheinung des Geburtenrückgangs einsetzt. Dieser Erscheinung wäre die alte Bevölkerungspolitik, die, wie schon oben erwähnt, nur das Massenproblem kannte, aus diesem Grunde mit direkten Einwirkungen begegnet. Die heutige Zeit hat aber das ganze Einwirken auf die Bevölkerungsbewegung verfeinert. Sie ist abgekommen von den direkten und immerhin nur rohen Maßnahmen der älteren Zeit. Ihr Ziel ist nicht und kann auch nicht sein eine direkte Vermehrung oder Verminderung der Bevölkerung. Ihre Aufgaben liegen auf ganz anderem Gebiete und dieses ist, wie schon gesagt, das sanitäre. Die heutige Bevölkerungspolitik erfaßt daher ihre Aufgabe so, daß sie die Qualität an die Stelle der Quantität setzt, daß sie lieber etwas weniger und dafür tüchtige Menschen erzielt, die den schweren Kampf ums Dasein auch aushalten, und daß sie den verminderten Zuwachs ausgleicht, dadurch, daß sie dem einzelnen eine längere Lebensdauer verschafft, und, was volkswirtschaftlich noch wichtiger erscheint, daß sie ihn befähigt, ein längeres Stück seines Lebens als arbeitendes Glied tätig zu sein. Die Bevölkerungspolitik will daher die Bevölkerung zu einem gesunden Geschlechte machen

---

pendant leur vingtième année, jusqu'à 25 ans, et aux pères de famille ayant dix à douze enfants".

[3]) Durch Gewährung von Pensionen, Prämien, Erziehungsbeihilfen an kinderreiche Familien.

[4]) Spanisches Edikt von 1623, Aufnahme der Protestanten Frankreichs, der evangelischen Salzburger und Böhmen in Preußen, Aufnahme der zugewanderten Meister in die Zünfte ohne Eintrittsgeld, dreijährige Befreiung von Lasten usf. Ähnliche Erlasse in Österreich durch Maria Theresia.

[5]) s. a. spanisches Edikt von 1623, verschiedene französische und österreichische Erlasse.

und hauptsächlich für den verkleinerten Nachwuchs gesunde Lebensbedingungen schaffen und zu diesen gehört in erster Linie die Wohnung.

Eine der wichtigsten mit der ganzen Bevölkerungs- und wirtschaftlichen Bewegung auf das innigste zusammenhängenden und auf das engste verknüpften Fragen und eines der hervorragendsten Gestaltungsprobleme ist daher das der Wohnverhältnisse, der Wohnbedingungen, der Wohnungsentwicklung. Soll tatsächlich das verlangte starke, arbeits- und zukunftsfrohe Geschlecht heranwachsen, so ist die erste Bedingung die, daß ihm dafür eine gesunde Umgebung geboten wird, die die gewollte Entwicklung begünstigt. Zu dieser Umgebung ist aber neben der Nahrung in vorzüglichster Weise die Wohnung zu rechnen. Dem geistig arbeitenden Teil der Bevölkerung ist sie sehr häufig zu gleicher Zeit Arbeitsstätte und Ruhepunkt, dem körperlich arbeitenden meistens nur letzteres. Aber gerade deshalb, weil der erschlaffte Körper in ihr die Wiederaufrichtung zur neuen Tätigkeit sucht und auch finden soll, ist es das erste Erfordernis, daß die Wohnverhältnisse die möglichst besten seien.

Jedoch nicht nur die direkte Einwirkung auf die körperliche Beschaffenheit des die Wohnung Bewohnenden, nicht nur die direkte Fernhaltung von Krankheiten und die Herunterdrückung der Sterbezahl und damit die Hinaufsetzung des Lebensalters, nicht nur das äußerlich-sanitäre Problem ist es, welches die verbesserten Wohnverhältnisse lösen sollen, sondern auch eine große Anzahl von Fragen auf anderem Gebiete sollen durch sie weitergefördert werden. Vor allem ist hierbei an das ethisch-sittliche Problem gedacht. Es ist ja eine nur zu bekannte Erscheinung, daß in Städten mit schlechten Wohnverhältnissen nicht nur, was ja in Anbetracht der schlechten Wohnverhältnisse als natürlich erscheinen muß, eine große Anzahl übervölkerter Wohnungen nebenher läuft, sondern auch das große Übel des Schlafgängerwesens und der Wohnungen, die mehr als eine Haushaltung beherbergen. Von den Folgen dieser beiden Mißstände wissen manche Großstädte ein Lied zu singen. Wie nachteilig diese Zustände auf die Bildung der Begriffe von Gut und Böse einwirken, wie schädlich sie den Anschauungen über Moral im allgemeinen sind, was für Mißstände in sittlicher Beziehung nach jeder Richtung sich bilden, wenn Erwachsene, Halbreife und Unerwachsene nicht in getrennten Räumen schlafen, und zwar nicht nur diejenigen einer Haushaltung, sondern häufig gemischt mit denen einer anderen Haushaltung oder anderer Haushaltungen und mit Schlafburschen, die oft nicht gerade einwandfreien Kreisen entstammen, braucht hier wohl nicht besonders betont zu

werden. Es sind dieses Umstände, die nur in erhöhtem Grade geeignet sind, die Frage der Wohnverhältnisse als soziale Frage erscheinen zu lassen und das Verlangen nach möglichst guten Wohnverhältnissen zu bestärken.

Es war eine im Großen und Ganzen bekannte Tatsache, daß die Straßburger Wohnverhältnisse im allgemeinen keine ungünstigen sein müßten. Wie groß sie sich aber tatsächlich absolut darstellen, wie sich also das Verhältnis zwischen Wohnhaus, Wohnung und hauptsächlich Wohnraum und Mensch offenbarte, war bisher noch nicht untersucht worden, und wußte man daher nicht. Die erste Aufgabe dieser Untersuchung war es daher, dieses Verhältnis und seine Entwicklung darzustellen. Dieser Aufgabe dient die erste Tabelle. Ihre Aufstellung und Berechnung wurde vom Verfasser selbst vorgenommen. Da die Einteilung der Stadt in organische Stadtteile, in Stadtteile also, die ihrem Wesen nach eine Einheit bilden, und die deshalb auch in dieser Untersuchung zur Anwendung gelangte, zum ersten Male im Jahre 1910 vorgenommen wurde, wurde es nötig, die Ergebnisse der Jahre 1900 und 1905 gänzlich umzuarbeiten, teilweise neu auszuzählen, eine Arbeit, die sehr sorgfältig vorgenommen werden mußte. Die zweite Aufgabe war dann die, die Causalzusammenhänge kritisch aufzudecken, die zu diesen Wohnverhältnissen und zu der vorher nachgewiesenen Entwicklung führten. Auch hier geschah die Zusammenstellung der Tabellen und ihre Berechnung vom Verfasser. Die dritte Aufgabe war dann naturgemäß die, die Ergebnisse aus den beiden vorangehenden Darstellungen zu ziehen und die Wohnungspolitik überhaupt etwas zu würdigen. Diese Trennung ließ sich aber natürlich nicht streng durchführen, denn eine kritische Untersuchung bringt es ja von selbst schon mit sich und macht es auch häufig zum Verständnis des Folgenden erforderlich, daß gleich an die Darstellung sich ein Eingehen auf Ursache und Wirkung und auf die Folgen anschließt.

1. Kapitel.

Die Entwicklung der Wohnverhältnisse.

A. Straßburg.

(Tabellen I und II.)

Wie in so vielen anderen deutschen Städten, hauptsächlich Großstädten, zeigt sich auch in Straßburg eine langsam aber sicher vorschreitende Teilung in ein Geschäfts- und in ein Wohnviertel. Dazu treten die von einer solchen Trennung noch nicht ergriffenen Vororte. Immer mehr werden durch diese Entwicklung die Wohnungen von den Geschäftshäusern entfernt. In diesen selbst aber erfaßt entweder ein Geschäft Besitz von dem ganzen Haus, oft befinden sich aber auch in den unteren Stockwerken Verkaufsräume, in den oberen Büroräume, manchmal auch noch ganz oben eine Wohnung. Diese Entwicklung pflegt man als City bildung zu bezeichnen. Ihren Ausdruck findet sie in einem absoluten und relativen Rückgang der Zahl der bewohnten Grundstücke, der Wohnungen, der Wohnräume und der Bewohner in dem zur City werdenden Stadtteile. Diese Citybildung drängt naturgemäß die Bewohner in die Außenstadtteile: in die Vororte und in die Neustadt. In dieser entstehen ruhige Wohnviertel, in die der Lärm der Geschäfte nicht Zugang findet, in die der Mensch sich zurückzieht vor der hastenden City, in der er aber seine Ruhe oft teuer mit hohen Mieten und vielen Opfern erkaufen muß. In der Altstadt, in der in Straßburg die Citybildung vor sich geht, kann man daher kaum einen richtigen Einblick in die Wohnverhältnisse bekommen. Es sei daher unsere Aufmerksamkeit zunächst der Neustadt zugewendet.

Die Entwicklung zerfällt gemäß den Zählperioden in zwei Abschnitte: 1900 bis 1905 und 1905 bis 1910. Bevor jedoch diese Entwicklung, deren Endergebnis seinen äußeren Ausdruck in den Zahlen der Tabelle I findet, dargestellt und untersucht wird, seien zu dieser

Tabelle selbst einige notwendige Erläuterungen gegeben. In Straßburg, als einer starken Grenzfestung, liegt naturgemäß viel Militär. Dieses ist, soweit es nicht Militär von Beruf ist, naturgemäß ganz ausgeschaltet worden. Außerdem gibt es einige statistische Militärbezirke. Sie umfassen die in den Kasernen lebenden Berufsmilitärs (Unteroffiziere, Sergeanten usw.) mit ihren Familien. Diese wurden nun im Jahre 1900 garnicht, im Jahre 1905 separat und im Jahre 1910 in den zugehörigen Stadtteilen gezählt. Wenn auch die Zahl der Gebäude, Wohnungen und Bewohner in den Militärbezirken prozentual für die Gesamtinnenstadt nur gering und in der Zu- und Abnahme der einzelnen Stadtteile so gut wie überhaupt ohne Einfluß ist, so sind sie doch in den Endresultaten der größeren Genauigkeit halber ausgeschaltet worden auf folgende Art: Das Jahr 1910 mit Militärbezirken wurde bezogen auf das Jahr 1905 mit Militärbezirken und das Jahr 1905 ohne Militärbezirke wurde bezogen auf das Jahr 1900 ohne Militärbezirke. Dadurch ergeben sich in den Endzahlen kleine Abweichungen vom Gesamtdurchschnitt. Weiter ist zu bemerken, daß in den Ausführungen und Tabellen überall die Küchen nicht als Wohnraum gezählt wurden. Schließlich ist noch auf den Unterschied hinzuweisen, der zwischen den Zahlen der Tabelle I und denen der Volkszählungsergebnisse beruht. So stellt die Tabelle I im Jahre 1910: 155 994 Bewohner fest, die Volkszählung eine Zivilbevölkerung von 163 436 Personen. Ähnliches gilt für die Jahre 1905 und 1900. Diese Abstimmigkeit beruht darauf, daß die Volkszählung sämtliche in einer bestimmten Stunde in einer Stadt befindlichen Personen erfaßt, einerlei, ob sie hier wohnen, oder nicht. Schon im nächsten Augenblick verschiebt sich bei der Volkszählung das gesamte Bild. Sie hätte also nicht den wahren Zustand zum Ausdruck bringen können. Die Zahlen sind daher alle entnommen den Ergebnissen der gleichzeitig mit der Volkszählung veranstalteten Grundstücks- und Wohnungsaufnahmen, die auch bei weitem genauer sind.

I. Die Neustadt.

Die Neustadt zerfällt in drei Bezirke, die westliche Neustadt (Viertel beim Schirmeckertor), die nördliche Neustadt (Contades- und Kaiserpalastviertel) und die östliche Neustadt (Orangerieviertel). In der Gesamtneustadt (alle drei Viertel) nahmen die bewohnten Grundstücke zu: 1900/05 um 394=35,56% und 1905/10 um 260=17,15%. Die Gesamtneustadt weist also einen Rückgang in der absoluten und relativen Zunahme der bewohnten Grundstücke auf.

Die relative Zunahme verteilt sich auf die einzelnen Bezirke nach Tab. I folgendermaßen:

Stadtbezirk	1900/05	1905/10
VI Westl. Neustadt	18,96	18,43
VII Nördl. „	35,85	13,35
VIII Östl. „	45,39	20,45
Neustadt.....	35,56	17,15

Also auch die einzelnen Stadtteile weisen einen zum Teil sogar starken Rückgang in der relativen Zunahme der bewohnten Grundstücke auf, der nur in der westlichen Neustadt ein kaum fühlbarer ist. Es drückt sich hier die geringe Bautätigkeit der vorhergehenden Jahre aus. Aber, könnte man einwenden, es wird sich hier vielleicht nur um einen Rückgang in der Zunahme der Gebäude handeln und dieser braucht nicht notwendigerweise einen solchen in der Zunahme-Zahl der Wohnungen nach sich zu ziehen, zumal die heutige Bauweise ja höher baut, die Wohnungen kleiner werden und dadurch mehr auf ein Grundstück entfallen als früher. Es sei daher des weiteren die Zunahme der bewohnten Wohnungen betrachtet. Sie betrug 1900/05: 2701=41,62% und 1905/10: 2417=34,31%. Verteilt auf die einzelnen Bezirke:

Stadtbezirk	1900/05	1905/10
VI Westl. Neustadt	28,99	31,91
VII Nördl. „	43,30	26,42
VIII Östl. „	53,41	48,11
Neustadt.....	41,62	34,31

Also auch hier zeigt sich der Rückgang in der relativen Zunahme, wenn auch in weit schwächerem Maße als bei den bewohnten Grundstücken. Nur die westliche Neustadt macht eine Ausnahme. Bei ihr war ja auch der Rückgang bei den bewohnten Grundstücken nur sehr schwach. Hier, beim Schirmeckertor, sind also Gebäude mit vielen

Wohnungen entstanden, d. h. entweder solche mit vielen Stockwerken, oder solche mit kleinen Wohnungen. Da aber die Wohnungsgröße in diesem Bezirke abnahm von 3,72 Wohnraum pro Wohnung im Jahre 1900 auf 3,50 im Jahre 1905 und auf 3,33 im Jahre 1910, so wird das letztere der Fall sein.

Das Ergebnis, welches die Betrachtung der Zunahme der beiden ersten für die Entwicklung der Wohnverhältnisse in Betracht kommenden Faktoren zeigte, muß also zunächst als durchaus unbefriedigend für eine wachsende Stadt angesehen werden. Nicht nur relativ haben die Grundstücke 1905/10 in der Neustadt schwächer und zwar nur halb so stark zugenommen, wie 1900/05, sondern auch absolut. Und daß die Wohnungen absolut um vielleicht ein Siebtel stärker, relativ aber um gut ebensoviel schwächer zunahmen, kann auch auf den ersten Blick nicht als günstiges Zeichen betrachtet werden. Damit ein Ausgleich stattfindet, und damit das Ergebnis ein befriedigendes werde, muß also dieselbe Erscheinung bei der Zunahme der Bewohner zu Tage treten. In der Gesamtneustadt nahmen die Bewohner zu: 1900/05 um 7481 = 36,12% und 1905/10 um 7671 = 27,21%; in den einzelnen Bezirken:

Stadtbezirk	1900/05	1905/10
VI Westl. Neustadt	20,97	27,40
VII Nördl. „	35,73	21,33
VIII Östl. „	52,97	35,68
Neustadt.....	36,12	27,21

Also auch die relative Zunahme der Bewohner, in der Gesamtneustadt ebensowohl wie in ihren einzelnen Bezirken, mit Ausnahme wieder in der westlichen Neustadt, hat nachgelassen. In der westlichen Neustadt (Schirmeckertorviertel) und in der nördlichen (Contades- und Kaiserpalastviertel) hat sich diese Zunahme der entsprechenden der Wohnungen angepaßt. In der östlichen Neustadt hingegen (Orangerieviertel) haben in dem Jahrfünft 1905/10 die Wohnungen relativ viel stärker zugenommen als die Bewohner. Das besagt aber nichts anderes, als daß damit schon in dieser Periode teilweise hier jene Erscheinung eingetreten ist, auf die jetzt ausdrücklich und mit Willen hingearbeitet wird, nämlich die Entstehung eines Villenviertels.

Der Rückschlag in der relativen Zunahme der bewohnten Grundstücke und Wohnungen war also angepaßt dem gleichzeitigen Rückgang in der relativen Zunahme der Bevölkerung, und die Befürchtungen, die man zunächst an diesen Rückgang knüpfen mochte, werden dadurch zerstreut. Diese Befürchtungen müssen aber noch viel mehr verschwinden, wenn die absolute und relative Zunahme der bewohnten Wohnräume der Betrachtung unterzogen wird. Die bewohnten Wohnräume nahmen in der Gesamtneustadt zu: 1900/05 um 7306=33,39% und 1905/10 um 9924=34,01%. Die relative Zunahme verteilt sich auf die einzelnen Bezirke:

Stadtbezirk	1900/05	1905/10
VI Westl. Neustadt	21,48	25,52
VII Nördl. „	33,94	31,58
VIII Östl. „	42,61	43,20
Neustadt.....	33,39	34,01

Bei der Zunahme der bewohnten Wohnräume läßt sich also die erfreuliche Tatsache feststellen, daß sowohl absolut als auch relativ ein Steigen eingetreten ist. Relativ zwar nur in geringem Maße, aber doch deutlich wahrnehmbar. Nur der nördliche Stadtteil weist einen kleinen Rückgang relativ auf. Dieser kann aber garnicht in Betracht kommen und fällt auch nicht ins Gewicht, weil hier eben der Rückgang in der relativen Zunahme der bewohnten Grundstücke und Wohnungen sowie der Bewohner ein sehr starker war, der diesen Rückgang bei weitem wieder aufhebt. Dieses wird auch weiter unten hervortreten bei Betrachtung des Verhältnisses, wieviel Wohnraum auf einen Bewohner entfällt.

Faßt man das Ergebnis dieser vier Zusammenstellungen zusammen, so gelangt man demnach zu folgendem Resultat: Die relative Zunahme der bewohnten Grundstücke, der bewohnten Wohnungen und der Bewohner hat in der Neustadt einen Rückgang erfahren, während die relative Zunahme der bewohnten Wohnräume ziemlich die gleiche geblieben ist, eher sogar etwas stärker wurde. Daraus kann schon im Großen und Ganzen der Schluß gezogen werden, daß eine Verbesserung in den Wohnverhältnissen eingetreten sein muß. In diesem Schluß muß man aber sehr vorsichtig sein, da noch manche Einzelheit zu berück-

sichtigen ist. Genauen Aufschluß über die Entwicklung in der Wohnung geben erst die Zahlen, die das Verhältnis der Bewohner und Wohnräume zur Wohnung und das der Bewohner zu den Wohnräumen darstellen.

Zunächst die Bewohner zur Wohnung: Da zeigt sich, daß 1910 sowohl in der Neustadt als auch, wie gleich gezeigt werden wird, in der Altstadt und in den Vororten weniger Bewohner auf eine Wohnung entfallen, als 1905 oder 1900. Dabei stehen die Neustadt und die Altstadt naturgemäß am günstigsten da, weniger günstig die Vororte. Das ist begreiflich, da die letzteren eine andere Zusammensetzung der Bevölkerung aufweisen, eine andere Lage zum Verkehrszentrum haben usw. In der Neustadt entfielen auf eine Wohnung Bewohner:

1900	1905	1910
4,16	4,00	3,79

Es ist also eine Verbesserung eingetreten. Aber in diesen Zahlen, welche angeben, wieviel Bewohner auf eine Wohnung entfallen, ist eines nicht enthalten, nämlich wie groß die Wohnungen sind. Das ist aber von Bedeutung und wohl zu beachten. Denn entfallen wirklich weniger Bewohner auf eine Wohnung wie früher, was in Straßburg, wie sich eben darstellte, ja der Fall ist, und geht dabei gleichzeitig die Wohnungsgröße in noch stärkerem Maße zurück, so kann das wirkliche Verhältnis, welches in der Zahl des Wohnraums pro Bewohner seinen Ausdruck findet, ein viel schlechteres geworden sein. Wie aber eingangs ausgeführt wurde, bringt die heutige Bauweise viele Kleinwohnungen auf den Markt und die Wohnungsgröße nimmt ab. Es muß daher, damit das Bild ein vollständiges wird, nicht nur die Zahl der Bewohner pro Wohnung betrachtet werden, sondern auch die Zahl der Räume pro Wohnung und die Zahl der Räume pro Bewohner.

Die Wahrnehmung der abnehmenden Wohnungsgröße trifft nun auch für die Straßburger Neustadt zu. In ihr ging mit Ausnahme in dem nördlichen vornehmen Bezirk die Zahl der auf eine Wohnung durchschnittlich entfallenden Wohnräume gegen 1905 und 1900 zurück. Es entfielen in der Gesamtneustadt Räume auf eine Wohnung:

1900	1905	1910
4,39	4,14	4,13

Also auch in der Neustadt, in den besseren Vierteln werden die Wohnungen kleiner. Man beschränkt sich auch dort lieber auf eine Drei-Zimmerwohnung, die vielleicht eine Ausstattung mit allem Kom-

fort aufweist, als daß man eine weniger gute Vier- oder Fünf-Zimmerwohnung nimmt. Daß dieses tatsächlich der Fall ist, beweist der Umstand, daß früher in der Neustadt die Vier- und Fünf-Zimmerwohnungen die größte Zahl der Räume stellten, während dieses mehr und mehr durch die drei- und vierzimmerigen geschieht.

Zum Schluß wäre noch das dritte und wichtigste der oben angegebenen Verhältnisse, das der Wohnräume zum Bewohner darzustellen. Erst dann läßt sich eine Entscheidung über die Ursachen der Wohnverbesserung fällen und feststellen, ob tatsächlich ein weiträumigeres Wohnen die Verbesserung in der Quote Bewohner pro Wohnung, die oben gezeigt wurde, hervorgebracht hat. In den Verhältniszahlen Wohnraum pro Bewohner weist allerdings die Gesamtneustadt 1910 eine Zunahme sowohl gegen 1905 als auch gegen 1900 auf. Es betrug die Zahl des auf einen Bewohner entfallenden Wohnraums:

1900	1905	1910
1,05	1,03	1,09

Bei näherer Betrachtung aber, wie sich diese Zahlen aus den einzelnen Bezirken zusammensetzen, findet man, daß die Zunahme in der Hauptsache nur aus der nördlichen Neustadt herrührt. In der westlichen Neustadt stieg die Anzahl des Wohnraums pro Bewohner von 0,88 im Jahre 1900 auf 0,90 im Jahre 1905, fiel dann aber wieder auf 0,88 im Jahre 1910 zurück. Die nördliche Neustadt dagegen entwickelt sich zum vornehmen Viertel. In ihr stieg die Zahl des auf einen Bewohner entfallenden Wohnraums von 1,10 im Jahre 1900 auf 1,18 im Jahre 1910. Ihr zunächst kommt die östliche Neustadt. Sie verzeichnet 1900/05 einen Rückgang von 1,15 auf 1,07, der auch 1910 mit 1,14 Wohnraum für den Bewohner noch nicht ganz wieder ausgeglichen ist.

Aus diesen ganzen Zusammenstellungen läßt sich aber unzweifelhaft eines klar erkennen, daß nämlich die oben dargestellte gegen 1905 und 1900 im Verhältnis zur Kopfzahl größere Wohnung so gut wie nicht ihren Grund hat in einer Verbesserung, d. h. Vergrößerung der Wohnung. Das ist wohl nur zu einem verschwindend kleinen Teil der Grund. Die andere eigentliche Ursache liegt tiefer und ist begründet in dem Rückgang des absoluten und relativen Zuwachses der Bevölkerung überhaupt. Diese nahm in der Gesamtstadt 1900/05 um 14 702=11,28% zu, 1905/10 aber nur um 9809=6,71%. Und auch in der Neustadt hat sich dieser Rückgang gezeigt, wenn auch natur-

gemäß nicht in so scharfem Maße hervortretend. Hier betrug der Zuwachs 1900/05: 36,12%; 1905/10: 27,21%. Dieser Rückgang in dem relativen Zuwachs der Bevölkerung findet seine Erklärung hauptsächlich im Geburtenrückgang, zum Teil auch im verminderten Wanderungsgewinn. Er wird aber in der Folgezeit noch stärker sich fühlbar machen, je mehr der Geburtenrückgang, der ja in Straßburg bereits seit einigen Jahren stark einsetzt, zunehmen wird.

II. Die Altstadt.

Wir wollen uns nunmehr der Altstadt zuwenden und hier die Citybildung betrachten, deren charakteristisches Zeichen die absolute und relative Abnahme der bewohnten Grundstücke und Wohnungen sowie der Bewohner ist. Von 1900 auf 1905 trat in allen alten Stadtteilen diese Abnahme auf, während in der Periode 1905—1910 zwei Stadtteile wieder eine kleine Zunahme zu verzeichnen haben.

Am stärksten war diese Abnahme in der östlichen und westlichen Altstadt, dem spezifischen Geschäftsviertel, in welchem sich beinahe dreimal so viel Gebäude mit Geschäftslokalen, als solche ohne welche befinden (s. Tab. II).

Während nun aber in anderen Städten, die eine Citybildung aufweisen, dieser Vorgang zunächst die Wohnräume verschluckte und sich dann erst an die Wohnungen machte, eine Erscheinung, welche z. B. in Mannheim sehr stark hervortritt, ist in Straßburg von 1900 auf 1905 zwar auch eine Abnahme der Wohnräume zu verzeichnen, von 1905 auf 1910 dagegen, mit einer geringfügigen Ausnahme, eine Zunahme. Die Citybildung, die in manchen Städten sehr scharf auftritt, hauptsächlich in solchen, in denen starke soziale Gegensätze bestehen, so daß sich auch die Wohnviertel streng sondern in solche der Arbeiter und in solche der besser situierten Klassen, ist in Straßburg doch nicht in solch ausgedehntem Maße tätig. Stark hervortreten wird sie aber im Jahre 1915, wo die Veränderungen, die der große Straßendurchbruch mit sich bringt, zum ersten Male in den Zahlen ihren Ausdruck finden werden.

Werden in der Gesamtaltstadt die Zu- und Abnahmen von 1900/05 und 1905/10 ausgeglichen, so findet sich für den Zeitraum 1900—1910 eine Gesamtabnahme der bewohnten Grundstücke um 133=3,95%, der bewohnten Wohnungen um 609=3,51%, der Bewohner um 4159=6,23%, dagegen aber eine Zunahme der bewohnten

Wohnräume von 681 = 1,46%. Im einzelnen stellt sich das Bild folgendermaßen dar:

Altstadt	Zunahme		
	1900/05	1905/10	1900/10
Bewohnte Grundstücke	— 81	— 52	— 133
„ Wohnungen	— 529	— 80	— 609
„ Wohnräume	— 447	+1128	+ 681
Bewohner	—2742	—1417	—4159

Schon dieser Überblick über die Entwicklung der Wohnverhältnisse in der Gesamtaltstadt deckt in großen Zügen ohne weiteres das auf, was oben als das charakteristische Zeichen des als Citybildung bezeichneten Vorganges geschildert worden war: die Zunahme im negativen Sinne, d. h. die Abnahme aller für die Wohnverhältnisse in Betracht kommenden Faktoren. Diese Abnahme trat in der ersten Periode 1900/05 für alle Faktoren ein, während im zweiten Zeitabschnitt 1905/10 die bewohnten Wohnräume wieder zugenommen haben, eine ganz außergewöhnliche Erscheinung, die weiter unten noch zu erklären sein wird. Der ganze Vorgang der Citybildung geschah aber in einem für die Entwicklung der Wohnverhältnisse in der Altstadt durchaus günstigen Sinn. In dem gesamten Zeitabschnitt 1900/10 nahmen die bewohnten Grundstücke und Wohnungen um 3,95 bezw. um 3,51%, also ziemlich gleichmäßig stark ab. Die Bewohner flohen aber in viel stärkerem Grade, nämlich fast doppelt so rasch vor der City, sie nahmen nämlich um 6,23% ab. Zu diesem einen günstigen Vorgang tritt nun ein zweiter, insofern als die bewohnten Wohnräume in dem zehnjährigen Zeitabschnitt überhaupt nicht abnahmen, sondern, wenn auch nur in mäßigem Rahmen, eine Zunahme zu verzeichnen hatten. Diese Zunahme entfällt jedoch nur auf den zweiten Zeitabschnitt 1905/10, denn im ersten Abschnitt wiesen auch die bewohnten Wohnräume eine Abnahme auf. Und zwar war diese Zunahme der bewohnten Wohnräume 1905/10 trotz der weiteren Abnahme der Wohnungen so groß, daß die Abnahme von 1900/05 aufgehoben und sogar ein Überschuß von 681 Wohnräumen erzielt wurde. Man muß also in der Altstadt weiträumiger wohnen als früher, was, wie gleich dargestellt werden wird, auch zutrifft. Die Frage ist nur die, wo trotz der Abnahme

der Wohnungen diese im Verhältnis dazu starke Zunahme der Wohnräume herrührt. Hier müssen wieder die einzelnen Stadtteile gesondert betrachtet werden.

Zunächst kommen als eigentliche Geschäftskonzentrationsviertel nur 2 Bezirke, die östliche und westliche Altstadt in Betracht, zu denen noch der dem Bahnhof vorgelagerte Bezirk St. Johann tritt. In der westlichen Altstadt, die das Viertel mit dem Alten Weinmarkt als Mitte umfaßt, haben in beiden Perioden die bewohnten Grundstücke, die Wohnungen und die Einwohner stark abgenommen. Sie bildet mit der östlichen Altstadt den eigentlichen Kern für die Bildung eines Geschäftsviertels, in welchem das bewohnte Grundstück vertrieben wird durch das nur zu geschäftlichen Zwecken dienende. An dieser Umwandlung nehmen die andern 2 Bezirke fast keinen (z. B. Krutenau) oder doch nur geringen Teil. Hier in der westlichen Altstadt war auch die Zunahme der Wohnräume nur sehr gering. Von 1900/05 betrug sie 1,72%, von 1905/10 folgte dann eine geringe Abnahme von 0,34%. Die geringe übrigbleibende Zunahme wird in Aufbauten ihren Grund haben. In der City ist nämlich Grund und Boden eine kostbare Sache. Ist nun ein Haus auf festen Grundmauern errichtet, so kann man an der Verkehrsstraße den Bauplatz sparen und baut je nachdem 1 bis 3 Stockwerke auf. Es rentiert sich meistens sogar, zumal wenn es sich um einen älteren Bau handelt, das alte Haus abzubrechen und ein neues höheres mit natürlich mehr Geschäftsstockwerken und Wohnungen zu errichten. So modernisieren sich langsam die Verkehrsstraßen, und es tritt eine kleine Vermehrung der Wohnräume, wenn auch meistens nur für einige Jahre, trotz der vorschreitenden City ein.

Immerhin ist trotz dieser Umstände die Wohnweise in der westlichen Altstadt, zu der auch noch viele Gassen und Gäßchen mit äußerst schlechten Wohnverhältnissen gehören, nicht allzuviel gebessert worden. Daran tragen aber nur diese Gassen die Schuld, daß für diesen Stadtbezirk die Wohnquote mit 0,79 Wohnraum pro Bewohner die tiefste der ganzen Innenstadt ist und sich auch gegen 1905 mit 0,77 und 1900 mit 0,74 nur wenig geändert hat.

Ganz im Gegensatz dazu steht die östliche Altstadt, die mit 0,99 Wohnraum pro Bewohner die höchste Quote der Altstadt aufweist und sogar noch vor der westlichen Neustadt mit 0,88 rangiert. Die östliche Altstadt verdankt diese hohe Zahl sicherlich auch nicht ihren engen und engsten Gassen, die sich bei ihr allerdings in geringerem Umfange finden, als in der westlichen. Die Zunahme der Wohnräume in der östlichen Altstadt läßt sich, abgesehen von wenigen Aufbauten,

wie sie eben bei der westlichen Altstadt besprochen wurden, hauptsächlich auf zwei Erscheinungen zurückführen, Erscheinungen, die für die westliche Altstadt nur in geringerem Umfange in Betracht kommen; es sind dieses Zusammenlegungen und Teilungen. Die Zusammenlegung hat folgende Ursache. Straßburg ist eine alte Patrizierstadt. In manchen Straßen der Altstadt befanden sich große Wohnungen von 8, 10, manchmal auch mehr Zimmern. Die neue Bauweise brachte nun kleinere Wohnungen mit allem Komfort, und die großen Wohnungen der Altstadt gingen nicht mehr ab. Da viele kleine Wohnungen verlangt wurden, und die Bautätigkeit in Straßburg seit langem nur den dringendsten Anforderungen nachkommt, was auch die kleine Zahl der leerstehenden Wohnungen beweist, so wurden aus jenen großen Wohnungen zwei oder drei kleine gemacht. Nunmehr entstanden in der Neustadt, in den Vororten 3- und 4-Zimmerwohnungen, und nun legte man in der Altstadt wieder zusammen. Die Zahl der Wohnungen nahm wieder ab, die Zahl der Wohnräume aber blieb dieselbe. Ihre Zahl hat dann durch Teilungen häufiger eine Vermehrung erfahren. Die alte Patrizierzeit liebte jene saalartigen Räume, wie sie sich auch heute noch hier und da in den Häusern der Patriziergassen der Straßburger Altstadt finden. Diese Räume sind aber für ihre heutigen Bewohner und die heutige Zeit durchaus nicht geschaffen, und so wurde oft ein solcher Saal in zwei bis drei Zimmer umgewandelt.

Eine Anzahl Wohnungen und Wohnräume ist dann auch dadurch verschwunden, daß in ihnen Büros, Niederlagen usw. eingerichtet wurden. Sie fallen dann bei der Zählung, die nur die bewohnten Wohnungen umfaßt, fort. Dieses dürfte in größerem Maße für das Viertel St. Johann zutreffen. Die günstige Lage vor dem Zentral-Bahnhof veranlaßt manchen, hier mit seinem Büro sich niederzulassen. Daß dieses tatsächlich die Ursache ist, ist daran zu erkennen, daß die Zahl der bewohnten Grundstücke im Jahre 1910 dieselbe ist, wie im Jahre 1900, also keine Abnahme aufweist. Dagegen hat die Zahl der bewohnten Wohnräume, der Wohnungen und der Bewohner stark abgenommen. Dieses kann aber nur geschehen sein, indem Wohnungen ausschließlich gewerblichen Zwecken zugewendet wurden. Auch hier haben sich die Wohnverhältnisse gebessert. Heute entfällt auf einen Bewohner 0,90 Wohnraum, gegen 0,86 in den Jahren 1900 und 1905.

Es zeigt sich also in der Entwicklung der drei für die Citybildung in erster Linie in Betracht kommenden Bezirke, daß das Viertel St. Johann gar keine Zunahme der Wohnräume, sondern eine Abnahme aufweist, und daß der westliche Bezirk an der Zunahme nur sehr schwach

beteiligt ist. Eine stärkere Zunahme weist nur die östliche Altstadt auf, die zum Teil dem stärksten Geschäftsviertel angehört, zum Teil aber auch ruhigere Gegenden besitzt. Die Hauptzunahme der bewohnten Wohnräume entfällt auf die beiden letzten Bezirke der Altstadt, die Krutenau und das Finkweiler.

In der Krutenau läßt sich der Zugang und Abgang normal erklären. Von 1900 auf 1905 nahmen die bewohnten Grundstücke um 2,14, die Wohnungen um 5,31 und die Bewohner um 7,91, das sind beinahe 8, Prozent ab. 1905/10 tritt dann wieder eine Zunahme ein, so daß 1910 die Zahl der bewohnten Grundstücke wieder beinahe die von 1900 ist. In demselben Maße nahmen die Wohnungen zu. Und nun zeigt sich ein Fortschritt: die bewohnten Wohnräume nahmen doppelt so stark, die Bevölkerung aber nur ein Drittel so stark zu, als sie vordem abnahmen. In der Krutenau kommt damit 1910: 0,80 Wohnraum auf einen Bewohner, welches zwar nächst der westlichen Altstadt mit 0,79 die niedrigste Quote der Innenstadt (Altstadt und Neustadt) ist, immerhin aber gegen 1900 eine größere Verbesserung in der weiträumigeren Wohnweise bedeutet, als sie die westliche Altstadt aufweisen kann.

Die Krutenau gibt auch gleichzeitig ein treffendes Beispiel für das weiter oben Ausgeführte, daß eine Verbesserung in dem Verhältnis Bewohner pro Wohnung, oder daß, wenn diese Zahl an und für sich günstig ist, trotzdem die Wohnweise eine schlechte sein kann. In der Krutenau entfällt nämlich mit 3,61 nächst dem Finkweiler, welches mit 3,49 noch günstiger dasteht, die kleinste Anzahl Bewohner auf eine Wohnung in der ganzen Innenstadt. Und trotzdem kommt hier die zweitkleinste Zahl Wohnraum auf einen Bewohner mit 0,80. Dann folgt das Finkweiler mit 0,84. Die Schuld hieran ist die kleine Wohnung, in der Krutenau mit nur 2,89, im Finkweiler mit 2,93 Wohnräumen pro Wohnung.

Der letzte Stadtbezirk der Altstadt ist das Finkweiler. Hier ist zwar relativ die Abnahme der bewohnten Grundstücke und der Bewohner in beiden Zeitabschnitten sehr stark, die der Wohnungen geringer. Bei den bewohnten Wohnräumen ist eine geringe Zunahme zu verzeichnen. Betrachtet man aber die Zahlen absolut, so sind sie nur klein. Ihre relative Höhe erklärt sich aus den niedrigen Gesamtzahlen. Einige Häuser wurden abgebrochen, weil an ihrer Stelle eine Mädchenschule entstand, andere, weil sie der Verkehrsentwicklung im Wege standen. Auf keinen Fall darf man aber aus der relativ starken Abnahme die Schlüsse ziehen, wie sie sich für die östliche und westliche Altstadt und für St. Johann ergaben. Einen großen Teil der Boden-

fläche dieses Bezirkes nimmt das Bürgerhospital ein. Er erfährt jetzt ebenso wie der Bezirk Krutenau eine Vergrößerung durch die Schleifung der Wälle an dieser Stelle. Und da sich hier die Verbindungsstelle zwischen der Innenstadt und dem allmählich städtisch sich entwickelnden Vororte Neudorf befindet, so steht hier, zumal nach Erbauung der Börse, eine rege geschäftliche Verkehrsentwicklung zu erwarten, wie sie jetzt schon die Durchgangsstraßen, Alter Fischmarkt, Rabenplatz, Metzgerstraße aufweisen. Auch im Finkweiler hat die Zahl der Bewohner pro Wohnung abgenommen, und die Wohnverhältnisse haben sich etwas gebessert. Es kommt heute auf einen Bewohner 0,84 Wohnraum gegen 0,75 im Jahre 1900 und 0,80 im Jahre 1905.

Also auch in der gesamten Altstadt ist eine Verbesserung der Wohnverhältnisse eingetreten, eine Verbesserung, die sogar im Gegensatz zur Neustadt ohne Schwankungen vor sich ging. Hier darf aber noch weniger wie in der Neustadt die Verbesserung auf Konto einer verbesserten, d. h. vergrößerten Wohnung gesetzt werden. Das zeigt ohne weiteres schon die starke Abnahme der Bevölkerung. In den Geschäftsvierteln sind so wie so neubautliche Verbesserungen nur noch in geringem Umfange und meistens nur nach vorherigem Abbruch des alten Gebäudes möglich. Der entstehende Neubau ist dann aber meistens ein zu Geschäftszwecken eingerichteter. Weit mehr dürfte hier der Geburtenrückgang in Frage kommen, der durch die Umwandlung in Geschäftsviertel (Citybildung) und durch die ihr folgende Bevölkerungsverminderung natürlich nur noch verschärft wird. Ist doch schon im Jahre 1912 die Zahl der ehelich Lebend-Geborenen der Innenstadt unter die der Vororte gesunken. (Hierbei ist von den Lebend-Geborenen die Zahl derjenigen abgezogen, bei denen die Eltern außerhalb wohnen, die also der Stadt verloren gehen.) Die Gesamtgeborenenzahl ist für die Gesamtstadt 1912 die kleinste seit 1896. Zum Teil beruht auch der relative Rückgang der Bewohner auf den Folgen des heutigen Erwerbslebens, bei welchem die Arbeitsstätte oft weit von der Wohnstätte entfernt liegt, ein Hindernis, welches durch die entwickelten und verbilligten Verkehrsmittel leicht überwunden wird und so hauptsächlich kinderreichen Familien Gelegenheit gibt, vor der Stadt, manchmal sogar in anderen Gemeinden (für Straßburg z. B. Schiltigheim, Hönheim usw.) billiger zu wohnen, als in direkter Nähe der Arbeitsstätten, besonders wenn diese in den Geschäftsvierteln liegen. Weiterhin ist noch das oben Gesagte zu wiederholen, daß in Straßburg in mancher Gasse alte Patrizierhäuser stehen, hinter deren Fassaden man garnicht große Wohnungen vermutet hätte. Und noch mehr verwundert ist

man, wenn man dann auch noch auf Gärten stößt. Solche Gebäude finden sich in der Juden- und Spießgasse, in der Kalbsgasse, vereinzelt in der Langstraße usw.

III. Die Vororte.

Nach der Neu- und der Altstadt sind zuletzt noch die Vororte zu besprechen. In ihnen gelangt man selbstverständlich nicht zu den Resultaten, zu denen man in der Neu- und Altstadt kam, gemäß der ganz anders zusammengesetzten Bevölkerung. Hier wohnt man nicht so weiträumig als in der Stadt, wenn auch in den Vororten eine gewaltige Verbesserung eingetreten ist. In den Vororten ist fast durchweg eine Verkleinerung der relativen Zunahme aller Faktoren eingetreten, die zum Teil sehr beträchtlich ist. In Neuhof hat die relative Zunahme der bewohnten Grundstücke und Wohnungen einen, wenn auch geringen, Zuwachs erfahren, während die relative Zunahme der bewohnten Wohnräume und der Bewohner, letzterer allerdings in geringerem Maße, auch hier abnahm. Wenn in der Altstadt die allmähliche Umwandlung einiger Bezirke in Geschäftsviertel für die dortige Umgestaltung der Wohnungsentwicklung und der Wohnverhältnisse von Bedeutung, wenn es für die Neustadt diejenige zur Erzielung eines ruhigen, angenehmen Wohnviertels war, so spielt für die Entwicklung der Vororte entschieden die größte Rolle die Art der Beschäftigung, der ihre Einwohner zur Hauptsache nachgehen. Das kommt uns auch sofort zum Bewußtsein, wenn wir die Vororte einzeln nach der Wohnungsentwicklung, wie sie in den beiden Zeitabschnitten 1900/05 und 1905/10 dort vor sich ging, betrachten.

Die Ruprechtsau ist bekannter Weise der Vorort, der noch am meisten ländlichen Charakter aufweist. Seine Bevölkerung treibt vorzugsweise Landwirtschaft und Handelsgärtnerei; vereinzelt finden sich auch größere Landgüter und Villenbesitze vor. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang, daß zur Ruprechtsau auch der vor dem Schiltigheimertor gelegene kleine Bezirk am Wacken gehört, der hauptsächlich villenartige Häuser aufweist. Die landwirtschaftliche Tätigkeit der Bewohner drückt sich auch in der äußerst ruhigen Entwicklung dieses Bezirkes aus, in welchem die relative Zunahme der bewohnten Grundstücke, Wohnungen und Wohnräume sowie der Bewohner in beiden Zeitabschnitten ziemlich dieselbe ist, nur kleineren Veränderungen unterworfen. Diese waren derart, daß sie günstig auf die Entwicklung einwirkten. Gemäß der landwirtschaftlichen Beschäftigung der Einwohner ist die Anzahl der bewohnten Grundstücke im Verhältnis

zu der Zahl der bewohnten Wohnungen sehr groß. Es kommen im Jahre 1910: 2,10 bewohnte Wohnungen auf ein bewohntes Grundstück. Es ist dieses die zweitkleinste Zahl in allen Bezirken der Gesamtstadt. Etwas kleiner ist nur die in Neuhof mit annähernd 2. Letztere hat aber eine ganz andere Ursache als die der Ruprechtsau. Da die absolute Zunahme der bewohnten Wohnräume die der Bewohner bei weitem übertrifft, und da auch in der relativen Zunahme letzterer ein kleiner Rückgang, in derjenigen ersterer aber ein kleiner Aufschwung eingetreten ist, so konnte in den Wohnverhältnissen eine Verbesserung eintreten. Die Zahl der auf eine Wohnung entfallenden Bewohner betrug 1910: 4,00 gegen 4,16 im Jahre 1905 und 4,28 im Jahre 1900. Dagegen nahm die Zahl der Wohnräume pro Wohnung zu von 2,63 im Jahre 1900 auf 2,83 im Jahre 1905 und 3,05 im Jahre 1910. In der Ruprechtsau stieg daher der Wohnanteil von 0,61 Wohnraum für einen Bewohner im Jahre 1900 auf 0,76 im Jahre 1910.

Schon bei diesem Vorort tritt aber der Unterschied zwischen den Vororten einerseits und der Innenstadt, d. h. der Altstadt und der Neustadt andererseits hervor. In der Innenstadt liegt im Jahre 1910 die Zahl der Bewohner pro Wohnung überall unter 4, in den Vororten meistens darüber; in der Innenstadt ist die Zahl der auf eine Wohnung entfallenden Wohnräume meistens größer als 3, in den Vororten mit Ausnahme von Ruprechtsau kleiner. Demgemäß kommt in der Innenstadt auch mehr Wohnraum auf einen Bewohner als in den Vororten. In diesen werden, genau wie in der Altstadt, die Wohnungen seit 1900 andauernd größer, während in der Neustadt ja eine Abnahme in der Wohnungsgröße, ein Kleinerwerden der Wohnungen festgestellt werden mußte. Diese Zunahme der durchschnittlichen Wohnungsgröße tritt aber in den Vororten in viel stärkerem Maße auf, als in der Altstadt, in welcher diese Zunahme in den 10 Jahren 1900 bis 1910 immerhin nur eine mäßige war. Es findet damit zunächst eine Einholung der Wohnungsgröße der alten Stadtteile durch die Vororte statt. So waren z. B. schon im Jahre 1910 die Wohnungsgrößen folgender Vororte und alten Stadtteile ganz oder annähernd gleich: Ruprechtsau und westliche Altstadt, Grüneberg und Krutenau, Neudorf-West und Finkweiler. Die Vororte werden also immer mehr in die städtische Entwicklung hineingezogen, und es findet ein Ausgleich statt, der sie zunächst den alten Stadtteilen gleichstellt.

Bei dem nächsten Vororte, Neudorf, ist im Jahre 1910 zum ersten Male eine Trennung in zwei Bezirke, Neudorf-Ost und Neudorf-West, vorgenommen worden. Diese Trennung wurde aus

zwei Gründen sehr nötig. Einmal deshalb, weil Neudorf derartig angewachsen ist, daß es mit seinen 25 380 Einwohnern schon mehr eine Vorstadt als ein eigentlicher Vorort ist. Diese Umwandlung zur Stadt wird jetzt in verstärktem Maße eintreten, wo die trennende Wand der Festungswälle gefallen ist, und so die Basis für eine Verschmelzung mit der Innenstadt geschaffen wurde. Der andere Grund zu der vorgenommenen Teilung ist aber die Tatsache, daß Neudorf in zwei wohnlich voneinander ganz verschiedene Bezirke zerfällt, was auch in den Zahlen scharf zum Ausdruck kommt. Die Trennungslinie ist die Polygonstraße. Im westlichen Bezirke sind die Verhältnisse im Wohnwesen bessere, als im östlichen. Es rührt dies daher, daß im westlichen Bezirke sich viele Beamte, hauptsächlich untere, angesiedelt haben, während die Bevölkerung des östlichen Bezirks sich vielfach aus Arbeitern und Tagelöhnern zusammensetzt. Die Beamten sind aber natürlich etwas zahlkräftigere Mieter als diejenigen aus dem Arbeiter- und besonders aus dem Tagelöhnerstande. So kommt es, daß im westlichen Bezirk 0,77 Wohnraum auf einen Bewohner entfällt, womit sich dieser der westlichen Altstadt mit 0,79 nähert. Im Bezirk Neudorf-Ost hat aber der Einwohner durchschnittlich nur 0,65 Wohnraum zur Verfügung. Derselbe Unterschied zwischen den zwei Bezirken macht sich auch auf allen anderen Gebieten des Wohnwesens bemerkbar, so z. B. bei der Art der Ausstattung der Grundstücke, bei der Zahl der übervölkerten Wohnungen, beim Schlafgängerwesen usf.

Da in den früheren Zeitabschnitten Neudorf nur als ein Bezirk gezählt wurde, so ist ein Vergleich auch nur für das Gesamtgebiet möglich, und es läßt sich leider nicht ermitteln, in welchem Grade jeder der beiden Bezirke an den Veränderungen teilgenommen hat. Die relative Zunahme der bewohnten Grundstücke und Wohnungen sowie der Bewohner hat in Gesamt-Neudorf einen Rückgang erfahren, wie ihn in demselben Umfange nur noch Kronenburg aufweisen kann. An diesem Rückgang haben die Wohnräume nur in geringerem Umfange teilgenommen. Es betrug die relative Zunahme:

	der Grundstücke,	Wohnungen,	Bewohner,	Wohnräume
1900/05	14,87	28,89	28,39	33,35
1905/10	6,62	9,86	6,91	25,01.

Aus diesem geringen Rückgang in der relativen Zunahme der bewohnten Räume erklärt sich auch die bereits oben besprochene Verbesserung der Wohnverhältnisse von 0,63 Wohnraum für den Bewohner im Jahre 1900 auf 0,66 im Jahre 1905 und auf 0,71 im Jahre 1910. In wie weit die einzelnen Bezirke, Neudorf-Ost und Neudorf-

West an dieser Verbesserung beteiligt waren, läßt sich, wie schon erwähnt, nicht genau feststellen, mit einiger Wahrscheinlichkeit jedoch bei einem Vergleich mit dem bereits behandelten Vorort Ruprechtsau nachweisen. Die Wohnungsverbesserung Gesamt-Neudorfs hat mit der der Ruprechtsau nicht gleichen Schritt gehalten, trotzdem die Wohnverhältnisse in beiden Vororten 1900 die gleichen waren, ja eher noch für Neudorf ein Vorsprung bestand. Im Jahre 1900 entfielen auf eine Wohnung Bewohner in Ruprechtsau : 4,28, in Neudorf etwas weniger : 4,14. Die Zahl der auf eine Wohnung entfallenden Wohnräume war die gleiche mit 2,63 und die Zahl des auf einen Bewohner entfallenden Wohnraums in Neudorf mit 0,63 etwas günstiger als in Ruprechtsau mit 0,61. Im Jahre 1910 hat sich das Verhältnis verschoben : die Zahl der Bewohner pro Wohnung ist fast die gleiche, in Ruprechtsau mit 4, in Neudorf mit 3,99 ; auf eine Wohnung entfallen aber in Neudorf weniger Wohnräume nämlich 2,83 gegen 3,05 in Ruprechtsau, und auf einen Bewohner entfällt weniger Wohnraum als in Ruprechtsau : 0,71 gegen 0,76. Da aber der Bezirk Neudorf-West 1910 eine Wohnquote aufweisen kann, die noch etwas günstiger ist als die von Ruprechtsau, und da der Bezirk Neudorf-Ost 1910 zum Teil unter den Durchschnittszahlen von Gesamtneudorf im Jahre 1905 steht, so muß die Verbesserung im Bezirk Neudorf-West viel stärker vor sich gegangen sein, als im Bezirk Neudorf-Ost. Letzterer steht mit 0,65 Wohnraum für den Bewohner im Jahre 1910 an drittletzter Stelle unter sämtlichen Bezirken der Stadt. An zweitletzter Stelle steht Kronenburg und an letzter der jetzt zu besprechende Neuhof.

In N e u h o f waren die Wohnverhältnisse von jeher am schlechtesten in Straßburg. Nun muß ja allerdings ein Bezirk das untere Ende in der Entwicklungsreihe darstellen, genau so gut, wie ein anderer das obere. Ausdrücklich war daher auch die Rede von den schlechtesten Wohnverhältnissen in Straßburg ; denn am Schluß dieses Kapitels, wo ein Vergleich mit einigen anderen Städten gezogen werden soll, wird sich zeigen, daß die Wohnverhältnisse nicht gar so schlecht, daß sie sogar, wenigstens was die Menge des auf einen Bewohner entfallenden Wohnraums, d. h. den Wohnanteil betrifft, zu einigen Städten noch als einigermaßen gut zu bezeichnen sind. Immerhin ist es nicht günstig, wenn ein Bewohner nur 0,61 Wohnraum zur Verfügung hat, d. h. wenn beinahe 2 Bewohner auf einen Wohnraum entfallen. Es rührt dieses daher, daß Neuhof beinahe ausschließlich der Bezirk der weniger gut gestellten Bevölkerung ist. Die relative Zunahme der bewohnten Grundstücke und Wohnungen erfuhr eine Vergrößerung, die der be-

wohnten Wohnräume eine stärkere und die der Bewohner eine schwächere Verminderung. Die Zahl der auf eine Wohnung entfallenden Bewohner sank von 4,72 im Jahre 1900 auf 4,33 im Jahre 1910. Die Zahl der Wohnräume pro Wohnung stieg von 2,31 im Jahre 1900 auf 2,63 im Jahre 1910, und ebenso vermehrte sich der Wohnraum für den Bewohner von 0,49 im Jahre 1900 auf 0,53 im Jahre 1905 und 0,61 im Jahre 1910. So kommen heute in diesem Bezirke knapp zwei Personen auf einen Wohnraum gegenüber mehr als zwei im Jahre 1900. Wie schon oben erwähnt, kommt in Neuhof die kleinste Zahl Wohnungen auf ein bewohntes Grundstück, nämlich kaum zwei. Das leitet sich hier natürlich nicht von vielen Villenbesitzen her. Dagegen spricht schon der Umstand, daß die Wohnungen sehr klein sind. Aus dieser niedrigen Zahl der auf ein Grundstück entfallenden Wohnungen darf daher keinerlei günstiger Schluß gezogen werden. Dieselbe rührt vielmehr von Grundstücken her, die vielfach mit alten, schlechten und zum Teil baufälligen Häusern besetzt sind, die ein Bewohnen nur in beschränktem Maße gestatten, weiter auch von kleinen billig erbauten Fachwerkbuden.

Die Bevölkerung der letzten drei noch zu untersuchenden Vororte, Kronenburg, Königshofen, Grüneberg, setzt sich mehr oder weniger gleichmäßig aus unteren Beamten, Betriebs- und Industriearbeitern zusammen. Hauptsächlich die Eisenbahnbeamten bevorzugen diese Vororte wegen ihrer günstigen Lage zum Hauptpersonen- und Güterbahnhof. Zwar zeigen auch diese Vororte, der allgemeinen Neigung entsprechend, einen zum Teil stärkeren, zum Teil schwächeren Rückgang zunächst in der relativen Zunahme der bewohnten Grundstücke. Während dieser Rückgang in Kronenburg und in Königshofen in entsprechender Weise auch bei den Wohnungen und Wohnräumen, in verstärktem Umfange bei den Bewohnern eintrat, muß für Grüneberg eine Ausnahme gemacht werden. Dieser Vorort ist sowohl in dem Zeitabschnitt 1900 bis 1905 als auch 1905 bis 1910 einer relativ starken Besiedelung unterzogen worden. Hier ist der Rückgang in der relativen Zunahme der Wohnungen ein sehr geringer. Sie betrug 1900 bis 1905 : 35,07 %, 1905 bis 1910 : 30,47 %. Da die relative Zunahme der Grundstücke aber stärker zurückging, so kommen 1910 mehr Wohnungen auf ein Grundstück als früher. Und zwar entfielen auf ein bewohntes Grundstück 1910: 3,0 Wohnungen, gegen 2,5 im Jahre 1900. Es entstanden in Grüneberg also Häuser zu Mietszwecken. Das zeigt sich auch an den Quoten der Wohnräume und Bewohner. Letztere nahmen von 1900/05 um 28,33 %, von 1905/10 um 27,87 %

zu. Der Unterschied in der relativen Zunahme ist also ein sehr geringer. Die Wohnräume nahmen 1900/05 um 51,17 %, 1905/10 um 40,78 % zu. Infolge dieser günstigen Entwicklung konnte auch die Verbesserung in den Wohnverhältnissen Grünebergs rascher vorschreiten als in den beiden anderen Vororten Kronenburg und Königshofen. In Kronenburg kam 1900: 0,53 Wohnraum auf einen Bewohner, ebenso in Grüneberg. 1910 kam aber in Kronenburg nur 0,63 Wohnraum auf einen Bewohner gegen 0,69 in Grüneberg. In Königshofen stieg der Wohnanteil eines Bewohners von 0,55 Wohnraum im Jahre 1900 auf 0,66 im Jahre 1910.

Also auch in den Vororten ist eine Bewegung nach oben in der Wohnungsentwicklung eingetreten, hier stärker, hier schwächer, überall aber deutlich vernehmbar in den Zahlen zum Ausdruck kommend. Diese Verbesserung der Wohnung liegt aber auch hier zum großen Teil in dem Rückgang in der relativen Zunahme der Bewohner, d. h. im verminderten Wanderungsgewinn und im Geburtenrückgang, begründet. So nahm z. B. die Bevölkerung zu in Neudorf: 1900/05 um 28,39, 1905/10 aber nur um 6,91 Prozent; in Kronenburg: 1900/05 um 35,84, 1905/10 nur um 9,24 Prozent; in Königshofen: 1900/05 um 16,45, 1905/10 nur um 5,65 Prozent. Zu dieser hauptsächlichen Verbesserung durch den Rückgang in der relativen Zunahme der Bevölkerung, mit dem das Sinken der Zahl der auf eine Wohnung entfallenden Bewohner ursächlich verbunden ist, kommt, daß der eine Vorort sich langsam zur Vorstadt entwickelt, daß hier die Verhältnisse städtischer werden, daß in einem anderen die günstige Lage auf die Entwicklung von Bedeutung war und eine Reihe weiterer einzelner Bewegungen. Diese allgemeine Wohnungsverbesserung ist natürlich von großem Wert, wenn sie sich auch leider zur Hauptsache auf einem starken Bevölkerungsrückgang aufbauen muß und nicht auf einer vergrößerten Wohnung.

IV. Die Gesamtstadt.

Zum Schlusse dieser eingehenden Untersuchung und Aufdeckung des Ganges der Wohnungsentwicklung in den einzelnen Stadtbezirken der Stadt Straßburg wäre nun noch die Bewegung darzustellen, wie sie sich im Durchschnitt für die gesamte Stadt, d. h. ohne Rücksichtnahme auf Altstadt, Neustadt oder Vororte ergibt. Daran soll dann im zweiten Abschnitt dieses Kapitels ein Vergleich mit einigen anderen Städten geknüpft werden, denen entweder wie Straßburg als Festungsstadt durch die militärischen Bestimmungen über Rayon usf. gewisse Be-

schränkungen auferlegt sind, oder die in ihrer freien Entwicklung in keiner Weise gehemmt sind. Es darf hier gleich vorweggenommen werden, daß dieser Vergleich für Straßburg nicht ungünstig ausfallen wird.

Die Betrachtung der Gesamtentwicklung kann natürlich in keiner Weise die Ergebnisse zeitigen, die die Untersuchung der einzelnen Bezirke brachte, denn diese Gesamtzahlen sind ja eine Zusammenfassung der Einzelzahlen der Bezirke, und diese wurden, wie bei Abhandlung der Bezirke sich ergab, durch die allerverschiedensten Ursachen hervorgebracht. Die Untersuchung der Gesamtstadt kann daher nur aufdecken, ob die Zusammenfassung der in den Einzelbezirken stattgefundenen Bewegungen für die Gesamtstadt eine in den beiden untersuchten Zeitabschnitten gleich- oder verschiedenartige Entwicklung ergibt. Nach den in den Einzelbezirken zu Tage getretenen Ergebnissen kann aber schon von vornherein ersteres verneint und letzteres bejaht werden. Allerdings werden die Unterschiede bei den für die Gesamtstadt geltenden Zahlen nicht so schroff hervortreten, wie bei denen einzelner Bezirke, da sie etwas ausgeglichen sind durch Bezirke mit einer anders verlaufenen Wohnungsbildung.

Auch in der Gesamtstadt kommt in dem Jahrfünft 1905/10 ein Rückgang in der Zunahme der einzelnen Wohnfaktoren gegenüber dem vorhergehenden Zeitabschnitt 1900/05 zum Ausdruck. Dieser Rückgang fand relativ bei sämtlichen für die Wohnungsentwicklung in Betracht kommenden Faktoren statt, in der Zunahme der bewohnten Wohnräume allerdings nur in geringem Umfange, in derjenigen der anderen Elemente jedoch in starkem Grade. Die bewohnten Wohnräume sind auch das einzige Element, das keinen absoluten Rückgang sondern eine, wenn auch nicht starke, Vergrößerung in der Zunahme aufweist. Durch diesen Umstand, vor allem aber durch seine Verbindung mit dem im zweiten Zeitabschnitt nur schwachen Bevölkerungszuwachs, stellt sich auch die Gesamtwohnungsentwicklung in Straßburg günstig dar. In der Gesamtstadt entfielen durchschnittlich auf eine Wohnung Bewohner:

1900	1905	1910
4,02	3,97	3,87.

Auch in diesen Zahlen zeigt sich schon der geringere Bevölkerungszuwachs des zweiten Abschnitts, denn von 1900 bis 1905 ging die Durchschnittsgröße der Familie (wenn man diesen Ausdruck recht weitherzig faßt und in diesem Fall sämtliche Bewohner einer Wohnung darunter versteht) nur schwach zurück von 4,02 auf 3,97, sank dann

aber stark auf 3,87. Auch die Zahl der auf eine Wohnung entfallenden Wohnräume:

1900	1905	1910
3,11	3,17	3,30

ging im ersten Zeitabschnitt weniger stark in die Höhe von 3,11 auf 3,17, stieg dann aber 1910 auf 3,30. Es erscheint nach der Entwicklung dieser beiden Verhältnisse nur als natürlich, daß auch das dritte aus ihnen resultierende, der Wohnanteil, diesen Gang mitmacht. Der Wohnanteil, das ist der auf einen Bewohner entfallende Wohnraum, betrug für Gesamt-Straßburg 1900: 0,77, 1905: 0,79 und stieg dann 1910 auf 0,85.

Die Zunahme der Wohnfaktoren nahm absolut und prozentual in den beiden Zeitabschnitten folgenden Verlauf:

Zeitabschnitt	bewohnte Grundstücke	bewohnte Wohnungen	bewohnte Wohnräume	Bewohner
		a) absolut.		
1900/05	868	4 068	15 236	14 702
1905/10	549	3 512	16 292	9 809
		b) prozentual.		
1900/05	10,37	12,60	15,13	11,28
1905/10	5,94	9,54	13,95	6,71

Es zeigt sich in diesen Zahlen deutlich die günstige Entwicklung in der Wohnung. 1900/05 haben die Bewohner prozentual fast gerade so stark zugenommen als die bewohnten Wohnungen und nicht viel schwächer als die bewohnten Wohnräume. 1905/10 tritt aber eine starke Verschiebung ein. Die Bewohner nehmen prozentual viel schwächer zu als die Wohnungen und diese wieder in demselben Maße schwächer als die Wohnräume. Darin liegt die günstige Entwicklung begründet. Die Ursache dieser Abnahme im Bevölkerungszuwachs ist aber schon oben kurz gestreift worden und wird im zweiten Kapitel zu den Ursachen der Wohnungsverbesserung noch näher erläutert werden.

Der bedeutende Wert der verbesserten Wohnverhältnisse, des weiträumigeren Wohnens, liegt natürlich nicht allein in dem Umstande, daß nunmehr der einzelne durchschnittlich über mehr Wohnraum verfügt als früher, daß er bequemer und schöner wohnen kann, sondern auch auf ganz anderen Gebieten. Wird ein Bezirk weiträumiger, d. h. entfallen im Durchschnitt auf eine Wohnung mehr Räume und weniger Bewohner als früher, so ist das erstere ein Zeichen dafür, daß die ungesunden Wohnungen etwas verschwinden, oder daß zum wenigsten keine oder doch so gut wie keine neuen mehr entstehen. Mit anderen Worten besagt dieses, daß von den Abbrüchen hauptsächlich die ungenügenden Wohnungen betroffen werden, und daß die Bautätigkeit Wohnungen hervorbringt, die, wenn sie auch absolut klein sind, im Großen und Ganzen sich doch auf dem Durchschnitt der vorhandenen Wohnungen halten (s. a. u. Bautätigkeit). In der ungesunden Wohnung liegt aber der Keim zu manchem Übel. Wie der französische Senator Ribot in einer neueren Abhandlung über die Gesundheitsverhältnisse in französischen Städten nachwies, ist in Frankreich die Kindersterblichkeit viel größer als in manchen anderen industriereichen Ländern, als z. B. in Deutschland. Schuld hieran sei lediglich die schlechte und ungesunde, die zu kleine Wohnung, die viel den Keim der Tuberkulose in sich berge. Wo die Wohnverhältnisse sich besserten, sank auch die Kindersterblichkeit, eine Erfahrung, die sich auch in Straßburg bestätigte. Das zweite, d.h. die kleinere Zahl der auf eine Wohnung entfallenden Bewohner gegen früher, ist zwar zunächst ein Ausdruck dafür, daß die Familien (wieder in dem oben angegebenen weiteren Sinne gebraucht) innerhalb der Wohnung kleiner werden. Dieses Kleinerwerden der Familie geht aber erfreulicher Weise am stärksten vor sich in den Stadtbezirken mit den schlechteren Wohnverhältnissen, weniger stark in denjenigen mit den besseren Wohnverhältnissen. Es sank z. B. die Zahl der auf eine Wohnung entfallenden Bewohner in Neuhof von 4,72 im Jahre 1900 auf 4,33 im Jahre 1905. Damit wird aber auch ein günstiger Erfolg gezeitigt, denn wenn die Familien kleiner werden, müssen die übervölkerten Wohnungen und auch das verderbliche Schlafgängerwesen abnehmen. In allen diesen Beziehungen ist aber natürlich die Verbesserung der Wohnung erfreulich und wünschenswert.

B. Andere Städte.

(Tabellen III, IV, V, VI, VII und VIII.)

Im vorhergehenden Abschnitt dieses Kapitels ist die Wohnungsentwicklung in der Stadt Straßburg in dem Jahrzehnt 1900—1910 eingehend dargestellt und untersucht worden. Es wurde dabei die Stadt nicht nur als Gesamtorganismus, sondern auch morphologisch analysiert in ihre einzelnen Stadtteile untersucht. Und diese Zerlegung war auch nötig gewesen, denn es zeigte sich, daß fast jeder Stadtteil oder höchstens zwei Bezirke miteinander einen von den anderen ganz verschiedenen Weg der Wohnungsentwicklung gegangen waren, einen Weg, abhängig von der sozialen Schichtung der Bewohner und von der Art und Weise der hauptsächlichsten Benutzung des Stadtteils als Geschäfts- oder als Wohnviertel und in letzterem Falle wieder als sogen. besseres oder als Industrie- oder Arbeiter-Viertel. Es stellte sich dann heraus, wie in der City, dem Geschäftsviertel, das Wohnhaus immer mehr weichen mußte dem Geschäftshaus, dem Geschäft überhaupt. Da verschwanden die Wohnungen und die Bewohner, gierig verschlingt das Geschäft eine Wohnung nach der anderen, macht unter dem Dachgiebel noch nicht einmal halt, sondern stößt diesen ab, um spekulativ noch einige Stockwerke aufzusetzen. Neben diesen Vierteln mit ihrem geschäftigen Hasten und Treiben entstanden wiederum solche, die ganz Ruhe atmen, die Viertel mit den besten, nebenbei auch teuersten Wohnverhältnissen, die Viertel der sogen. besser oder gut gestellten Kreise. Und neben diesen zwei ganz entgegengesetzten Typen wurden all die anderen Stadtbezirke mit ihren mannigfachen Schattierungen, hervorgebracht und abhängig von dem Beruf der sie hauptsächlich bewohnenden Klasse, gefunden. Es zeigte sich je nachdem ein ganz anderes typisches Gepräge, ob die Ruprechtsau mit ihren Landleuten und Gärtnern, ob Grüneberg, Kronenburg und Königshofen mit ihren unteren Beamten, hauptsächlich der Eisenbahn, Betriebsbeamten und Arbeitern, ob Neudorf, getrennt durch die Polygonstraße in Neudorf-West mit niederen Beamten oder Neudorf-Ost mit seinen Bewohnern aus dem Arbeiter- hauptsächlich Tagelöhnerstande oder gar Neuhof dem Auge sich darboten.

An diese vielfachen Differenzierungen sei hier kurz noch einmal erinnert, bevor in einige Vergleiche mit anderen Städten eingetreten sei.

I. Posen.

Die Stadt Posen befindet sich in mancher Beziehung in einer ähnlichen Lage wie die Stadt Straßburg, und wird daher sehr gerne, wenn auch, wie sich gleich zeigen wird, eigentlich mit wenig Berechtigung als Vergleichsstadt zu Straßburg gewählt. Posen ist wie letztere Stadt eine große Grenzfestung und zugleich Haupt- und Residenzstadt. So teilen beide als Hauptstädte das Los, daß sie als solche einschneidendere, raschere Entwicklungen durchmachen als andere Städte ähnlicher Größe, daß in ihnen die geschäftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen des Landes zusammenlaufen, daß diese Entwicklung aber auch durch mancherlei eingeengt und hintangehalten wird, so durch die Wälle, die Bestimmungen über Rayon und Bauweise, die Eigenschaft einer Grenzfestung als einer solchen. Beide haben ja nun etwas Luft bekommen durch eine teilweise Sprengung der Wallkette. Aber trotz dieser äußeren Ähnlichkeit in Größe (Straßburg 1910: 155 994 Einwohner, Posen 1910: 150 179; beide ohne Militär), Lage und Festungseigenschaft bestehen doch gewaltige Unterschiede zwischen beiden Städten, die sich sofort bemerkbar machen, wenn man das Wohnungswesen und die Wohnungsentwicklung Posens betrachtet. Gerade mit Bezug auf die eben angeführten gemeinsamen Eigenschaften darf das wohl etwas eingehender versucht werden, zumal diesen so große Gegensätze gegenüberstehen. Die Wohnverhältnisse der Stadt Posen sind im Vergleich zu anderen Städten, besonders aber zu Straßburg, als recht ungünstige zu bezeichnen. Auf einen Bewohner kam im Jahre 1910 im Durchschnitt 0,53 Wohnraum, eine Zahl, die die Wohnquote 0,49 der nachher zu besprechenden Stadt Neu-Kölln nur wenig überragt. Dabei ist letztere Zahl der Ausdruck der modernen Großstadtentwicklung, der ins ungeheuere geschraubten Boden-, Bau- und Mietpreise, der Ausdruck eines in allen Stadtteilen gleichmäßig schlechten Wohnens, während in Posen noch eine gewisse Mannigfaltigkeit herrscht, die aber auch als Folgeerscheinung der Unterschiede ein tiefes Minimum der Wohnquote mit 0,38 Wohnraum für einen Bewohner in dem Stadtteil „Rechtes Wartheufer“ gegen 0,37 in demselben Stadtteil im Jahre 1905 mit sich bringt. Gegen dieses Minimum kann man die Quote des Straßburger Vorortes Neuhof (0,61) noch als günstig bezeichnen, und sogar das in Mannheim erzielte Minimum von 0,48 (s. u.) braucht sich hier nicht mehr arg zu schämen. Beinahe drei Bewohner durchschnittlich auf ein Zimmer in einem ganzen Stadtteil von 16 585 Bewohnern!

Werden für beide Städte die 1910 gefundenen Zahlen der in Betracht kommenden Faktoren zusammengestellt, so ergibt sich folgendes charakteristisches Bild:

Stadt	Einwohner	bewohnte Grundstücke	bewohnte Wohnungen	bewohnte Wohnräume
Straßburg	155 994	9 785	40 314	133 027
Posen.....	150 179	2 891	32 685	79 304

Charakteristisch ist diese Zusammenstellung insofern, als sie in großen Zügen die Verschiedenheiten aufdeckt. Beide Städte sind an Einwohnerzahl beinahe gleich groß, aber schon die nächste Spalte zeigt, daß Posen diese Einwohner auf 2891 Grundstücken unterbringt, während in Straßburg 9785 Grundstücke zu diesem Zwecke dienen, also mehr als drei Mal so viel. Das besagt zunächst, daß in Posen auf jedes Grundstück auch mehr als drei Mal so viel Einwohner entfallen als in Straßburg (Posen 1905: 49,0, 1910: 51,8; Straßburg 1905: 15,82, 1910: 15,94.). Das bedeutet aber weiter, daß in Posen ein starker Prozentsatz Mietskasernen vorhanden ist. Und dieses entspricht auch den Tatsachen. Die nächste Rubrik bestätigt das auch. Sie sagt, daß in Posen auf die 2891 bewohnten Grundstücke 32 685 Wohnungen entfallen, gegen 40 314 auf die 9785 Straßburger. In Posen entfallen also 11,3, in Straßburg 4,1 Wohnungen auf ein bewohntes Grundstück. Die letzte Spalte endlich gibt für Straßburg 133 027, für Posen 79 304 bewohnte Wohnräume an. In Straßburg weist die Innenstadt (98 371 Bewohner) 93 026 Wohnräume auf, d. h. sie allein schon etwa 14 000 mehr als Gesamt-Posen.

Also bereits in der Gesamtwohnungsentwicklung der beiden Städte macht sich ein gewaltiger Unterschied bemerkbar, der noch fühlbarer hervortritt, wenn man sich in Posen den einzelnen Stadtteilen zuwendet. Wir finden nicht einen Bezirk, bei dem der Wohnanteil, d. h. der Wohnraum pro Bewohner, über 1 hinausginge, ja überhaupt nur 1 sich stark nähern würde. Der beste Stadtteil ist das Wilhelmsviertel. Seine Wohnquote ist 0,76 Wohnraum pro Bewohner, dieselbe wie die von Ruprechtsau, annähernd die von Neudorf-West. In diesem Stadtteil wird das günstige Steigen dieser Zahl (1905: 0,65) nur bewirkt durch eine Citybildung und durch Einreihung in eine

besonders günstige Bauklasse, die dieses Viertel für die besser gestellten Klassen reserviert.

Jedoch muß eine Citybildung wie die der Stadt Posen vorsichtig betrachtet werden. Die Zählungen und Ermittelungen erstrecken sich überall nur auf bewohnte Grundstücke, Wohnungen und Wohnräume. Sind nun in einer Stadt prozentual durchschnittlich viel Wohnungen leerstehend, so macht dies für einen Stadtteil, der über oder unter diesem Durchschnitt liegt, bereits viel aus (in Posen waren so im Jahre 1905 durchschnittlich 6,4 Prozent der Wohnungen leer; in 4 Stadtteilen wurde dieser Durchschnitt übertroffen, in den anderen 4 nicht erreicht); denn, sind bei der nächsten Zählung weniger oder mehr leer, so kommt ein großer, in Wirklichkeit garnicht vorhandener Unterschied heraus, der nicht auf einem Wohnungsaufschwung oder auf einem Wohnungsabgang (Citybildung) beruht. Diese Erscheinung konnte für Straßburg außer Acht gelassen werden, da hier an und für sich immer sehr wenig Wohnungen leer standen, und ihre Zahl daher keine in Betracht kommenden Verschiebungen bewirken konnte, da aber weiterhin die Quote der leerstehenden Wohnungen trotzdem immer noch gesunken ist bis auf 1 Prozent und darunter. In Posen ist die früher sehr große Zahl der leerstehenden Wohnungen auch zurückgegangen und zwar von 6,4 Prozent im Jahre 1905 auf 1,2 Prozent im Jahre 1910 und 1,7 Prozent im Jahre 1911. Damit erfährt aber die Citybildung ihre Bestätigung und eher eine kleine Verstärkung.

Es sei nunmehr wieder an die Betrachtung des Wilhelmsviertels angeknüpft, wo durch die obengenannten Umstände eine Verschiebung sich vollzieht, dergestalt, daß die bewohnten Wohnungen seit 1900 abnehmen, die Wohnräume dagegen zu. Die Wohnungen werden hier also größer, und die Wohnquote könnte in diesem besten Stadtteil noch bedeutend besser sein, wenn nicht hier seltsamer Weise die meisten Bewohner nämlich 4,96 auf eine Wohnung entfallen würden. In ähnlicher Weise, jedoch nicht so stark, vollzieht sich eine Umwandlung in dem Viertel Altmarkt. Hier ist dieselbe aber nur auf eine Citybildung zurückzuführen.

Die Zahl der auf eine Wohnung entfallenden Bewohner war für Posen:

1900	1905	1910
4,59	4,61	4,59

und in Straßburg für die entsprechenden Zählungen:

4,02	3,97	3,87.

Dabei entfielen aber in Straßburg trotz der hier schon kleineren Zahlen mehr Wohnräume auf die einzelne Wohnung, so daß sich für Gesamt-Posen der bereits oben genannte Wohnanteil für 1910 mit 0,53 Wohnraum für den Bewohner gegen 0,85 in Straßburg ergibt. Zu dieser niedrigen Wohnquote gesellen sich naturgemäß noch eine weitere Anzahl Übelstände: viele übervölkerte Wohnungen, ein ungesundes Schlafgängerwesen, wenig Ausstattung der einzelnen Wohnungen mit Badezimmern, Gas, Elektrizität usf., schlechte Abortverhältnisse usw. Auf jeden Fall gelangt man aber zu dem Schluß, daß die Wohnverhältnisse in Posen verglichen mit Straßburg recht ungünstige sind, trotz einiger äußerer Ähnlichkeiten in Lage, Größe, Festungseigenschaft. Diese ungünstigen Verhältnisse müssen um so schwerer wiegen, als Posen durchaus keine Industriestadt ist.

II. Neukölln.

Eine Stadt, in der die charakteristischen Merkmale der rasch sich entwickelnden modernen Großstadt gefunden werden, ist Neukölln. Nebenbei sei bemerkt, daß Neukölln die frühere Stadt Rixdorf ist, seit dem 27. Januar 1912 in Neukölln umgetauft. Wenn gerade diese Stadt als Beispiel für den modernen Großstadttypus, der von den bisher betrachteten Städten ganz verschieden ist, gewählt wurde, so geschah dieses aus verschiedenen Gründen. Die Stadt ist in vorteilhaftester Weise konzentriert, ein abgeschlossener Komplex, leicht übersichtlich. Alle ihre Stadtteile weisen mit ganz geringen Nuancierungen den gleichen Zug der modernen Großstadt auf. Da Neukölln keine Vororte hat, keiner seiner Stadtteile auch nur im geringsten hieran erinnert, so dürfte ein Vergleich auch mit der Straßburger Innenstadt sicher zutreffender sein, als nur ein solcher mit der Gesamtstadt. Allerdings wird hier und da die Ansicht vertreten, Neukölln sei eigentlich gar keine Stadt, sondern selbst nur, und dieses in seinem ganzen Umfange, ein Vorort und zwar von Berlin. Demgemäß wäre allerdings ein Vergleich nicht mit der Innenstadt sondern ein solcher mit den Straßburger Vororten richtiger. Neukölln hat aber mit Vororten in wohntechnischem Sinn neben den schlechten Wohnverhältnissen höchstens noch die tatsächliche Benutzung überein, insofern als viele seiner Bewohner in anderen Gemeinden (Berlin, Berlin-Britz, Berlin-Treptow) ihrem Beruf nachgehen und in Neukölln ihren Wohnsitz haben. Im übrigen zeigt aber Neukölln garnicht die Entwicklung eines Vorortes, sondern ganz die der heutigen Großstadt.

Auch bei Vergleichung der Wohnverhältnisse dieser Stadt mit denen Straßburgs sei, wie vorher bei der Stadt Posen, eine Gegenüberstellung der für die beiden Städte im Jahre 1910 ermittelten Gesamtzahlen vorausgeschickt, um einen allgemeinen Überblick zu erhalten:

Stadt	bewohnte Grundstücke	bewohnte Wohnungen	bewohnte Wohnräume	Bewohner
Straßburg . I*)	5 010	26 152	93 026	98 371
Straßburg . G	9 785	40 314	133 027	155 994
Neukölln	3 168	64 641	115 748	234 868

*) I = Innen-, G = Gesamtstadt.

Auch diese Zusammenstellung zeigt gleich in der ersten Spalte den großen Unterschied zwischen der Zahl der bewohnten Grundstücke: Straßburg 9785, Neukölln 3168. Während aber in Posen auf den viel weniger Grundstücken fast die gleiche Zahl Bewohner unterzubringen war, ist dieses Verhältnis für Neukölln noch viel ungünstiger, denn diese Stadt muß auf ihren gut drei Mal weniger Grundstücken stark ein und ein halb Mal so viel Bewohnern Unterkunft verschaffen. Daraus erklärt sich nun zunächst eine ganz ungeheuere Behausungszahl. Es entfielen in Neukölln im Jahre 1910 durchschnittlich 74,14 Bewohner auf ein bewohntes Grundstück gegen 15,94 in Straßburg, d. h. bald fünf Mal so viel. Weiterhin ergibt sich aus der großen Spannung zwischen der Zahl der bewohnten Grundstücke und derjenigen der bewohnten Wohnungen, daß ein großer Prozentsatz der Neuköllner Gebäude, man kann wohl ruhig sagen die Mehrzahl Mietskasernen sind. In Straßburg entfielen auf die 9785 bewohnten Grundstücke 40 314 bewohnte Wohnungen, d. h. auf ein Grundstück im Durchschnitt 4,12 Wohnungen. In Neukölln entfielen auf 3168 bewohnte Grundstücke 64 641 bewohnte Wohnungen, auf ein Grundstück also 20,40 Wohnungen durchschnittlich, das ist fünf Mal so viel als in Straßburg. Beim Vergleich mit der Straßburger Innenstadt wird dieses Verhältnis etwas günstiger. In der Innenstadt entfielen nämlich 1910: 5,21 Wohnungen auf ein Grundstück, in Neukölln also „nur“ etwa vier Mal so viel. Weiterhin bemerkenswert ist dann der Umstand, daß Straßburg für seine 155 994 Bewohner über 133 027 Wohnräume verfügt, während Neukölln für seine gut ein und ein halb Mal so viel Bewohner (234 868) nur 115 748 Wohnräume, also bedeutend weniger, benötigt.

In Neukölln ist der Wohnanteil, d. h. der auf einen Bewohner im Durchschnitt entfallende Wohnraum, im Jahre 1910: 0,49. Sein Minimum zeigt der Treptower Stadtteil mit 0,43, sein Maximum der Berliner Stadtteil mit 0,52. Die Spannung zwischen den beiden Endzahlen der Reihe ist also nicht sehr bedeutend. Leider liegen nur die Zahlen für 1910 vor, so daß ein Entwicklungsvergleich mit 1900 und 1905 nicht möglich ist. Es darf hier daran erinnert werden, daß in Straßburg die Durchschnittswohnquote für die Innenstadt im Jahre 1910: 0,94 betrug. Dabei war das Minimum mit 0,79 größer als in Neukölln das Maximum, während das Maximum mit 1,18 mehr als doppelt so groß ist als das Neuköllner Maximum. Die Durchschnittswohnquote von Neukölln ist für 1910 die gleiche wie für den Straßburger Vorort Neuhof im Jahre 1900!

Oben war die Rede von einer charakteristischen Wohnungsbildung in der modernen Großstadt. Diese drückt sich zunächst aus in der Kleinheit der Wohnungen. Es gab 1910 in Neukölln insgesamt 64 641 bewohnte Wohnungen. Davon hatten ganze 273 = 0,42% sechs Zimmer und mehr! In Straßburg gab es 1910: 40 314 Wohnungen. Davon hatten sechs Zimmer und mehr 3980 = 9,9%. Noch günstiger gestaltet sich das relative Verhältnis, wenn man die Straßburger Vororte außer Acht läßt und nur auf die eigentliche Stadt bezieht, weil, wie oben gesagt, Neukölln keine Vororte hat. Dann beträgt die Zahl der Wohnungen mit sechs und mehr Zimmern 13,3% und ist damit sogar viel größer als die Zahl der Drei-Zimmerwohnungen in Neukölln mit 9,69%. Ist aber die Zahl der bewohnten Wohnungen mit 3, 4, 5, 6 und mehr Zimmern in Neukölln absolut und relativ sehr klein, so ist andererseits die der Ein- und Zwei-Zimmerwohnungen sehr groß. Nicht weniger als $28\,228 = 43{,}66_8\,\%$ der bewohnten Wohnungen sind solche mit einem Zimmer! Sie stellen das Hauptkontingent. Nahe daran kommen die mit 2 Zimmern: 28 124 = 43,50 %. Für Straßburg lauten die Zahlen der Innenstadt entsprechend 7,2% und 26,5 Prozent. Daher rührt es auch, daß in Neukölln auf eine Wohnung durchschnittlich nur 1,79 Wohnräume entfallen, gegen 3,55 in der Straßburger Innen- und 3,30 in der Straßburger Gesamtstadt. Die Zahl der auf eine Wohnung entfallenden Bewohner ist naturgemäß für Neukölln um ein allerdings sehr geringes günstiger als für Straßburg (3,63 in Neukölln gegen 3,76 in der Straßburger Innen-, 3,87 in der Gesamtstadt), kann aber natürlich die aus den kleinen Wohnungen herrührenden Zahlen kaum bessern, und so gelangt man zu dem oben bereits angegebenen Wohnanteil von 0,49 Wohn-

raum für den Bewohner. Dabei ist noch das ungesunde Verhältnis zu berücksichtigen, das dadurch entsteht, daß in den vielen Ein-Zimmerwohnungen dieses eine Zimmer, wie das ja garnicht anders möglich ist, zugleich Wohn- und Schlafraum meistens für zwei Personen oder gar oft mehr ist. Eine Folge sind die vielen übervölkerten Wohnungen der Großstädte.

Nebenher läuft in Neukölln auch das in anderen Großstädten mit ähnlicher Wohnungsbildung- und Entwicklung beobachtete Symptom einer prozentual großen Zahl leerstehender Wohnungen. Im Jahre 1910 standen 9,50% leer, in Straßburg dagegen 0,97 in der Gesamt-, 0,87 in der Innenstadt.

Die moderne Großstadtbildung ist also einer gesunden Entwicklung der Wohnverhältnisse nicht gerade günstig. Sehr viele kleine Wohnungen, im Verhältnis zu ihrer Kleinheit viele Bewohner, die Wohnungen in großer Menge konzentriert in Mietskasernen, eine absolut und relativ große Zahl übervölkerter und leerstehender Wohnungen, wenig Ausstattung der einzelnen Wohnung sind die Folge.

III. Magdeburg.

Während die beiden bisher untersuchten Vergleichsstädte, Posen und Neukölln, sowohl an und für sich als auch besonders im Vergleich zu Straßburg kein gerade günstiges Bild der Wohnverhältnisse darboten, zeigt die zu ihrem größten Teile bekanntlich links der Elbe gelegene Stadt Magdeburg in dieser Beziehung bereits eine gewisse Ähnlichkeit mit Straßburg. Wenn hier eben die Elbe erwähnt und dabei besonders das links der Elbe hervorgehoben wurde, so geschah dieses, weil die Elbe, wie in so mancher Beziehung, auch hinsichtlich der Wohnverhältnisse eine Art Grenzlinie bildet. Ganz genau ist dieses allerdings nicht; denn die Wohnverhältnisse sind einesteils die des kolonialen Ostens, und dieses sind die weniger guten, und anderenteils die des Westens, die besseren. Die Grenze zwischen dem kolonialen Osten und dem von Anfang an deutschen Westen bildete aber bekanntlich nicht die Elbe. Natürlich ist diese Unterscheidung der Wohnverhältnisse in die besseren des Westens und die weniger guten des Ostens, die übrigens nicht nur für die Großstädte und die anderen Städte sondern auch für das flache Land gilt, nur eine solche im Großen und Ganzen. Jedoch lassen sich auf der einen Seite Beispiele für ähnliche Großstädte wie Posen und Neukölln anführen, so z. B. Breslau, Chemnitz, Plauen i. V., u. a. m. und auf der anderen Seite solche für Großstädte mit Straßburg ähnlichen

Wohnverhältnissen, so neben Magdeburg, Mannheim, Freiburg, Karlsruhe, weniger Düsseldorf, Cöln usf.

Die größere Ähnlichkeit in den Wohnverhältnissen zeigt sich schon, wenn, wie bei den bis jetzt untersuchten Städten, die Gesamtzahlen der vier für die Wohnverhältnisse und ihre Entwicklung in Betracht kommenden Faktoren von Magdeburg und Straßburg für das Jahr 1910 zusammengestellt werden:

Stadt	bewohnte Grundstücke	bewohnte Wohnungen	bewohnte Wohnräume	Bewohner
Alt-Magdeburg	7 476	63 976	190 973	241 085
Straßburg Innenstadt.	5 010	26 152	93 026	98 371
Gesamt-Magdeburg ...	8 964	70 303	208 230	266 730
Gesamt-Straßburg	9 785	40 314	133 027	155 994

Jedoch zeigt sich auch zugleich in denselben, daß die Wohnverhältnisse in Magdeburg den Straßburgern zwar ähnlich, jedoch nicht gleich sind. Magdeburg hatte 1910: 110 736 = 70,9% Bewohner mehr als Straßburg und hatte trotzdem rund 800 bewohnte Grundstücke weniger, wodurch sich eine durchschnittlich viel höhere Besetzungszahl der einzelnen Grundstücke ergibt mit 29,75 Bewohnern in Magdeburg gegen 15,94 in Straßburg, allerdings gegen die zuvor untersuchte Stadt Neukölln mit 74,14 wesentlich günstiger. Auch die Zahl der auf ein bewohntes Grundstück im Durchschnitt entfallenden Wohnungen ist in Magdeburg mit 7,85 gegen 4,12 in Straßburg viel größer und zeigt dadurch an, daß es in Magdeburg wohl auch Stadtteile gibt, die in stärkerem Maße Mietskasernenbildung aufweisen, was ja bekanntlich immer mit weniger guten Wohnverhältnissen identisch ist.

Leider liegen auch für Magdeburg und gerade für den wichtigsten Wohnfaktor, der Zahl der bewohnten Wohnräume nur die Zahlen für 1910 vor, sodaß ein Entwicklungsvergleich großen Teils ausgeschlossen ist. Da die Vororte erst innerhalb des Jahrfünfts 1905—1910 eingemeindet wurden, so liegen für diese für 1905 und 1900 überhaupt keine Zahlen vor, sodaß ein Vergleich von Alt-Magdeburg mit der Straßburger Innenstadt wohl eher zu einem zutreffenden Bilde führen dürfte.

In Alt-Magdeburg entfielen auf eine Wohnung Bewohner 1900: 4,08; 1905: 3,92 und 1910: 3,77. Diese Verbesserung der Zahl der Bewohner pro Wohnung wurde in Magdeburg ähnlich wie in Straßburg durch den Geburtenrückgang bewirkt. Für die Straßburger Innenstadt waren die entsprechenden Zahlen 3,92, 3,85 und 3,76. In der Magdeburger Gesamtstadt entfielen 1910: 3,79 Bewohner auf eine bewohnte Wohnung gegen 3,87 in der Straßburger. Diese Zahl stellt sich also für Magdeburg noch etwas günstiger dar. Jedoch wird dieser Vorsprung sogleich wieder ausgeglichen durch eine im Durchschnitt viel kleinere Wohnung. Magdeburg zeigt also hier die bereits besprochenen Großstadt-Wohnverhältnisse: die Zahl der Bewohner pro Wohnung ist günstiger, und sie muß es schließlich auch sein, denn sonst würde die Kleinheit der Wohnungen zu schlechten Wohnverhältnissen führen. Diese Kleinheit der Wohnungen ist noch dadurch besonders auffällig, als sie sich in starkem Maße gerade in den erst in neuester Zeit erschlossenen Stadtteilen Alt-Magdeburgs zeigt und damit beweist, daß hier die Bautätigkeit nicht zur Verbesserung der Wohnverhältnisse durch eine Produktion größerer Wohnungen beigetragen zu haben scheint. In Gesamt-Magdeburg betrug 1910 die Durchschnitts-Wohnungsgröße 2,96 Wohnräume, in Straßburg 3,30. In den neueren Stadtteilen entfielen in Magdeburg durchschnittlich 2,81 Wohnräume auf eine Wohnung gegen 4,13 in Straßburg. Jedoch steht die Magdeburger Altstadt mit 3,29 gegenüber der Straßburger mit 3,23 um ein allerdings nur sehr geringes besser da. Dieses rührt daher, daß in Magdeburg eigentlich nur der Stadtteil „Innere Stadt“ und höchstens dazu noch die „Südfront“ als Altstadt entsprechend der Straßburger anzusehen ist. Der Stadtteil „Nordfront“ ist erst nach dem Jahre 1888 entstanden durch eine Schleifung der Wälle und wurde durch breit angelegte Promenaden usw. sogleich zum vornehmen Viertel bestimmt. Hier entfällt auch der größte Wohnanteil auf den Bewohner mit $1{,}22_8$ Wohnraum, eine Zahl, die sogar über dem Straßburger Maximum mit 1,18 in der Nördlichen Neustadt liegt. Die nächstbeste Zahl zeigt dann in Magdeburg die südlich der Innenstadt liegende und in den Jahren nach 1872 entstandene „Südfront“ mit 0,96 Wohnraum pro Bewohner. Aber in den anderen Stadtteilen ist der Wohnanteil weniger günstig. In der eigentlichen Altstadt, dem zwischen Hauptbahnhof und Elbe lang hingestreckten Viertel „Innere Stadt“, betrug er 0,78. Dieser Stadtteil mit seiner Hauptverkehrsader, die „Breite Straße“, ist das Geschäftsviertel der Stadt und weist eine Citybildung auf, wenn auch nicht in dem Maße wie die Straßburger Hauptgeschäftsviertel. Es be-

trug die Abnahme der bewohnten Wohnungen in Magdeburg in dem Viertel Innere Stadt 1905/10 : 0,59 und die der Bewohner 3,94 Prozent. In Gesamt-Magdeburg entfiel 1910 : 0,78 Wohnraum durchschnittlich auf einen Bewohner (ungefähr soviel wie in Straßburg 1905 : 0,79) gegen 0,85 in Straßburg. Das Minimum zeigt der Vorort Lemsdorf mit $0{,}61_8$, ähnlich dem Straßburger Vorort Neuhof mit 0,61.

Wie schon erwähnt, ist die Zahl der kleinen Wohnungen in Magdeburg sehr beträchtlich. In Alt-Magdeburg fanden sich 1910 : 21 695 Zwei-Zimmerwohnungen gleich 33,9% sämtlicher Wohnungen Alt-Magdeburgs. In diesen Wohnungen wohnten 79 919 Personen gleich 33,1% aller Bewohner. Treten hierzu die Vororte, so dürfte sich dieses Drittel noch beträchtlich vergrößern. Über ein Drittel aller Bewohner Alt-Magdeburgs hat also tatsächlich nur 0,54 Wohnraum zur Verfügung. Für Straßburg lauten die Verhältnisse entsprechend : 6930 Zwei-Zimmerwohnungen in der Innenstadt gleich 26,49% sämtlicher Wohnungen der Innenstadt. In diesen Wohnungen wohnten 21 850 Bewohner gleich 22,21% aller Bewohner. Werden auch noch die Vororte hinzugerechnet, so wächst der Anteil der Zwei-Zimmerwohnungen in der ganzen Stadt auf 32,1% und der ihrer Bewohner auf 28,7% der jeweiligen Gesamtzahl. Straßburg erreicht also nicht einmal in diesen Zahlen für die Gesamtstadt diejenigen von Magdeburg für Alt-Magdeburg, d. h. es steht günstiger da. In Straßburg entfällt in der Innenstadt auf den Bewohner einer Zwei-Zimmerwohnung durchschnittlich 0,63 Wohnraum gegen, wie oben dargelegt, 0,54 in Magdeburg.

IV. Mannheim.

Die Wohnungsentwicklung der Stadt Mannheim hat mit derjenigen der Stadt Straßburg eine gewisse äußere Ähnlichkeit, wenn auch, wie gleich vorausgeschickt sei, die Wohnverhältnisse in ersterer Stadt ungünstiger liegen wie in letzterer und im Durchschnitt nur etwa dreiviertel so gut sind, wie in Straßburg. In beiden Städten ist es in der Altstadt und hier wieder in deren zentralen Teilen, den eigentlichen Geschäftsvierteln, die City, die in beherrschender Weise ihren Einfluß auf die Gestaltung der Wohnverhältnisse ausübt. In beiden Städten ist auch in den erst in neuester Zeit entstandenen Stadtteilen, in Mannheim in der Oststadt, in Straßburg in der Neustadt, die Wohnungsentwicklung einen guten Weg gegangen, der ihre Wohnverhältnisse etwas stärker emporhob, im Gegensatz z. B. zu der eben untersuchten Stadt Magdeburg, wo die Wohnverhältnisse der Neustadt (Neue Neustadt) zum Teil unter denen einzelner Vororte liegen oder ihnen gleich-

kommen. Aber in Mannheim zeigt sich auch des weiteren in prägnanter Weise die Einwirkung der Industrie, die große soziale Gegensätze schafft, einzelne Teile besonders begünstigt, die anderen teilweise vernachlässigt, im Gegensatz zu Straßburg, wo die Wohnverbesserung mit verschwindender Ausnahme in allen Stadtteilen in gleicher Weise kräftig tätig war, sodaß sie 1910 um ein wahrnehmbares Stück gegen 1905 und besonders gegen 1900 gefördert waren.

In Mannheim war die schon erwähnte Citybildung in besonders stürmischem Maße tätig in den Jahren 1895—1900, in dem folgenden Jahrfünft bis 1905 wurde sie dann merklich schwächer, um in den Jahren 1905—10 fast still zu stehen. Die starke Citybildung, hervorgebracht durch einen glänzenden wirtschaftlichen Aufschwung zu Ende des 19. Jahrhunderts, scheint also zunächst zu einer Ruhepause zu führen, oder aber die Stadt Straßburg hat durch ihren großartigen Aufschwung als Rheinhafen die Stadt Mannheim, die früher für manchen Handel Wasserstraßen-Endpunkt war und dieses heute nicht mehr ist, merklich entlastet.*) Denn in Straßburg war in dem Jahrfünft 1905—1910 die Citybildung teilweise noch stärker als in dem vorhergehenden 1900 bis 1905, ein Beweis für einen regsamen Betrieb in Handel und Gewerbe.

Die Gesamtübersicht über die vier für die Bildung der Wohnverhältnisse in Betracht kommenden Wohnfaktoren stellt sich für das Jahr 1910 folgendermaßen dar:

Stadt	bewohnte Grundstücke	bewohnte Wohnungen	bewohnte Wohnräume	Bewohner
Alt-Mannheim	5 887	34 475	101 572	152 054
Straßburg, Innenstadt.	5 010	26 152	93 026	98 371
Gesamt-Mannheim (ohne Feudenheim)	7 879	40 578	116 477	181 075
Gesamt-Straßburg.....	9 785	40 314	133 027	155 994

Aus diesen Zahlen läßt sich bereits entnehmen, daß die Wohnverhältnisse Mannheims nicht so günstig sein müssen, wie die Straßburgs. Mannheim hat 25 081 Bewohner mehr als Straßburg (181 075 gegen 155 994), die Zahl der Wohnräume jedoch, die für dieselben verfügbar war, war um 16 550 kleiner (116 477 gegen 133 027). Da aber

*) Siehe auch Bemerkung auf Seite 80.

die Zahl der bewohnten Wohnungen in beiden Städten fast gleich groß war — sie betrug in Mannheim 40 578 und in Straßburg 40 314 —, so ergibt sich daraus, daß die Zahl der kleinen Wohnungen in Mannheim beträchtlich sein und bei stärkerer Besetzung die Wohnungen im Durchschnitt kleiner sein müssen wie in Straßburg, was auch tatsächlich der Fall ist. In Straßburg entfielen 1910 durchschnittlich 3,30 Wohnräume auf eine bewohnte Wohnung und 3,87 Bewohner gegen 3,17 resp. 3,97 im Jahre 1905. In Mannheim entfielen aber 1910 nur 2,87 Wohnräume auf eine bewohnte Wohnung, dagegen jedoch 4,46 Bewohner. Für 1905 lauten die Zahlen 2,83 resp. 4,50. Aus ihnen ergibt sich aber schon, daß die Aufwärtsbewegung in Mannheim langsamer von statten ging als in Straßburg. Die Zahl der Wohnungen mit zwei Zimmern, die in Mannheim das Hauptkontingent darstellt, betrug für die gesamte Stadt im Jahre 1910: 15 742 = 37,38% und in Straßburg in demselben Jahre 12 945 = 32,11%, relativ also 5% weniger. Ihre Zahl verteilt sich relativ ziemlich gleichmäßig auf Alt-Mannheim und die Vororte, denn in Alt-Mannheim lag ihre Zahl (12 477) mit 36,19% nur um gut 1% unter dem Gesamt-Durchschnitt. In Straßburg sind die Zwei-Zimmerwohnungen in den Vororten relativ stärker vertreten, denn in der Innenstadt betrug ihre Zahl nur 26,49% (absolut 6930). Die Zahl der Ein-Zimmerwohnungen, die in Mannheim an dritter Stelle steht, — an zweiter stehen die Drei-Zimmerwohnungen — ist absolut und relativ mehr als doppelt so groß als die der Straßburger. Sie betrug für Mannheim im Jahre 1910: 6424 = 15,24%, für Straßburg 2608 = 6,46%. Während auch hier in Mannheim bezüglich ihrer Verteilung dasselbe gilt wie für die Zwei-Zimmerwohnungen, findet sich die Ein-Zimmerwohnung in Straßburg in der Innenstadt häufiger als in den Vororten, was wohl mit den Geschäftsvierteln in Zusammenhang zu bringen ist. In Mannheim betrug die Zahl der Ein-Zimmerwohnungen in Alt-Mannheim 4954 = 14,37%, in Straßburg in der Innenstadt 1883 = 7,20%. In Mannheim macht die Zahl der Ein- und Zwei-Zimmerwohnungen über die Hälfte sämtlicher Wohnungen aus: 22 166 = 52,62%, in Straßburg dagegen bedeutend weniger: 15 553 = 38,57%.

Während in Straßburg die Wahrnehmung gemacht werden konnte, daß neben der nördlichen Neustadt mit einem Wohnanteil von 1,18 Wohnraum für den Bewohner auch noch andere Stadtbezirke über einen Wohnanteil von 1 hinaus oder doch nahe an 1 herankamen, führt in Mannheim, wie schon erwähnt, die Industrie die Herrschaft, und als Folge zeigen sich fast überall Lokalisierungen. In Mannheim gab es im Jahre 1910 zwar auch 2 Stadtteile, nämlich die Oststadt

und die Oberstadt, in denen mit 1,13 resp. 1,10 mehr als 1 Wohnraum durchschnittlich auf einen Bewohner entfiel. Die Oststadt stellt aber in wohnlicher Beziehung einen isolierten Stadtteil dar, ein Villenviertel, das nur von den besser gestellten Klassen bewohnt ist. Es ist dieses auch der einzige gute Stadtteil, der eine andauernde Wohnverbesserung seit 1900 aufzuweisen hat. Ist aber die Oststadt durch die vornehmen Kreise, die sie bewohnen, hinsichtlich der Wohnverhältnisse in einer besseren Stellung vor den anderen Stadtteilen, so ist es die Oberstadt durch die Geschäftskonzentrierung, die dort die alten Häuser vernichtet und an deren Stelle neue mit Geschäftslokalen und nur wenigen besseren Wohnungen hervorbringt. Aber in dem nach diesen beiden Stadtteilen nächstbesten Bezirk, der Unterstadt, fällt die Quote gleich in erheblichem Maße, und es entfällt nur 0,66 Wohnraum auf einen Bewohner, eine Zahl, die bereits unter dem Durchschnitt der Straßburger Vororte mit 0,69 liegt. In den anderen Stadtteilen Alt-Mannheims zeigt sich eine langsame Entwicklung nach oben, in den Vororten aber findet ein Ausgleich statt, der diese zu reinen Arbeitervierteln macht. Die kleinste Zahl erreicht der Vorort Waldhof mit durchschnittlich 0,48 Wohnraum pro Bewohner, eine Zahl, die der in dieser Beziehung schlechteste Straßburger Vorort Neuhof mit 0,61 um ein beträchtliches übertrifft. Im Durchschnitt entfiel in Gesamt-Mannheim 1910 : 0,64 Wohnraum auf einen Bewohner gegen 0,63 im Jahre 1905. Es zeigt sich also eine, besonders im Verhältnis zu Straßburg (1910 : 0,85 ; 1905 : 0,79), allerdings nur schwache Zunahme.

V. Freiburg i/Br.

Die Stadt Freiburg i/Br. ist wohl diejenige Stadt in der Reihe der hier behandelten Vergleichsstädte, deren Entwicklung der Wohnverhältnisse in ihrem äußeren Verlaufe und auch in den Ursachen, in denen sie begründet ist, derjenigen der Stadt Straßburg am ähnlichsten sieht.

Bevor jedoch diese Entwicklung näher untersucht wird, sei eine Vorbemerkung vorausgeschickt. In der Stadt Freiburg wurden zwar nicht, wie in den niederrheinischen Städten Düsseldorf und Cöln, die Küchen auch als Wohnräume gezählt, wohl aber die Mansarden. Nun konnte wohl die Zahl der Mansarden für die Gesamtstadt in den drei Jahren 1900, 1905 und 1910 festgestellt werden, nicht jedoch für die einzelnen Stadtteile. Es wurde daher eine verhältnismäßige Berechnung durchgeführt, wonach sich die ermittelten Zahlen mit Mansarden

zu den ermittelten Zahlen ohne Mansarden in der Gesamtstadt wie die ermittelten Zahlen mit Mansarden zu den gesuchten ohne Mansarden in den einzelnen Stadtteilen verhalten müßten. Die Ergebnisse dieser Berechnung dürfen als durchaus richtig betrachtet werden, denn in ihnen finden die durch viele Mansarden hervorgebrachten Quoten der besseren Stadtteile entsprechende Berücksichtigung.

Wird zunächst von der Entwicklung und ihrer Gestaltung abgesehen, so zeigt sich, daß die Wohnverhältnisse in Freiburg nicht so gut sind, wie die Straßburger, wenn sie auch bei weitem besser sind, als die vieler anderer Städte. Die Wohnverhältnisse in Alt-Freiburg verteilen sich im Jahre 1910 ungefähr wie in den neueren Stadtteilen Magdeburgs und stehen mit einem Wohnanteil von durchschnittlich 0,74 Wohnraum für den Bewohner mit diesen auf genau derselben Stufe, während die in der Straßburger Innenstadt mit 0,94 sie um ein bedeutendes übertreffen. In den Vororten Freiburgs stehen jedoch die Wohnverhältnisse, die in Magdeburg mit 0,67 den Straßburgern mit 0,69 fast gleichkommen, weniger günstig da, denn es entfiel im Jahre 1910 durchschnittlich 0,58 Wohnraum auf einen Bewohner.

Die Gestaltung der Wohnverhältnisse wurde in der Stadt Freiburg, wie schon kurz erwähnt war, von denselben Ursachen beeinflußt, wie diejenigen der Stadt Straßburg, und auch der Unterschied, der sich für Straßburg in der Zunahme der Wohnfaktoren im zweiten Zeitabschnitt gegenüber dem ersten bemerkbar machte, trat in Freiburg in Erscheinung. Die Zunahme stellt sich im einzelnen absolut und relativ folgendermaßen dar:

Stadt	Zeitraum	Zunahme der bewohnten Grundstücke		Zunahme der bewohnten Wohnungen		Zunahme der bewohnten Wohnräume		Zunahme der Bewohner	
Freiburg	1900/05	683	15,48	2 769	21,71	7 046	16,01	13 489	21,27
Straßburg ...	1900/05	868	10,37	4 068	12,60	10 236	15,13	14 702	11,28
Freiburg	1905/10	362	7,10	1 828	11,77	9 997	19,58	6 438	8,36
Straßburg...	1905/10	549	5,94	3 512	9,54	16 292	13,95	9 809	6,71

Genau wie bei den bisher behandelten Städten zeigt aber auch hier diese Gesamtübersicht nicht nur die gemeinsamen Merkmale der Entwicklung, sondern auch in großen Umrissen die Verschiedenheiten und läßt so schon einen gewissen Rückschluß auf die Entwicklung in

den einzelnen Stadtteilen zu. In Straßburg nahmen die Bewohner und die bewohnten Wohnungen im ersten Jahrfünft 1900/05 ungefähr in gleichem Grade zu (11,28 bezw. 12,60%), dagegen zeigte sich als günstiges Moment, daß die Wohnräume in stärkerem Grade eine Zunahme zu verzeichnen hatten, nämlich um 15,13%. Auch in Freiburg nahmen die Bewohner und die bewohnten Wohnungen in etwa gleicher Weise zu (um 21,27 bezw. 21,71%), aber hier fehlt jene günstige Beeinflussung in der Entwicklung der Wohnverhältnisse durch die Zunahme der Wohnräume, denn diese vermehrten sich nur um 16,01%, d. h. ungefähr um soviel weniger als wie in Straßburg mehr. Da weiterhin auch die Zahl der bewohnten Grundstücke im Verhältnis zu der Zahl der Bewohner in Freiburg in schwächerem Maße zunahm wie in Straßburg, so folgt daraus zunächst, daß eine verminderte Bautätigkeit in erheblicher Weise Wohnungen von nur geringer Größe hervorbrachte, und daß diese in Gebäuden mit vielen Wohnungen entstanden, d. h. in Mietskasernen. Diese Herabminderung in der Größe der neu entstandenen Wohnungen war eine derartig beträchtliche, daß sie die Durchschnittsgröße sämtlicher Wohnungen herabdrückte und zwar von 3,45 auf eine Wohnung entfallenden Wohnräumen im Jahre 1900 auf 3,29 im Jahre 1905. Dieser Rückgang der Wohnungsgröße zeigt sich in allen Stadtteilen mit Ausnahme von zweien, „Oberwiehre", welche in Freiburg das Viertel der besser gestellten Kreise ist, und des Vorortes „Günterstal". Das Sinken in der Wohnungsgröße kann nun aber zunächst noch keinerlei Schlüsse zulassen. In der Straßburger Gesamt-Neustadt war es bekanntlich auch zu verzeichnen, jedoch war es hier durch eine gleichzeitige Abnahme in der Besetzung der Wohnung bedeutungslos. In Freiburg aber entfielen im Jahre 1905 ebensoviel Bewohner auf eine bewohnte Wohnung wie im Jahre 1900 (4,95 und 4,97), und so brachte das erste Jahrfünft für Freiburg einen ungünstigen Abschluß in der Entwicklung der Wohnverhältnisse, der Wohnanteil sank von 0,69 Wohnraum für den Bewohner im Jahre 1900 auf 0,66 im Jahre 1905. In Freiburg führte also die im ersten Jahrfünft gegenüber dem zweiten stärkere Zunahme der Bevölkerung und eine sehr verminderte Bautätigkeit zu einer Verschlechterung der Wohnverhältnisse, in Straßburg nur zu einer Verlangsamung, zu einer Verlangsamung, die jedoch beinahe einem Stillstande glich: der Wohnanteil nahm in Straßburg zu von 0,77 auf 0,79. Im zweiten Jahrfünft 1905/10 findet dann in Freiburg in der Zunahme der Wohnfaktoren dieselbe Umwandlung statt wie in Straßburg, d. h. sie weisen absolut und relativ eine stark verkleinerte Zunahme auf, und nur die Wohnräume sind an

dieser Verschiebung nicht beteiligt. In der Entwicklung der Wohnverhältnisse tritt damit eine stärkere Verbesserung ein, und im Jahre 1910 hat Freiburg nicht nur die Wohnverhältnisse von 1900 wieder erreicht, sondern sogar weiterhin verbessert, so daß der Wohnanteil gestiegen ist auf 0,73. Diese Entwicklung der Wohnverhältnisse in der Stadt Freiburg läßt erkennen, wohin in Straßburg eine im ersten Jahrfünft nur um ein weniges stärkere Vermehrung der Bevölkerung geführt hätte. Genau wie in Freiburg wäre eine Verschlechterung der Wohnverhältnisse die unausbleibliche Folge gewesen, wie sie ja tatsächlich auch in der Straßburger Neustadt teilweise schon eingetreten war.

Während bisher nur die Merkmale in den Bereich der Untersuchung gezogen wurden, die die Entwicklung in den beiden Städten als gemeinsame aufwies, wäre nunmehr noch etwas auf die Verschiedenheiten zurückzukommen. Die hauptsächlichste Unterscheidung, auch zu den anderen untersuchten Städten, liegt wohl darin, daß Freiburg absolut keine Citybildung aufweist, und voraussichtlich nie aufweisen wird. Freiburg ist Rentner-, Fremden- und Universitätsstadt, und das bringen auch die Zahlenreihen, besonders diejenigen über den Wohnanteil, zum Ausdruck. Die Industrie- und Handelsstadt zeigt zwar Entwicklungsformen, die, bedingt durch die vielgestaltige soziale Schichtung der Bevölkerung, oft große Gegensätze aufweist, aber ihr Entwicklungsgang zeigt doch auch reiches pulsierendes Leben, derjenige der Rentnerstadt ist ein ruhigerer, ein solcher, bei dem eine Sonderentwicklung bestimmter Stadtteile oder bestimmter Gruppen von Stadtteilen nicht eintritt und nicht eintreten kann. Zunächst ist die Besetzung der Wohnungen mit Bewohnern in Freiburg eine größere wie in Straßburg: auf eine Wohnung entfällt durchschnittlich im Jahre 1910 ein Bewohner mehr (in Freiburg: 4,80, in Straßburg: 3,87), und diese Besetzung weist in ersterer Stadt eine viel langsamere Verringerung auf wie in letzterer. Die Größe der Familie wird also in Freiburg nicht sehr vermindert. Andererseits ist jedoch auch die durchschnittliche Wohnungsgröße in Freiburg eine bessere. Da dieses aber nur in geringerem Maße der Fall ist (in Freiburg entfielen im Jahre 1910 auf eine Wohnung 3,52 Wohnräume und in Straßburg 3,30), so sind die Wohnverhältnisse in Freiburg nicht so gute wie in Straßburg. Das Maximum des Wohnanteils weist der Stadtteil Oberwiehre auf, der auch als einziger eine dauernde Verbesserung desselben seit 1900 aufzuweisen hat. Das Minimum weisen jedoch in Freiburg nicht die Vororte auf, sondern es zeigt der zu Alt-Freiburg gezählte „Stüh-

linger", der in hervorragendem Maße von den arbeitenden Klassen bewohnt wird. Der Wohnanteil betrug hier im Jahre 1910: 0,51 Wohnraum und war damit um ein weniges besser, als in dem Straßburger Vorort Neuhof im Jahre 1900. Die sprunghafte Entwicklung im Stadtteile „Herdern" im zweiten Jahrfünft ist durch den Bau einer Anzahl Anstalten und der damit verbundenen Bewegung zu erklären.

VI. Düsseldorf, Cöln und Karlsruhe.

Die beiden Städte Düsseldorf und Cöln sollten in der Reihe der hier untersuchten Vergleichsstädte eigentlich bereits nach Magdeburg und vor Mannheim stehen, so daß sich eine im Osten mit Posen beginnende über Neukölln und Magdeburg nach Düsseldorf im Westen gelangende Linie ergeben hätte, die dann über Cöln und Mannheim das Rheintal entlang dann über Karlsruhe mit Freiburg in die Nähe von Straßburg führen sollte. Leider ließ sich diese Linie, die zugleich manches charakteristische gezeigt hätte, nicht innehalten, denn die beiden Städte Düsseldorf und Cöln zählen einesteils die Küche auch als Wohnraum, und anderenteils beschränken sich außerdem die Angaben von Cöln nur auf die reinen Mietswohnungen, schalten also die Eigentümer-, Dienst- und Freiwohnungen aus, was ja bei einer Untersuchung der Mietspreise als sehr gerechtfertigt erscheint, für eine Untersuchung der Wohnverhältnisse jedoch unzweckmäßig ist. Die Stadt Karlsruhe aber, die die Küche nicht als Wohnraum zählt, konnte nur einige Zahlen für die Gesamtstadt nennen. Auch auf eine Anfrage bei den statistischen Ämtern konnten keine anderen Angaben erhalten werden, sodaß ein direkter Vergleich mit Straßburg nicht möglich ist.

In Gesamt-Düsseldorf waren im Jahre 1910: 18541 bewohnte Grundstücke vorhanden, auf die 77 366 bewohnte Wohnungen entfielen, oder im Durchschnitt 4,17 auf ein bewohntes Grundstück. Diese Zahl nähert sich den 4,12 auf ein bewohntes Grundstück entfallenden Wohnungen der Stadt Straßburg. In der Innenstadt Straßburgs betrug diese Zahl 5,21, in Alt-Düsseldorf, d. h. dem Düsseldorf ohne Vororte, nur 4,52. Diese günstigere Zahl schreibt sich für Düsseldorf daher, daß einige Stadtviertel Alt-Düsseldorfs in wohntechnischem Sinn noch teilweise ländliche Vororte sind, die ja, wie sich auch für den Straßburger Vorort Ruprechtsau ergab, im Durchschnitt nur wenige Wohnungen für das bewohnte Grundstück aufweisen. Die 77 366 Düsseldorfer Wohnungen waren bewohnt von 358 733 Bewohnern, so daß auf die einzelne Wohnung durchschnittlich 4,63 Bewohner entfallen,

gegen 3,87 in Straßburg. In Alt-Düsseldorf betrug diese Zahl 4,55 und in der Straßburger Innenstadt 3,76. Dabei mag erwähnt sein, daß die ganz ungewöhnlich hohe Zahl von 8,12 Bewohnern pro Wohnung im XI. Düsseldorfer Bezirk verursacht ist durch das dort gelegene Krankenhaus und durch die im übrigen nur schwache Besiedelung. Wie aber schon des öfteren betont, ist nicht die Zahl der auf eine Wohnung entfallenden Bewohner für die Beurteilung der Wohnverhältnisse maßgebend, sondern es muß dazu die Größe der Wohnung treten und vor allem die Menge des aus diesen beiden Zahlen ermittelten Wohnraums, den der einzelne durchschnittlich zu seiner Verfügung hat. Hier ist nun darauf hinzuweisen, daß in der Tabelle VIII die Küche auch als Wohnraum gezählt ist. Nach dieser Tabelle entfällt im Jahre 1910 im Durchschnitt auf den Bewohner 0,75 Wohnraum, d. h. fast soviel wie in Straßburg im Jahre 1900 (0,77). Nimmt man aber an, daß auf jede Wohnung im Durchschnitt eine Küche entfällt, wie dieses ja auch in Straßburg tatsächlich der Fall ist, so schrumpft dieser zunächst noch einigermaßen angängige Wohnanteil plötzlich beinahe auf den in Neukölln ermittelten zurück und beträgt nur noch 0,54. In Neukölln betrug er bekanntlich 0,49. Die Wohnungsgröße, die in der Tabelle VIII mit $3{,}51_8$ gegen Straßburg mit 3,30 als recht günstige erscheint, wird also, wenn die Küche (wie nach der oben gemachten Annahme) ausgeschaltet wird, als recht ungünstig erscheinen. Und dieses ist auch der Fall. Nach Ausschaltung der Küche gibt es in Düsseldorf allein 27 439 Ein-Zimmerwohnungen gleich 35,46% sämtlicher Wohnungen gegen 6,46% in Straßburg. Des weiteren sind 21 603 Zwei-Zimmerwohnungen gleich 27,92% gegen 32,11% in Straßburg. Bei den Zwei-Zimmerwohnungen stellt sich also das Ergebnis etwas günstiger dar wie in Straßburg, bei den Ein-Zimmerwohnungen aber um fast sechs Mal schlechter. In den Düsseldorfer Arbeitervierteln Flingern und Oberbilk-Lierenfeld, deren letzteres bereits bei Berücksichtigung der Küche als Wohnraum einen Wohnanteil aufweist, der unter dem des Straßburger Vorortes Neuhof liegt, müssen also die Verhältnisse bei Ausschaltung der Küche arg sinken. Ob es in diesen Vierteln gerechtfertigt erscheint, für jede Wohnung eine Küche auszuschalten, dürfte fraglich sein. Da aber kein anderer Maßstab vorliegt, so sei bei ihnen diese Ausschaltung ebenfalls wie oben vorgenommen. Dann entfällt im Jahre 1910, nach den Straßburger Verhältnissen gemessen, in Flingern 0,42 Wohnraum durchschnittlich auf den Bewohner und in Oberbilk-Lierenfeld 0,36, eine Zahl, die wenn gültig, noch unter dem Posener Minimum von 0,38 liegt. Auf jeden Fall ergibt sich aber, daß,

selbst wenn die Zahlen tatsächlich noch um eine Kleinigkeit besser sein sollten, die Wohnverhältnisse Düsseldorfs im allgemeinen keine günstigen sind. Stadtteile, in denen der Wohnanteil 1 oder nahe 1 beträgt, sind nach Ausschaltung der Küchen nicht vorhanden. Auch die Wohnverhältnisse in den Stadtteilen Düsseldorfs, in denen die sogenannten besser gestellten Kreise wohnen (Zoolog. Gartenviertel, Hofgartenviertel, Mittelstadt, östl. Friedrichstadt, Altstadt), sind keineswegs, wie dieses für die Straßburger Neustadt zutrifft, im allgemeinen etwas bessere. Ihre durchschnittlich höheren Zahlen erklären sich nur aus einer Anzahl von großen Wohnungen der altbürgerlichen Patrizier- und Handelsgeschlechter, so hauptsächlich in der Altstadt, und der Industriellen und Großunternehmer. Eine Citybildung, ausgedrückt durch eine absolute Abnahme in den Zahlen der für die Bildung der Wohnverhältnisse in Betracht kommenden vier Wohnfaktoren, findet sich, wenigstens für das in der Tabelle dargestellte Jahrfünft 1905/10, in Düsseldorf nicht. In den beiden alten Geschäftsvierteln, der Altstadt und der Mittelstadt, ist jedoch die Zunahme, besonders der Bewohner, nur eine bescheidene, hervorgerufen durch den ziemlich beendeten Ausbau dieser Viertel und das hier stärker pulsierende Geschäftsleben, das hier vielleicht später zur Citybildung führen mag.

Daß die Wohnverhältnisse auch sonst in Düsseldorf nicht gerade glänzend zu nennen sind, mögen noch einige Zahlen über die Ausstattung der Wohnungen beweisen. Von den insgesamt 77 366 bewohnten Wohnungen der Stadt Düsseldorf waren mit einem Baderaum ausgestattet 6362 gleich 8,22%. In Straßburg hatten ein Badezimmer 7124 Wohnungen gleich 17,7%. Straßburg ist mit Badegelegenheit in den bewohnten Wohnungen also stark zweimal besser versehen. In der Straßburger Neustadt stieg der Anteil sogar auf 52,5% der bewohnten Wohnungen. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß in Straßburg meistens, man kann wohl ruhig sagen überall, auch eine Badeeinrichtung in dem Badezimmer steht. In Düsseldorf dagegen ist es in 2616 der angegebenen 6362 Fälle nur der Baderaum, der vorhanden ist. Hier muß sich also der Mieter erst die Einrichtung mitbringen, was er wohl häufig, in Anbetracht dessen, daß diese kostspielig und schwer transportabel ist, unterläßt. Gasbeleuchtung war in Düsseldorf in 19 267 Wohnungen vorhanden gleich 24,90% und in Straßburg in 11 975 Wohnungen gleich 29,7%, elektrische Beleuchtung in Düsseldorf in 379 Wohnungen gleich 0,49% und in Straßburg in 13 220 Wohnungen gleich 32,8%, d. h. in Straßburg relativ fast 70 Mal so häufig.

Wie schon erwähnt, konnte die Stadt Cöln a/Rh. eingehendere Angaben nur für die reinen Mietwohnungen machen unter Ausschaltung all der anderen Wohnungen, die ja schließlich auch und zwar in nicht unerheblicher Weise die Gestaltung der Wohnverhältnisse mit beeinflussen. Und auch die Angaben über die reinen Mietwohnungen sind nicht sehr reichlich, so daß ein Vergleich nur nach der einen oder der anderen Richtung ermöglicht ist. Insgesamt (d. h. nicht nur die reinen Mietwohnungen, sondern auch die anderen) gab es in Cöln im Jahre 1910: 111 678 bewohnte Wohnungen mit 460 065 Bewohnern gegen 87 350 Wohnungen mit 369 208 Bewohnern im Jahre 1902. Es entfielen somit im Jahre 1910: $4{,}11_9$ Bewohner auf eine Wohnung gegen 4,22 im Jahre 1902, eine Verbesserung, die im Verhältnis zu Straßburg (1900: 4,02; 1910: 3,87) nicht beträchtlich ist, zunächst aber nichts besagen will, wenn die Wohnungen größer wurden. Dieses läßt sich leider nicht untersuchen, jedoch läßt sich für 1910 bei den reinen Mietwohnungen die Zahl der Kleinwohnungen, deren Besetzung mit Bewohnern und der in ihnen auf einen Bewohner entfallende Wohnraum nachweisen.

Reine Mietwohnungen waren in Cöln im Jahre 1910: 88 270 vorhanden gleich 79,05% sämtlicher. In ihnen lebten 347 260 Bewohner gleich 75,48% sämtlicher. Dreiviertel aller Bewohner Cölns lebt also in Mietwohnungen und es entfallen von ihnen auf eine Wohnung durchschnittlich 3,93. Diese Zahl war in der eigentlichen Stadt (Alt- und Neustadt) etwas günstiger mit 3,77, in den Vororten dagegen mit 4,14 etwas ungünstiger. Da die Stadt Cöln, genau wie Düsseldorf, die Küchen als Wohnraum zählt, so ist genau wie dort in den nun folgenden Zahlen pro Wohnung ein Raum ausgeschlossen worden. Wie auch schon bei Düsseldorf erwähnt, mögen ja einige Küchen weniger vorhanden sein als Wohnungen, und dadurch die Zahlen etwas gebessert werden. Jedoch dürfte dieses unerheblich sein. Die nun folgenden Zahlen für Cöln gelten immer nur für die reinen Mietwohnungen, die Vergleichszahlen für Straßburg für sämtliche Wohnungen, was wohl zu beachten ist. 113 972 der Bevölkerung der reinen Mietwohnungen Cölns gleich 32,82% derselben lebte in Drei-, d. h. nach Straßburger Begriffen in Zwei-Zimmerwohnungen. In Straßburg wohnten von sämtlichen Bewohnern 44 859 in solchen mit zwei Zimmern gleich 28,75%. Die Zahl der Zwei-Zimmerwohnungen selbst war für Cöln 26 721 gleich 30,27% und für Straßburg 12 945 gleich 32,11%. Ihre Zahl ist relativ also nicht allzusehr verschieden, für Cöln sogar etwas günstiger. Da jedoch in Cöln gut 4% der Bewohner mehr auf die Zwei-Zimmerwohnungen

entfallen als in Straßburg, so hat in letzterer Stadt der Bewohner einer Zwei-Zimmerwohnung mehr Wohnraum im Durchschnitt zur Verfügung als in ersterer und zwar $0{,}57_7$ gegen $0{,}46_9$. Dieses Mehr an Wohnraum für den einzelnen Bewohner zeigt sich auch, wenn die Zahl der Zwei-Zimmerwohnungen und die ihrer Bewohner gesondert wird nach derjenigen der inneren Stadt und derjenigen der Vororte. Hierbei zeigt sich, daß die Vororte in Cöln relativ nur wenig unter der inneren Stadt bleiben, ebenso wie bei den gleich noch zu behandelnden Ein-Zimmerwohnungen, was nicht zu Gunsten der Entwicklung der Wohnverhältnisse in der inneren Stadt Cölns ausgedeutet werden kann. Die Zahl der Zwei-Zimmerwohnungen betrug in der inneren Stadt Cöln 12 473 gleich 25,02% und in Straßburg 6930 gleich 26,49%. Während sich hier Cöln also besser darstellt als Straßburg, entfallen jedoch in ersterer Stadt verhältnismäßig mehr Bewohner auf diese Wohnungen nämlich 50 744 gegen 21 850. Der Bewohner einer Zwei-Zimmerwohnung in der Straßburger Innenstadt hat daher 0,63 Wohnraum zur Verfügung gegen 0,49 in der Cölner. Ähnlich liegen die Verhältnisse in den Vororten, wo in Straßburg durchschnittlich 0,52 und in Cöln 0,45 Wohnraum auf den Bewohner einer Zwei-Zimmerwohnung entfällt. Die Besetzung der Zwei-Zimmerwohnungen zeigt ihr Maximum in dem „sonstigen Cöln-Ehrenfeld“ (im Gegensatz zu Ehrenfeld-Ort) mit 5,1 Bewohnern und ihr Minimum in „Marienburg“ mit 3,7 Bewohnern. In der Cölner Altstadt ebenso wie in der Neustadt beträgt sie 4,1 Bewohner, so daß in der gesamten Cölner Innenstadt gleichmäßig 0,49 Wohnraum auf den Bewohner entfällt. Die Zahl der Ein-Zimmerwohnungen ist in Cöln sehr hoch mit 30 668 gleich 34,74% und ist absolut und relativ sogar größer als die der Zwei-Zimmerwohnungen. Sie stellt das Hauptkontingent dar, wenn auch in ihr glücklicher Weise nicht die Mehrzahl der Bewohner ihre Unterkunft findet. Trotzdem sind die Wohnverhältnisse in diesen Ein-Zimmerwohnungen, in denen 94 592 Bewohner gleich 27,24% der hier in Betracht kommenden leben, recht ungünstige. 0,32 Wohnraum entfällt durchschnittlich auf den Bewohner, in der Innenstadt etwas mehr (0,34), in den Vororten weniger (0,29). In diesen entfallen also durchschnittlich über 3 Bewohner auf einen Wohnraum. Die Zahl der Ein-Zimmerwohnungen in Straßburg betrug 2608 gleich 6,46%, relativ also knapp $^1/_5$ derjenigen in Cöln.

Die Stadt K a r l s r u h e hat zwar, im Gegensatz zu Düsseldorf und Cöln, die Küche nicht als Wohnraum gezählt, jedoch waren nur die Zahlen zu erhalten, und diese wiederum leider nur für die Gesamtstadt,

die die bewohnten Wohnungen nach Größenklassen in Beziehung setzen zu den Bewohnern. Auch bei dieser Stadt ist daher ein eingehender Vergleich ausgeschlossen, was mit Rücksicht darauf, daß die Karlsruher Wohnverhältnisse denen Straßburgs sicherlich in mancher Beziehung wenn auch nicht gleich so doch ähnlich sind, zu bedauern ist. Die Stadt Karlsruhe zählte 1910: 29 673 bewohnte Wohnungen, in denen 134 313 Bewohner anwesend waren. Dazu kommen noch 265 bewohnte Wohnungen, in denen die Bewohner, deren Zahl nicht angegeben ist, zur Zeit der Zählung abwesend waren. Die ersteren Zahlen seien dem folgenden Vergleich zu Grunde gelegt. Darnach entfielen im Jahre 1910 in Karlsruhe auf eine Wohnung durchschnittlich $4{,}52_9$ Bewohner gegen 3,87 in Straßburg. Die Wohnungen waren also in Karlsruhe weit stärker besetzt als in Straßburg. Nimmt man die durchschnittliche Zahl der Wohnräume in den Wohnungen mit mehr als 11 Wohnräumen, die in Karlsruhe nicht weiter zerlegt sind, mit 13 an (die Zahl dieser Wohnungen ist mit 178 absolut und relativ nur niedrig), so würden sich für Karlsruhe im ganzen 94 056 Wohnräume ergeben, so daß im Durchschnitt deren 3,20 auf eine Wohnung entfallen gegen 3,30 in Straßburg. Da also die Besetzung der Wohnungen in Karlsruhe durchschnittlich stärker ist als in Straßburg, ihre Größe jedoch nicht ganz die letzterer Stadt erreicht, so muß der einem Bewohner in Karlsruhe durchschnittlich zur Verfügung stehende Wohnanteil kleiner sein. Er beträgt in Karlsruhe 0,77 Wohnraum, dieselbe Zahl wie für Straßburg im Jahre 1900, während er hier im Jahre 1910 mit 0,85 um 10% besser war. Betrachtet man die Wohnungen in den beiden Städten nach der Größe, so ergibt sich, daß die relative Verteilung fast dieselbe ist, worauf auch schon die nur kleine Spannung in der durchschnittlichen Wohnungsgröße (in Karlsruhe 3,20, in Straßburg 3,30) einen ungefähren Rückschluß zuließ. Was jedoch für Karlsruhe ungünstig ins Gewicht fällt, ist die schon erwähnte stärkere Besetzung der Wohnung. Zwei-Zimmerwohnungen gab es in Karlsruhe 10 134 gleich 34,15%, und in ihnen wohnten 39 014 Bewohner gleich 29,05%. In Karlsruhe entfiel damit auf den Bewohner einer Zwei-Zimmerwohnung $0{,}51_9$ Wohnraum gegen, wie schon bei Cöln besprochen, 0,57 in Straßburg. Die Zahl der Ein-Zimmerwohnungen steht in Karlsruhe relativ etwas besser da, als die in Straßburg (5,45% gegen 6,46%), die Zahl der Wohnungen jedoch mit 8 Wohnräumen und mehr beträgt an der Gesamtheit der Wohnungen gut 1% weniger (2,19% gegen $3{,}26_9$%). Dieses eine Prozent weniger mag zunächst gering aussehen. Was es aber besagt, erhellt wohl am besten daraus,

daß Karlsruhe, um relativ gerade soviel Wohnungen mit 8 Wohnräumen und mehr zu besitzen als Straßburg, seine jetzige Zahl absolut gerade um die Hälfte erhöhen müßte. Karlsruhe dürfte dann nicht 651 solcher Wohnungen besitzen, sondern es müßte über deren rund 950 verfügen.

Vergegenwärtigt man sich nochmals die Wohnverhältnisse, wie sie in den untersuchten Vergleichsstädten sich darstellten, so kann man ruhig behaupten, daß die Straßburger im Jahre 1910 keine ungünstigen waren. Und auch ihre Entwicklung seit dem Jahre 1900 kann als einigermaßen angängig bezeichnet werden, wobei jedoch nicht außer Betracht gelassen werden darf, worin deren Gestaltung ursächlich begründet liegt. Schon bei Behandlung der Stadt Freiburg konnte auf das Bedeutungsvolle dessen kurz hingewiesen werden. Den Straßburger Wohnverhältnissen am nächsten stehen, was den Gesamtdurchschnitt anbetrifft, die beiden Städte Magdeburg mit 0,78 und Freiburg mit 0,73 Wohnraum für den Bewohner. Geht man jedoch von der inneren Entwicklungsverteilung aus, so muß die Stadt Freiburg ausgeschaltet werden. Diese ist am ähnlichsten in Magdeburg, und es zeigt sich hier die Übereinstimmung in der Eigenschaft als Festung, die in der Lage an einem schiffbaren Flusse und die der Vorherrschaft des Handels und des Gewerbes. Weiterhin sieht auch die innere Verteilung der Wohnverhältnisse in Mannheim derjenigen in Straßburg sehr ähnlich, jedoch dokumentiert sich bei jener Stadt der große Einfluß der Industrie neben oder vielleicht sogar vor dem Handel insofern, als ein starker Gegensatz zwischen den Wohnverhältnissen der besser gestellten Schichten der Bevölkerung und den anderen besteht, während jene zwischen beiden vermittelnden Stadtteile mit befriedigenden Wohnverhältnissen gänzlich fehlen.

2. Kapitel.

Die Ursachen der Wohnverbesserung.

Wie sich aus dem vorhergehenden Abschnitt über die Straßburger Wohnungsentwicklung ergab, war im Jahre 1910 eine fortschreitende Wohnverbesserung gegenüber dem Jahre 1905 ganz besonders aber gegen das Jahr 1900 zu verzeichnen. Auf die Wohnungsentwicklung, hier eine Verbesserung, sind zur Hauptsache zwei Bewegungen ursächlich von Einfluß. Die eine ist die Bautätigkeit, d. h. ihre Produktion an Wohnungen und die Beschaffenheit dieser nach Größe, Güte, Einrichtung usw. Die zweite bedeutungsvolle Ursache der Wohnungsentwicklung ist die Bevölkerungsbewegung, richtiger ein Teil derselben, nämlich der Grad der Bevölkerungsvermehrung. Im Zusammenhang mit ihr muß aber auch die Bevölkerungsbewegung 1900—1910 im allgemeinen etwas näher untersucht werden. Die beiden eben genannten Ursachen der Wohnungsentwicklung, die Produktion der Bautätigkeit und das Ergebnis der Bevölkerungsbewegung, sind nun näher zu besprechen, hauptsächlich mit Rücksicht darauf, in wieweit beide oder nur die eine oder die andere von Einfluß auf die Wohnverbesserung gewesen sind. Beide sind auf jeden Fall eng miteinander verknüpft; denn die Höhe, die das Wohnungsangebot haben soll, die Intensität also, mit der die Bautätigkeit arbeiten soll, die Nachfrage nach Wohnungen, hängt neben einigen weniger wesentlichen Momenten, wie wachsendem Wohlstand, gesteigerten Luxusbedürfnissen u.s.f., hauptsächlich vom Bevölkerungszuwachs ab. Dieser setzt sich für die Stadt zusammen aus dem natürlichen Zuwachs der Bevölkerung aus sich selbst heraus und aus dem Wanderungsgewinn. Der natürliche Zuwachs, der Geburtenüberschuß, d. h. das Mehr an Lebendgeburten über die Gestorbenen ist nun in Straßburg in den letzten Jahren, genau wie in so vielen anderen Städten, nicht nur

relativ sondern auch absolut durch verschiedene Ursachen stets zurückgegangen. Diese Erscheinung, die unter dem Namen Geburtenrückgang ja allgemein bekannt ist, wird weiter unten noch zu besprechen sein. Der natürliche Zuwachs der Bevölkerung hätte also schon eine ihm entsprechende Einschränkung der Bautätigkeit gerechtfertigt. Zu diesem Zuwachs kommt noch der Wanderungsgewinn. Er ist eine schwankende Vermehrung der Bevölkerung (er betrug z. B. 1900/05 : 7021 und 1905/10: 2566 Personen), aber es wäre falsch, ihn nur mit der Konjunktur in Zusammenhang zu bringen. Gewiß ist sie der Haupttriebfaktor, der in Zeiten der Hochkonjunktur den Wanderungsgewinn häufig so groß werden läßt, daß das flache Land von einer Landflucht spricht. Aber daneben kommen doch auch viele, die der Glanz der Stadt blendet, die hoffen, hier bequemer und schneller zu etwas zu kommen, und die dann oft helfen, das Großstadtelend, das Proletariat zu vermehren, indem sie ein zwar arbeitreiches doch meist solides und auskömmliches Leben vertauschen mit dem ungewissen Los der Großstadt, mit Arbeitsbedingungen und Lebensgewohnheiten, zu denen sie nicht erzogen waren, und durch die sie oft erdrückt oder doch enttäuscht wieder heimgetrieben werden. Aber auch der Wanderungsgewinn, der von 1900—1905 : 7021, von 1905—1910 aber nur 2566 Seelen, also kaum die Hälfte der vorhergehenden Periode, betrug, hätte, wenigstens in dem Zeitabschnitt 1905—1910, eine Einschränkung der Bautätigkeit gerechtfertigt. Aber die tatsächliche Einschränkung ging zu weit. Denn trotz der Verkleinerung der Bevölkerungszunahme, die das vorhergehende Kapitel so scharf zeigte, sank das Wohnungsangebot, sank seit 1905 sogar andauernd, sank sogar unter ein Prozent der vorhandenen Wohnungen (1909 und 1910) und war damit sicher viel zu klein, selbst wenn man sich nicht der Forderung vieler Wohnungspolitiker anschließt, welche verlangen, daß ein Angebot von 3% der vorhandenen Wohnungen bestehen soll.

Nun könnte ja trotz dieses zu geringen Wohnungsangebotes die Bautätigkeit wohnungsverbessernd eingegriffen haben, indem diese Wohnungen größere an und für sich waren oder gegen früher wurden. Das war aber nicht der Fall, zumal die Bautätigkeit in Straßburg als Hauptwohnungstypen Kleinwohnungen hervorbringt, die durchschnittliche Wohnungsgröße der neu hervorgebrachten Wohnungen aber zudem in dem für diese Untersuchung in Betracht kommenden Zeitraum 1900—1910, hauptsächlich aber seit 1904, beinahe von Jahr zu Jahr eine kleinere wurde. Im Jahre 1904 kamen auf jede neu entstandene Wohnung noch 4,02 Wohnräume, im Jahre 1910 aber nur noch 3,14. In-

wiefern trotz dieses Kleinerwerdens der neu entstandenen Wohnungen im Jahre 1910 eine Verbesserung in der Wohnungsgröße gegen 1905 und gegen 1900 festgestellt werden konnte, wird unter dem Abschnitt Bautätigkeit nachgewiesen werden. Erst im Jahre 1911 und 1912 trat wieder eine Verbesserung in der Größe der neu entstandenen Wohnungen ein, hervorgebracht durch die Bestrebungen von Bauten in Villenvierteln.

Es kann nach diesen Darlegungen bereits jetzt zu den Ursachen der Wohnungsverbesserung bemerkt werden, daß die im Verhältnis zur Kopfzahl etwas größere Wohnung nicht etwa hervorgebracht wurde durch eine Verbesserung der Wohnung selbst, sondern durch den Rückgang im relativen Zuwachs der Bevölkerung, d. h. also durch die Verkleinerung der die Wohnungen bewohnenden Familien. Hier ist also die Hauptursache begründet: die Familie wird kleiner. Daraus erklärt sich auch das große Bedürfnis unserer Zeit an Kleinwohnungen. Für eine Familie von drei Köpfen ist z. B. eine Drei-Zimmerwohnung schon eine günstige Wohnweise, weil in diesem Falle auf jede Person bereits ein Zimmer im Durchschnitt entfällt. Von dieser allgemeinen Feststellung des Anteils der beiden in Betracht kommenden Bewegungen an der Wohnungsverbesserung sei nunmehr zu ihrer Einzelbesprechung übergegangen.

A. Die Bautätigkeit.

(Tabelle IX.)

Die Bautätigkeit zergliedert sich rein äußerlich in eine öffentliche und in eine private. Die private befaßt sich zumeist mit der Erstellung von Häusern, die zu Wohnzwecken und zur gewerblichen Benutzung dienen (Fabriken, Werkstätten, Speicher, Büros usw.). Die öffentliche Bautätigkeit hat zum größten Teil zur Aufgabe, Gebäude zu administrativen und gemeinnützigen Zwecken zu errichten (Kirchen, Schulen usw.). Die öffentliche Bautätigkeit kann weiter eingeteilt werden in die der Gemeinde und in die der anderen öffentlich-rechtlichen Verbände (Staat, Bezirk, Kreis usw.). Die der Gemeinde greift in letzter Zeit oft direkt (Ansiedelungen) oder indirekt (Gewährung von Hypotheken) in die private ein. Für die Bildung von Wohnungen kommt aber trotzdem so gut wie ausschließlich nur die private Bautätigkeit in Betracht. Sie ist es auch, die die Mietpreise festsetzt, denn wenn Staat, Gemeinde u. s. f. wirklich einige Wohnungen vermieten, so steht deren Mietpreis meistens mit dem Wert des Objektes und seinen Un-

kosten nicht in Einklang, mit anderen Worten, sie vermieten meistens zu billig. Diese wenigen Wohnungen kommen aber bei dieser Untersuchung so gut wie garnicht in Betracht. Nebenbei sei noch bemerkt, daß in dieser Untersuchung teilweise die Ergebnisse bis zum Jahre 1912 herangezogen werden sollen, um zu zeigen, daß die Entwicklung der Jahre 1900/10 sich auch nachher fortsetzt und anhält.

An der in dem Zeitabschnitt 1900/10 eingetretenen Wohnungsverbesserung ist, wie schon bemerkt, die private Bautätigkeit nur in geringem Maße beteiligt. Denn erstens kommt in Straßburg die Bautätigkeit schon seit langem nur den dringendsten Anforderungen des Wohnungsmarktes nach, d. h. das Wohnungsangebot ist im Verhältnis zur Nachfrage klein. Das lehrt neben der Abnahme der prozentual leerstehenden Wohnungen bei den am Ende eines jeden Jahres vorgenommenen periodischen Zählungen ein Blick auf die Tätigkeit des städtischen Wohnungsnachweises. Bei den periodischen Zählungen wurde seit 1900 nie ein Bestand von drei Prozent an leerstehenden Wohnungen ermittelt. Nur einmal, im November 1905, wurde diese Zahl beinahe erreicht mit 1080 Wohnungen gleich 2,86%. Von da ab sank aber die Zahl absolut und relativ andauernd und im Jahre 1909 war sie nur noch 368 Wohnungen gleich 0,90%. Was das besagen will, erhellt am besten daraus, daß damals in Königshofen nur noch 5, in Grüneberg 6, in Kronenburg 12 Wohnungen frei waren. In der Gesamtneustadt waren nur 75 Wohnungen leer. Im Jahre 1910 hob sich die Zahl etwas und zwar auf 397 Wohnungen, d. h. von 0,90 auf 0,97 Prozent, 1911 dann weiterhin auf 1,46 Prozent, sank dann aber rasch wieder auf 1,14 Prozent im Jahre 1912.

Dasselbe Bild des sinkenden Wohnungsangebots zeigt der Wohnungsnachweis. Leider ist der Straßburger städtische Wohnungsnachweis nicht wie in mancher anderen Stadt ein obligatorischer, sodaß seine Tätigkeit sicherlich längst nicht den Gesamtumsatz am Wohnungsmarkt angibt. Aber im Großen und Ganzen mag er doch ein Abbild desselben geben, denn das Angebot bei ihm sinkt und steigt (d. h. es sinkt natürlich mehr als daß es steigt) auffallend übereinstimmend mit den Ergebnissen der periodischen Zählungen. Es ist ein bekannter Erfahrungssatz, daß die besser und gesicherter situierten Klassen ihre Wohnungen viel weniger oft wechseln, als die Angehörigen der minder gut situierten. Das zeigt sich auch, wenn man die Wohnungsuchenden am städtischen Wohnungsnachweis nach ihrem Beruf betrachtet. Weitaus den größten Anteil stellen die Handwerksgehilfen, d. h. alle nicht selbständigen in nicht fabrikmäßigen Betrieben angestellten

ungültig

Arbeiter, (durchschnittlich etwa 30%) und die Fabrikarbeiter und Tagner (durchschnittlich etwa 25%). Hinzu kommen, aber in weiterem Abstand: Berufslose, Rentner, Pensionäre mit etwa 10% u. s. f. Diese Klassen, Handwerksgehilfen, Fabrikarbeiter und Tagner suchen nun meistens keine größeren Wohnungen. Aus diesem Grunde hat auch der städtische Wohnungsnachweis seit 1909 nur noch die Vermittlung von Wohnungen bis zu drei Zimmern und zunächst bis zu einem Höchstmietswert von 550 ℳ, von 1910 ab dann auch zu jedem Mietswert übernommen. Aus diesem Grunde sei aber hier die Übersicht überhaupt auf diese Wohnungskategorien beschränkt. Als erstes Merkmal zeigt sich nun folgendes: Das Angebot an Wohnungen war stets kleiner als die Nachfrage. Es standen dem Wohnungsnachweis zur Befriedigung der Nachfrage für je 100 Wohnungsuchende Wohnungen zur Verfügung:

			im Jahre			
1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912
62,4	85,4	67,7	69,0	66,0	74,6	57,6

Da der Wohnungsnachweis unentgeltlich arbeitet, wird wohl ein großer Prozentsatz der zu vermietenden Wohnungen bei ihm angemeldet werden. Das darf man auch aus diesen Angebotszahlen schließen, denn ihre Höhe folgt der Intensität der Bautätigkeit genau, ist aber natürlich zu klein, denn sie hätte ja bei weitem den Ansprüchen nicht genügen, sondern dieselben höchstens zu $\frac{2}{3}$ befriedigen können. Das Angebot war relativ einigermaßen hoch in den Jahren 1905 und 1907 (85,4%), den Jahren, wie gleich gezeigt werden wird, mit den „Mietskasernenbauten", und 1911 (74,6), dem Jahr mit den Folgen des großen Straßendurchbruchs, d. h. Massenbau im Stockfeld u. s. f. Dieser Massenbau brachte aber nur Ersatz für vorher abgebrochene Wohnungen. Absolut ist aber das Wohnungsangebot schon seit Jahren dauernd gesunken.

Das Marktverhältnis von möblierten Zimmern bei dem städtischen Wohnungsnachweis soll hier übergangen werden. Das Angebot ist hier nämlich immer größer, als die Nachfrage. Das beruht auf folgenden Gründen: Der Nachweis arbeitet unentgeltlich, daher werden viele der frei werdenden Zimmer bei ihm angemeldet, eine Wahrnehmung, die ja auch für die Wohnungen galt. Die für die möblierten Zimmer in Betracht kommenden Mieter, das sind zum großen Teil Studenten, gehen aber nicht zum Wohnungsnachweis, sondern von Straße zu Straße, suchen wo ein Zettel heraushängt und pilgern so lange, bis sie eine „passende Bude" gefunden haben. Außerdem sind sie Saison-

mieter, sodaß außerhalb der Semester, wenn die Studenten fort sind, immer das Angebot viel größer als die Nachfrage sein muß.

Aus all dem Angeführten über das Wohnungsangebot, sei es bei den periodischen Zählungen, sei es beim Wohnungsnachweis ist aber sicher das Obengesagte bewiesen, daß nämlich die Bautätigkeit nur den allerdringendsten Anforderungen nachkam, mithin zu klein war. Dazu tritt zweitens, daß die Größe der durch die Bautätigkeit hervorgebrachten Wohnungen abnimmt. Das geschah besonders in dem Zeitraum von 1904—1910, in welchem Jahre ein Tiefstand in der Größe der hervorgebrachten Wohnung eintrat (s. untenstehende Tabelle Sp. 7). Dieses steht nun anscheinend mit den Ergebnissen des

Jahr	Neubauten		In den Wohngebäuden		Auf jedes Wohngebäude kommen Wohnungen im Durchschnitt	Auf jede Wohnung kommen Wohnräume im Durchschnitt
	überhaupt	darunter Wohngebäude	entstandene Wohnungen	entstandene Wohnräume (Zimmer)		
1	2	3	4	5	6	7
1900	451		944	3 252		3,44
1901	367		802	2 822		3,51
1902	374		967	3 404		3,52
1903	324	225	1 010	3 737	4,48	3,70
1904	317	236	1 148	4 624	4,86	4,02
1905	299	234	1 275	4 751	5,44	3,72
1906	295	240	1 170	4 232	4,87	3,61
1907	251	205	1 101	3 627	5,37	3,29
1908	156	98	505	1 710	5,15	3,38
1909	141	86	398	1 390	4,62	3,40
1910	148	98	445	1 404	4,55	3,14
1911	379	335	998	3 530	2,97	3,53
1912	221	136	600	2 305	4,41	3,84

ersten Abschnittes in Widerspruch, in welchem festgestellt wurde, daß die durchschnittliche Wohnungsgröße im Jahre 1910 mit 3,30 sich gegen das Jahr 1900 mit 3,11 Wohnräumen pro Wohnung in der Gesamtstadt verbessert habe. Dieser Widerspruch ist aber nur ein scheinbarer, denn diese Verbesserung war wohl eine solche der Gesamtstadt. Aber bereits bei der Besprechung der einzelnen Stadtteile mußten Einschränkungen eintreten. Gerade in der Neustadt, diesem

doch besten Wohnviertel, nahm die durchschnittliche Wohnungsgröße der vorhandenen Wohnungen ab, und damit wurde das Kleinerwerden der durch die Bautätigkeit neu hervorgebrachten Wohnungen bestätigt. Eine weitere Bestätigung brachte dann der Umstand, daß früher die Vier- und Fünf-Zimmerwohnungen die größte Zahl der Räume stellten, während dieses mehr und mehr den drei- und vierzimmerigen zufällt. Weiterhin war mit Ausnahme von zwei Jahren (1907 und 1910) die Durchschnittsgröße der neu hervorgebrachten Wohnungen größer als die der vorhandenen. Auch gingen durch die Abbrüche meistenteils die kleinen Wohnungen ein, die unter dem Durchschnitt der vorhandenen lagen, wodurch dieser gehoben wurde. Dazu kommt, daß die Durchschnittszahl etwas über 3 liegt. Die Drei-Zimmerwohnung wird aber in Straßburg Standarttyp (s. u.), und da die Zwei-Zimmerwohnung nicht mehr so stark produziert wird, wohl aber noch Vier-Zimmerwohnungen, so erklärt sich die Durchschnittsverbesserung sämtlicher Wohnungen von 3,11 auf 3,30 (für eine 10jährige Periode überdies nicht allzu groß), trotz des gleichzeitigen Sinkens in der Größe der neu hervorgebrachten Wohnungen. Dieses Kleinerwerden der hervorgebrachten Wohnungen trägt natürlich nicht zur Wohnungsverbesserung bei, ist aber ein Zug in der Bautätigkeit aller Großstädte, der in Straßburg noch nicht einmal so scharf ausgeprägt ist, wie häufig anderwärts, z. B. in dem oben erwähnten Neukölln, wo er dazu führte, daß 43,6 Prozent aller Wohnungen nur ein, weitere 43,5 Prozent nur zwei Zimmer haben. Hier sind also bereits 87,16 Prozent aller Wohnungen Ein- und Zwei-Zimmerwohnungen!

Die private Bautätigkeit ist naturgemäß Schwankungen unterworfen. Ihre Stärke hängt ab von der Nachfrage, von der Wirtschaftslage im allgemeinen, vom Geldmarkt usw. Hierzu treten in Straßburg noch andere Erscheinungen. Z. B.: In Zeiten politischer Spannung ist, wie sich gleich zeigen wird, die Lust in einer Grenzfestung Kapitalien in einen Bau zu stecken sehr gering, und so drückt sich auch das an politischen Krisen so reiche Jahr 1908 in einer graphischen Darstellung durch einen starken Fall in der Kurve der Neubauten und der durch sie entstandenen Wohnungen aus (s. T. IX).

Überhaupt ist diese graphische Darstellung, die die Zahl der jährlich errichteten Neubauten überhaupt, die Zahl der Wohngebäude und die der durch sie entstandenen Wohnungen angibt, in mehr als einer Hinsicht interessant. Bei ihr sind von Bedeutung, wegen der durch sie entstandenen Wohnungen, hauptsächlich die Wohngebäude und dann natürlich die Wohnungen selbst.

Zunächst seien diese äußerst bezeichnenden Kurven nur bis zum Jahre 1910 verfolgt, da eines Teils sich diese Untersuchung nur bis zu diesem Jahre erstreckt, und da anderen Teils das Jahr 1911, wie sich auch unschwer aus dem plötzlichen Aufschnellen und Fallen der Kurve ablesen läßt, wegen der Durchführung des Boulevardprojektes eine Abnormität darstellt. Die Zahl der neu errichteten Wohngebäude nimmt seit 1900 fast andauernd ab. Diese Abnahme wurde am empfindlichsten im Jahre der politischen Wirren 1908, so daß als Ausklang im Jahre 1909 ein Minimum erzielt wird mit nur 86 Wohngebäuden. Dieses Minimum wurde auch im Jahre 1910, mit nur 12 Wohn-Neubauten mehr, sehr wenig gebessert. Dagegen tritt als auffällige Erscheinung ein, daß während die Kurve der Zahl der neu errichteten Wohngebäude sinkt, seit 1901 diejenige der entstandenen Wohnungen ganz im Gegensatz hierzu rapid zu steigen anfängt, um im Jahre 1905, wo die andere Kurve bereits bedeutend gefallen war, ein Maximum zu erreichen. Diese Erscheinung läßt sich nur dadurch erklären, daß in diesen Jahren zwar wenig Wohngebäude entstanden, daß diese wenigen aber zum großen Teil solche mit vielen Wohnungen, d. h. „Mietskasernen“ waren. Es ergibt sich dieses auch aus der obenstehenden Tabelle, in welcher die Spalte 6 die Durchschnittszahl der neu entstandenen Wohnungen pro Wohngebäude angibt. Diese Durchschnittszahl war tatsächlich im Jahre 1905 am größten mit 5,44, wenig kleiner war sie im Jahre 1907 mit 5,37. Im Jahre 1908 erreicht diese Erscheinung durch einen starken Fall in der Kurve der entstandenen Wohnungen ihr Ende. Im Jahre 1909 wird dann für beide Kurven ein Tiefstand erreicht mit 86 Wohngebäuden und 398 durch sie entstandenen Wohnungen, ein Minimum, das sich auch 1910 nur sehr, sehr mäßig und vorsichtig hebt.

Im Jahre 1911 tritt dann ein plötzlicher Sprung beider Kurven nach oben ein, der sie auf 335 errichtete Wohngebäude und 998 durch sie entstandene Wohnungen bringt. Dieses Anschnellen ist begründet durch die Folgen der Durchführung des großen Straßendurchbruchs. In diesem Jahre entstanden die Neubauten der Gartenvorstadt Stockfeld und von den 998 entstandenen Wohnungen entfallen 460 allein auf sie. Auch im Jahre 1912 machen sich die Nachwirkungen dieses Durchbruches noch ein klein wenig bemerkbar, doch sind die Kurven wieder stark gefallen.

Natürlich sind die durch die neu erbauten Wohngebäude entstandenen Wohnungen nicht ein Zugang an solchen, da man berück-

sichtigen muß, daß teils durch Abbrüche, teils durch Umbauten eine Anzahl Wohnungen eingeht:

Jahr	entstandene Wohnungen	eingegangene Wohnungen	Überschuß
1910	445	127	318
1911	998	500*	498
1912	600	140	460

* davon 458 durch den Straßendurchbruch.

Es gingen also, auch veranlaßt durch den Straßendurchbruch, im Jahre 1911 außergewöhnlich viel Wohnungen ein. Damit verschwindet aber wieder jede günstige Folge des Aufschwungs in der Bautätigkeit des Jahres 1911, denn der größte Teil der hervorgebrachten Wohnungen war nur Ersatz für vorher fortgenommene. Der vor 1910 eingeschlagene Weg wird also weiter beschritten.

Der hauptsächlichste Wohnungstyp, den in Straßburg die private Bautätigkeit auf den Markt bringt, ist die viel begehrte Drei- und Vier-Zimmerwohnung. Dabei überwiegt in der Stadt die Vier-Zimmerwohnung, in den Vororten die Drei-Zimmerwohnung im Verhältnis zu den entstandenen Drei- und Vier-Zimmerwohnungen überhaupt. Im Jahre 1910 war, seit 1900 zum ersten Male, die Zahl der Vier-Zimmerwohnungen größer als die Zahl der Drei-Zimmerwohnungen. Damit schien also auch die Bautätigkeit einen Anfang zur Wohnungsverbesserung, wenigstens der Wohnungsgröße nach, machen zu wollen. Leider war aber 1911 und 1912 das Umgekehrte wieder der Fall:

Stadtbezirk	1910		1911		1912	
	Drei-Zimmerwohnungen	Vier-Zimmerwohnungen	Drei-Zimmerwohnungen	Vier-Zimmerwohnungen	Drei-Zimmerwohnungen	Vier-Zimmerwohnungen
Innenstadt....	44	123	94	114	74	114
Vororte	105	32	440	101	158	46
Gesamtstadt	149	155	534	215	232	160

Die nächsthöchste Zahl von entstandenen Wohnungen erreichen nach den Drei- und Vier-Zimmerwohnungen meist die zweizimmerigen, was eine Bestätigung mehr für das Kleinerwerden der Wohnungen ist. Nur selten entstehen mehr Fünf-Zimmerwohnungen und noch seltener mehr Sechs-Zimmerwohnungen als zweizimmerige. Seit 1900 war es nur zwei Mal der Fall, daß mehr fünfzimmerige entstanden: einmal im Jahre 1904, und da war das Mehr nur ganz unbedeutend, und das andere Mal im Jahre 1912. In diesem Jahre waren es im ganzen 83 Fünf-Zimmerwohnungen, die neu entstanden. 77 fielen davon auf die Innenstadt, 6 auf die Vororte (d. h. im Durchschnitte nicht einmal eine auf jeden Vorort). Sechs-Zimmerwohnungen gab es seit 1900 sogar nur ein einziges Mal mehr als Zwei-Zimmerwohnungen, und das war ebenfalls im Jahre 1904. Die Zahl der entstandenen Zwei-Zimmerwohnungen war in Straßburg sehr oft sogar so hoch, daß sie die der entstandenen Vier-Zimmerwohnungen überstieg. Das geschah seit 1900 in den Jahren 1900, 1901, 1902, 1903, 1907, 1908 und 1909. Im Jahre 1901 war sie sogar doppelt so groß. Ihre Anzahl ist aber in den letzten Jahren zurückgegangen. Aus dieser Entwicklung scheint sich zu ergeben, daß die Drei-Zimmerwohnung in Straßburg eine Art Normal-, ein Vorrangstyp werden will. Es ist dieser zwar leider auch ein großstädtischer Kleinwohnungstyp, der aber bei der sich verkleinernden Familie, der Folge des Geburtenrückgangs, zumal wenn daneben noch in einigermaßen haltbarem Verhältnis größere Wohnungen entstehen, gelten mag. Nimmt aber die Zwei-Zimmerwohnung die zweite oder später gar die erste Stelle ein, eine Befürchtung, die zwar hoffentlich nicht zutreffen wird, die aber immerhin nicht ganz wegzuweisen ist, dann wird auch die Bautätigkeit Straßburgs den Sprung in die bei Neukölln geschilderte Großstadtbauweise getan haben.

An der Wohnungsverbesserung durch Hervorbringung von im Durchschnitt größeren Wohnungen hat also die Bautätigkeit keinen Teil gehabt. Die Wohnungsverbesserung wird also fast ganz dem relativen Rückgang in der Bevölkerungszunahme zuzuweisen sein. Den Bauproduzenten ist es natürlich stets unangenehm, zu hören, daß sie nicht mitverbessert haben. Es wird dann darauf hingewiesen, daß eine Verbesserung in anderer Hinsicht erstrebt und erreicht wurde, eine Verbesserung nämlich hinsichtlich der Ausstattung der Wohnungen mit Nebenräumen u. s. f. Es muß daher noch mit wenigen Worten auf die Ausstattung der seit 1900 entstandenen neuen Wohnungen eingegangen werden.

Zunächst die Ausstattung mit Mansarden und sonstigen bewohnbaren Nebenräumen. Sie war in den drei Jahren 1900, 1901 und 1902 wie die nachfolgende Zusammenstellung zeigt, keine gute, denn erst

Die neuentstandenen Wohnungen nach der Ausstattung.

Jahr	Es kommt je ein Raum nachbezeichneter Art auf Wohnräume:			
	Mansarde und sonstiger bewohnbarer Nebenraum	Küche	Badezimmer	Waschküche, Speisekammer u. a.
1900	28,0	3,6	12,7	11,4
1901	32,8	3,4	14,4	12,0
1902	38,6	3,5	15,0	9,3
1903	5,1	3,7	11,3	11,19
1904	6,9	4,0	7,6	15,7
1905	9,2	3,6	8,2	17,1
1906	3,4	3,6	8,0	18,4
1907	4,0	3,2	9,7	17,9
1908	6,0	3,3	9,8	14,7
1909	4,7	3,4	7,7	6,98
1910	4,4	3,1	5,2	9,9
1911	10,8	3,5	4,3	7,1
1912	15,7	3,8	6,1	6,7

auf 28,0 bezw. 32,8 und 32,6 neuentstandene Wohnräume entfiel eine Mansarde oder ein bewohnbarer Nebenraum. Im Jahre 1903 ist das Verhältnis plötzlich stark gebessert, denn auf je 5,1 hervorgebrachte Wohnräume entfällt bereits eine Mansarde. 1905 sind es aber bereits wieder 9,2 Wohnräume. Am besten war das Verhältnis im Jahre 1906, wo auf 3,4 Wohnräume bereits eine Mansarde entfällt. Dann verschlechtert sich aber das Verhältnis wieder, 1910 war es mit einer Mansarde auf 4,4 Wohnräume wieder einigermaßen günstig, aber 1911 sind es 10,8, 1912 sogar 15,7 entstandene Wohnräume, auf die erst eine Mansarde entfällt. Von einer Verbesserung in dieser Hinsicht kann also für die letzten Jahre wenig mehr die Rede sein, nachdem eine solche 1902/03 sprunghaft eingetreten war. Bezieht man die Zahl der Mansarden und sonstigen bewohnbaren Nebenräume nicht auf die der neu

entstandenen Wohnräume, sondern auf die der Wohnungen, so zeigt sich, daß nur in einem Jahre, 1906, durchschnittlich auf jede neu entstandene Wohnung auch eine Mansarde entfiel. In den übrigen Jahren waren es 1,2; 1,5; 2,0; 1900 sogar 8,2; 1901 : 9,5 und 1902 : 10,9 Wohnungen, auf die erst eine Mansarde im Durchschnitt kam. Die Ausstattung der neu entstandenen Wohnungen mit Küchen, die in Straßburg von jeher eine gute war, ist in dem ganzen Jahrzehnt andauernd die gleiche geblieben. Die Zahl der Wohnräume, auf welche durchschnittlich eine Küche entstand, schwankt mit im allgemeinen nur geringen Abweichungen nach oben und nach unten um die Zahl 3,5. Aber auch diese Quote hat leider einen kleinen Anlauf zur Verschlechterung genommen. Während nämlich früher immer einige Küchen mehr als Wohnungen entstanden, sind es in den letzten Jahren auch wohl gleich viel oder einige weniger gewesen. Was nun die Ausstattung mit Waschküchen, Speisekammern und sonstigen Nebenräumen anbetrifft, so hat dieselbe Schritt für Schritt die Entwicklung der Zahl der durchschnittlich auf die neu entstandenen Wohngebäude entfallenden Wohnungen mitgemacht. Je mehr Wohnungen auf einen Wohnneubau entfielen, je mehr also Mietskasernen entstanden, um so schlechter wurde die Ausstattung mit Waschküchen, Speisekammern und sonstigen Nebenräumen. Dieses ist aber der treffendste Beweis dafür, daß tatsächlich damals Mietskasernen entstanden. In sechs Jahren des Jahrzehnts 1900—1910 war die Ausstattung schlechter als im Anfangsjahre 1900 und nur in drei Jahren war sie besser. Zuletzt wäre noch die Ausstattung mit Badezimmern zu erwähnen. Sie weist in der zweiten Hälfte des Dezenniums eine Verbesserung gegenüber der ersten auf, und zwar sowohl was die Zahl der Wohnräume als auch die der Wohnungen betrifft, auf die durchschnittlich ein Badezimmer entfiel. Aber wenn man das ganze Gebiet der Wohnungsausstattung betrachtet, so muß man zu dem Schluß kommen, daß eine dauernde und wirklich hervorstechende Verbesserung nirgends eingetreten ist, ganz abgesehen davon, daß eine bessere Ausstattung wohl auch nur den großen Wohnungen zu Gute gekommen ist, weil die Jahre mit den Mietskasernenbauten ja Verschlechterungen aufweisen. Die Ausstattung mit Küchen war von Anfang an befriedigend und blieb es glücklicherweise auch. Diejenige mit Mansarden war schwankend, diejenige mit Waschküchen, Speisekammern u.s.f. folgte der Art der Neubauten, d. h. sie wurde allmählich schlechter, um dann langsam wieder besser zu werden und nur diejenige mit Badezimmern gestaltete sich wirklich etwas günstiger.

B. Die Bevölkerungsbewegung.

(Tabellen X, XI, XII u. XIII.)

Im ersten Kapitel dieser Untersuchung, in dem die Entwicklung der Wohnverhältnisse in der Stadt Straßburg einer kritischen Betrachtung unterzogen wurde, konnte schon mit wenigen Worten immer darauf hingewiesen werden, wodurch die für Straßburg festgestellte Verbesserung in den Wohnverhältnissen, das weiträumigere Wohnen bewirkt wurde: nämlich durch die kleiner werdende Familie, durch den absolut und relativ verminderten Bevölkerungszuwachs, nicht jedoch durch eine Produktion an weiträumigeren Wohnungen gegenüber früher, durch die Bautätigkeit. Daß diese tatsächlich nur in dem Maße tätig war, wie im ersten Kapitel des öfteren aufgestellt wurde, daß sie an Quantität und Qualität nicht das leistete, was von ihr als nötig erwartet werden mußte, ist dann in diesem zweiten Kapitel zu den Ursachen der Verbesserung der Wohnverhältnisse im ersten Abschnitt nochmals kritisch nachgewiesen worden. Die Aufgabe dieses zweiten Abschnittes ist es daher, eingehender die Bevölkerungsbewegung zu untersuchen und darzulegen, daß tatsächlich in ihr die Ursache begründet liegt. Auch hier mögen hier und da die Zahlen bis 1912 oder 1913 herangezogen werden, um zu zeigen, daß die in den Zeiträumen von 1900/1905 und von 1905/1910 eingetretene Entwicklung sich weiter fortsetzt, ja sogar noch ihre Verstärkung findet.

Bei dieser Untersuchung soll auch, wie im ersten Kapitel, eine Betrachtung nicht nur der Gesamt-Entwicklung sondern auch der einzelnen Bezirke erfolgen, um darzulegen, wie Schritt für Schritt die ganze Entwicklung der Wohnverhältnisse neben der der Bevölkerungsbewegung herläuft und dieser folgt. Die Hauptsache in der Bevölkerungsbewegung ist ja in diesem Zusammenhange der Bevölkerungszuwachs, absolut und relativ. Da dieser, wenigstens sein für eine Stadt vornehmster Teil, der natürliche Zuwachs, aber auf das innigste verknüpft ist mit der Bewegung der Eheschließungen und der der Sterbefälle, so dürfen wohl auch diese mit in den Bereich der Betrachtung gezogen werden.

Bevor nun in die Einzeluntersuchung der in Betracht kommenden Bewegungen eingetreten wird, sei in kurzen Zügen die Gesamtentwicklung nochmals angeführt. Im ersten Zeitabschnitt 1900—1905 nahmen die Bewohner zu um 14 702 = 11,28%. Von dieser Zunahme entfielen 7681 auf den Geburtenüberschuß und 7021 auf den Wanderungs-

gewinn. Im zweiten Zeitabschnitt 1905—1910 nahm aber die um 14 702 Köpfe gewachsene Bewohnerzahl nur zu um 9809 = 6,71%. Diese Zunahme verteilt sich auf den Geburtenüberschuß mit 7243 und auf den Wanderungsgewinn mit 2566. Es sei in diesem Zusammenhange auf die Abstimmigkeit hingewiesen, welche zwischen den Zahlen in der nun folgenden Untersuchung und zwischen denen der statistischen Veröffentlichungen der Stadt Straßburg besteht. Es rührt dieselbe aus zweierlei Ursachen her. Einmal wurde auch hier, wie bereits zu Anfang der Arbeit erwähnt wurde, überall die Bewohnerzahl als Grundlage genommen, wodurch selbstverständlich eine Verschiebung in den relativen Quoten eintreten mußte. Zweitens wurden aus allen Zahlen der Reihen (mit Ausnahme derjenigen der Eheschließungen) die nach außerhalb fallenden ausgeschieden, um zu ganz genauen Resultaten zu gelangen. Ihre Zuzählung zu den Straßburger Zahlen ist in dieser kritischen Betrachtung durchaus nicht angängig und hätte eine wesentliche Verschiebung bewirkt. So lag z. B. bis zum Jahre 1907 die Zahl der nach außerhalb fallenden aber in Straßburg erfolgten Geburten immer unter der Zahl der nach außerhalb fallenden Sterbefälle, wodurch eine tatsächlich nicht vorhandene Verbesserung des Straßburger Geburtenüberschusses erzielt wurde, während seit 1907 das Umgekehrte der Fall ist.

Die nunmehr zunächst zu betrachtende natürliche Bevölkerungsbewegung zerfällt in zwei voneinander gänzlich verschiedene Abschnitte, deren Anfangs- und Endpunkte merkwürdigerweise ganz genau mit denjenigen der beiden in dieser Arbeit untersuchten Zeitabschnitte zusammenfallen. Die natürliche Bevölkerungsbewegung zerfällt also, wie auch ohne weiteres ein Blick auf ihre Tabellen zeigt, in einen Teil von 1900 bis 1905 und in einen solchen von 1905 bis 1910.

I. Der natürliche Bevölkerungszuwachs.

Eheschließungen.

Während früher die Zahl der Eheschließungen und die Schwankungen, die dieselbe aufzuweisen hatte, mit ziemlicher Sicherheit als ein Gradmesser der herrschenden Konjunktur angesehen werden konnte, und auch umgekehrt im allgemeinen die Schlüsse richtig waren, die man aus einem Steigen oder Sinken jener Zahl mit Bezug auf die Konjunktur vornahm, haben sich in dem heutigen so vielfach differenzierten Wirtschaftsleben diese einfachen Zusammenhänge gewaltig verschoben, so daß solche Schlüsse vielfach ohne weiteres irrig sein würden. Und

dieses gilt auch für Straßburg. Unterzieht man die Zahl der Eheschließungen in der Stadt Straßburg in früheren Jahren einer näheren Betrachtung, so zeigt sich, daß man jedes Mal in Jahren mit steigender Zahl der Eheschließungen auf günstige Wirtschaftslagen und umgekehrt in solchen mit sinkender oder stagnierender Zahl auf ungünstige Zeiten in Handel und Gewerbe schließen konnte. Ganz besonders zeigt sich dieses bei einem Vergleiche der Wirtschaftsaufschwünge und -Krisen mit den Zahlen der Eheschließungen seit 1870. Wollte man aber in derselben Weise Schlüsse ziehen aus der Entwicklung der Eheschließungszahlen in Straßburg seit dem Jahre 1900, dann müßte für diese Stadt, und besonders im zweiten Abschnitt 1905—1910 und in verstärktem Maße noch darüber hinaus, Handel und Verkehr einen Weg stark abwärts gegangen sein, denn um diese beiden handelt es sich für die alte Handelsmetropole und den bedeutenden Verkehrsknotenpunkt Straßburg in erster Linie. Die Zahl der Eheschließungen betrug in Straßburg im Jahre 1900 bei 130 270 Bewohnern 1424, und es entfielen damit fast 11 Eheschließungen auf das Tausend der mittleren Bewohnerzahl. Zehn Jahre später, im Jahre 1910, steht ihre Zahl fast genau wieder auf demselben Stand, auf 1451, dieses Mal jedoch bei über 25 000 Bewohnern mehr, wodurch nur noch 9,3 Eheschließungen auf das Tausend der mittleren Bewohnerzahl entfallen, also unverkennbar ein großer Rückgang. Im ersten Jahrfünft 1900/05 lag die Zahl der durchschnittlich auf 1000 der mittleren Bewohnerzahl entfallenden Eheschließungen, mit Ausnahme von einem Jahre (1903), immer auf 10 oder darüber, im zweiten Jahrfünft 1905/10 jedoch, wiederum mit Ausnahme eines Jahres (1906), immer nur über 9. Die relative Zahl der Eheschließungen zeigt von 1900 bis 1910 folgenden Verlauf: sie nahm zunächst seit 1900 ab von 10,9 bis 9,7 im Jahre 1903, stieg dann wieder stufenweise in den Jahren 1904, 1905 und 1906 von 10,1 über 10,3 auf 10,7, um von da ab unter Schwankungen immer näher an 9 herunter zu gehen und nach 1910 diese Zahl vielleicht schon zu unterschreiten. Und gerade dieses Jahrzehnt brachte, und besonders noch die anschliessenden Jahre 1911, 1912 und 1913, dem Straßburger Handel einen ungeahnten Aufschwung und die Grundlage zu niegewesener Entwicklung, die zur Projektierung und auch schon Durchführung einer Vergrößerung sämtlicher Verkehrsanlagen führte. Im Straßburger Verkehrsgebiet betrug die gesamte Güterzufuhr (d. h. Eisenbahnen- und Schiffsgüterverkehr) im Jahre 1900: 1 107 191 t und die Güterabfuhr 529 277 t. Und im Jahre 1910 lauten die Zahlen 2 093 698 t und 1 383 211 t, bei der Güterankunft eine Verdoppelung fast und beim Güterversand

noch mehr, nämlich eine Verzweiundeinhalbfachung. Und dieses stärkere Steigen des Versandes weist auch weiter darauf hin, daß auch die Industrie, die in der vornehmlich Handel treibenden Stadt Straßburg früher nur eine kleine Rolle spielte, an dem Aufschwung teilnehmen durfte. Hier ist also ein direkter Zusammenhang zwischen Wirtschaftsleben und Zahl der Eheschließungen nicht zu erkennen. Welches ist aber nun die Ursache dieser starken Veränderung gegen früher ? Und hier genügt es, zunächst zwei Zahlen anzuführen, und auf eine kurze Ausführung im ersten Kapitel (S. 13 u.) zu verweisen. In dem Jahrfünft 1900/05 betrug bekanntlich der Wanderungsgewinn 7021 Personen und in dem folgenden Jahrfünft 1905/10 nur 2566, also weit weniger als die Hälfte des vorhergehenden Abschnittes. Und die Ursache dieser verminderten Zuwanderung war bereits an der oben angeführten Stelle kurz gestreift und wird beim Abschnitt Bevölkerungszuwachs aus Wanderung noch eingehender zu besprechen sein ; es ist die Möglichkeit, bei den heutigen Verkehrsverhältnissen die Wohnung möglichst weit von der Berufsstätte zu verlegen, oder richtiger umgekehrt, die Wohnung weit von der Berufsstätte liegen lassen zu können und sie nicht nahe an diese heranschieben zu müssen. Der verminderte Wanderungsgewinn ist also die Ursache des Sinkens der Eheschließungszahl. Denn die Zuwandernden, das waren meistenteils doch solche, die in der Stadt eine Erwerbsgelegenheit gefunden hatten. Und wenn durch diese der ökonomische Grund gelegt ist, so ist bekanntlich die Heiratslust eine viel stärkere, als wenn diese feste Basis fehlt.

Es wäre jetzt noch davon zu handeln, in welcher Weise der natürliche Bevölkerungszuwachs von der Zahl der Eheschließungen abhängt, denn dieser beansprucht ja im Rahmen dieser Arbeit das größte Interesse. Die Ausführungen über diese Zusammenhänge seien jedoch besser an den Anfang des nächsten Absatzes verschoben.

Sterbefälle.

Die Entwicklung in den Zahlenreihen, welche über die Sterbefälle Auskunft geben, ist die erste Bewegung, die auf den Bevölkerungszuwachs von direkt-ursächlichem Einfluß ist, im Gegensatz zu den eben besprochenen Zahlen der Eheschließungen. Wenn auch die indirekte Wirkung dieser auf den Bevölkerungszuwachs durchaus nicht verkannt werden soll, so ist doch die vielfach aufgestellte und früher auch wohl großenteils gültige Behauptung, daß ein Jahr, welches eine starke Vermehrung der Zahl der Eheschließungen bringt, auch eine Steigerung der Geburtenzahl oder wenigstens der ehelichen im gleichen oder doch

im nächsten Jahre im Gefolge haben müsse, für Straßburg wenigstens, nur noch sehr bedingt richtig. Das Jahr 1904 brachte z. B. 1452 Eheschließungen und 3778 der Stadt verbleibende eheliche Lebendgeburten; das Jahr 1905 brachte 1511 Eheschließungen und 3684 Geburten, bei ersterer Zahl also eine Steigerung um ein gutes halbes Hundert, bei letzterer eine Verminderung von beinahe Hundert. Das Jahr 1906 erschien mit einer weiteren beträchtlichen Steigerung der Eheschließungen auf 1584, der höchsten überhaupt erreichten Zahl, und die Zahl der der Stadt verbleibenden ehelichen Lebendgeburten stieg zwar auch etwas, erreichte aber längst nicht die Höhe von 1904 und sank dann in dem den vielen Eheschließungen folgenden Jahre 1907 in ganz erheblichem Maße. Von einer direkten Einwirkung auf den Bevölkerungszuwachs ist also unter den heutigen Verhältnissen wenig die Rede mehr. Das dürften auch folgende zwei Zusammenstellungen darlegen: Das erste Jahrfünft 1900—1905 hat 7046 Eheschließungen zu verzeichnen und 18 452 der Stadt verbleibende ehelich Lebendgeborene. Das zweite Jahrfünft 1905—1910 dagegen weist bei 338 Eheschließungen mehr (7384) 1090 ehelich Lebendgeborene weniger auf (17 362). Die Zahl der Sterbefälle wirkt aber direkt auf den natürlichen Bevölkerungszuwachs ein, ja, von ihrer Höhe hängt bei andauerndem Geburtenrückgang die Höhe des Geburtenüberschusses überhaupt ab.

Die Entwicklung in den Zahlen der Sterbefälle hat nun in Straßburg einen außerordentlich günstigen Verlauf genommen, einen Verlauf, der in höchstem Grade mitbestimmend für den erreichten natürlichen Bevölkerungszuwachs war. Im ersten Jahrfünft wurden 22 029 Lebendgeburten erzielt, im zweiten aber nur 20 717, d. h. 1312 weniger. Wenn nun trotzdem der Geburtenüberschuß der zweiten Periode nicht auch um ebensoviel, sondern nur um 438 geringer war, als derjenige der ersten Periode, so ist dieses nur dem Umstande zu verdanken, daß die Sterbezahl eine so große Verbesserung erfuhr. Nicht nur relativ sank die Sterblichkeit, sondern auch absolut; und dieses will besonders viel besagen, wenn man daneben die vorhergehende Vermehrung der Bevölkerung bedenkt. Im Jahre 1900 betrug die Sterbezahl 2928 und im Jahre 1910 betrug sie bei einer um doch 24 511 Köpfe vermehrten Bewohnerzahl beinahe ein halbes Tausend weniger, nämlich nur 2457! Relativ bezogen auf je 1000 der mittleren Bewohnerzahl bedeutet das, daß im Jahre 1900 auf je 1000: 22,47 Bewohner starben, dagegen im Jahre 1910 nur noch 15,75, eine Abnahme von 25%! Auch hier kann der große Unterschied zwischen dem ersten und dem

zweiten Zeitabschnitt verfolgt werden. Im ersten Zeitabschnitt lag durchweg die Zahl der auf je 1000 der mittleren Bewohnerzahl entfallenden Sterbefälle über 20. Im zweiten Zeitabschnitt sinkt sie dann rasch, 1906 auf 19,1, dann auf 18,3, bleibt 1908 und 1909 auf über 17 (17,8 und 17,5) und sinkt dann 1910 auf 15,7 (s. a. Tab. X, Sp. 12). Dieser außerordentlich günstige Gang in der Entwicklung der Sterbezahl ist natürlich auf den ersten Anblick etwas überraschend und muß sicher seine ganz besonderen Ursachen haben. Diese werden aber ohne weiteres klar, wenn man die Zahlen auseinanderscheidet in diejenigen der Sterbefälle unter einem Jahre und in diejenigen über einem Jahre (s. Tab. XI, Sp. 15, 16), d. h. wenn man die Säuglingssterblichkeit für sich betrachtet und diejenige der anderen Altersklassen. Es zeigt sich als erstes, daß die Sterblichkeit letzterer sich zwar relativ auch etwas verbessert hat, jedoch absolut garnicht. Es starben im ersten Zeitabschnitt 1900/05 Personen im Alter über ein Jahr: 9494 und im zweiten Zeitabschnitt 1905/10: 9709, d. h. 215 mehr. Die Sterbezahl in diesen Altersklassen hatte also um 2,26 % zugenommen, die Bewohner nahmen bekanntlich um 6,71% zu. Die Zahl der Sterbefälle nahm also zwar in viel schwächerem Grade zu, aber sie nahm zu. Daneben nun die Säuglingssterblichkeit: im ersten Zeitabschnitt starben jährlich stets über 900 Säuglinge, in zwei Jahren sogar über 1000 (1900: 1070, 1903: 1028), im ganzen 4864. Im zweiten Jahrfünft lag die Zahl stets unter 900 und fiel seit 1905 andauernd. Sie betrug im Anfangsjahre 1906: 882, lag dann unter stetem Sinken 1907, 1908 und 1909 über 700 (770, 760 und 742) und fiel schließlich im Jahre 1910 auf 611. Im ganzen starben in diesem zweiten Jahrfünft nur 3765 Säuglinge, also 1099 oder durchschnittlich 220 pro Jahr weniger. Wenn man die Zahl der Säuglingssterbefälle weiter verfolgt, so wird man gewahr, daß das Sinken damit noch nicht sein Ende erreichte: 1911 starben zwar durch den heißen Sommer verursacht 645 Säuglinge, 1912 jedoch nur 473 und 1913: 426, d. h. nicht einmal mehr die Hälfte von den jährlich vor 1905 Verstorbenen. Die vielerlei sanitären Einrichtungen der heutigen Zeit, die öffentliche Sorge für die unehelichen Kinder, die vielen Kampfmittel gegen die Kinder-, hauptsächlich die Säuglingssterblichkeit, die Anleitung zur Erziehung und Ernährung der Säuglinge, die Stillprämien der Stadt und der Krankenkassen, die vielen Opfer nicht nur pekuniärer Art sind also in der Stadt Straßburg nicht vergebliche Anstrengungen geblieben, sondern haben einen glänzenden Erfolg gezeitigt. Dieser Erfolg zeigt sich auch in der Abnahme der prozentualen Sterblichkeit der Säuglinge, und zwar sowohl

bei der der ehelichen und in noch stärkerem Maße auch der der unehelichen. Die Zahl der Sterbefälle im ersten Lebensjahre betrug bei den ehelich Lebendgeborenen im ersten Jahrfünft durchschnittlich $^1/_5$, bei den unehelichen $^1/_4$, ja sogar $^1/_3$ sämtlicher Lebendgeburten. Im zweiten Jahrfünft findet bei beiden mit Schwankungen eine Verbesserung statt, die Zahlen nähern sich einander, 1910 sind es noch $^1/_7$ aller Geburten, die im ersten Lebensjahre sterben, 1913 aber bei den ehelichen wie bei den unehelichen nur noch knapp $^1/_8$. Nur die in so starkem Maße zurückgedämmte Säuglingssterblichkeit war es also, die die Gesamtsterbezahl so hervorragend verbesserte. Das wird auch sofort ersichtlich, wenn man die Zahl der auf je 1000 der mittleren Bewohner entfallenden Säuglingssterbefälle betrachtet (s. Tab. X, Sp. 16). Ihre Reihe läuft genau homolog der Reihe der Gesamtsterbefälle, genau wie diese macht sie 1906 eine Schwenkung und verbessert sich sogar noch stärker als sie, nämlich um über 50%. 1900—1905 entfielen stets über 6 Säuglingssterbefälle auf je 1000 der mittleren Bewohner, ja sogar über 7 (1902 und 1903) und über 8 (1900). 1905—1910 waren es aber stets weniger als 6. In stetem Fallen verbessert sich die Zahl von 5,9 über 5,1 auf 4,9, 4,8 und schließlich im Jahre 1910 auf 3,9.

So großartig wie nun auch diese Entwicklung der Sterbezahlen in Straßburg gewesen ist und so günstig dieselbe sich auch im zweiten Zeitabschnitt 1905/10 gestaltete und auf den gesamten natürlichen Bevölkerungszuwachs einwirkte, so daß dieser absolut nicht allzu stark abnahm, so erhebt sich hier doch unbedingt eine Frage. Es ist nicht gut denkbar und schlechterdings auch nicht möglich, daß die im Zeitraum 1900-1910 erfolgte nicht nur relative sondern sogar absolute Herabdrückung der Sterbezahl ewig anhält. Diese Verbesserung hat ihre Grenze und zwar in dem Augenblick, in dem die Sterbezahl ein Minimum geworden ist. Wann ist sie aber ein Minimum geworden, die Minimalgrenze erreicht? Diese Frage sei hier noch kurz gestreift. Die Minimalgrenze dürfte dann erreicht sein, wenn die Säuglingssterblichkeit im Verhältnis zur Altersterblichkeit eine möglichst geringe und wenn diese selbst möglichst niedrig ist. Denn es tritt dann eine Verschiebung ein, so daß relativ die höheren Altersklassen stärker von der Sterbezahl betroffen werden, was ja auch als natürlicher erscheinen muß. Da nun die Sterblichkeit der Altersklassen über ein Jahr in Straßburg, wie vorher dargelegt wurde, im ganzen im zweiten Jahrfünft gegenüber dem ersten zugenommen hatte, so müßte demnach für Straßburg die Minimalgrenze dann erreicht sein, wenn die Sterblichkeit der Altersklassen über einem Jahre eine möglichst kleine ist,

vielleicht sogar einen Tiefstand darstellt, und wenn zu gleicher Zeit die relativen Zahlen der auf die Lebendgeburten entfallenden Säuglingssterbefälle sowie innerhalb dieser nach den Todesursachen konstant werden, und die Spannung in der Zunahme der Altersterbefälle eine größere wird, als wie in der Abnahme der Säuglingssterbefälle. Diese vier Vorbedingungen treffen nun in ziemlicher Übereinstimmung auf das Jahr 1912 zu. Die Zahl der Sterbefälle der Altersklassen über einem Jahre war mit 1819 seit 1900 ein Tiefstand. Und auch das Prozentverhältnis zwischen der Zahl der der Stadt verbleibenden Lebendgeborenen und der Sterbefälle unter einem Jahre scheint allmählich konstant werden zu wollen. Die Sterblichkeit betrug 1911: 17, 1912: 13, 1913: 12 Prozent. Innerhalb der Säuglingssterbezahl ist aber das Verhältnis seit 1908 andauernd so, daß etwa 25 bis 30 Prozent sämtlicher im ersten Lebensjahre Verstorbenen an angeborener Lebensschwäche, Bildungsfehlern und Gewebsverhärtungen sterben, also an nicht eigentlichen Krankheiten und Mängeln, die sich auch in Zukunft kaum beseitigen lassen werden. Weitere etwa 25% der Säuglinge sterben an den sogenannten Sommerkrankheiten: Magen-Darmkatarrh, Brechdurchfall. Diese Zahl mag sich allerdings im Gegensatz zu ersterer vielleicht noch etwas verbessern lassen. Und des weiteren hatten die Sterbefälle der Klassen über ein Jahr im Jahre 1913 gegenüber 1912 um 115 zu-, diejenigen der unter einem Jahre aber nur um 47 abgenommen. Tatsächlich stellt auch das Jahr 1912 zunächst mit seinen insgesamt 2292 Sterbefällen ein absolutes und natürlich erst recht relatives Minimum dar, woraus sich auch erklärt, daß in diesem Jahre nochmals, trotz der weiteren Abnahme der Geburtenzahl gegenüber 1911, ein um 102 höherer Geburtenüberschuß sich ermöglichen ließ. Im Jahre 1913 ist dann die Sterbezahl wieder gestiegen, und so dürfte das Jahrfünft 1910—1915 wohl nicht ganz unter den günstigen Auspizien stehen, die dem Jahrfünft 1905—1910 durch die sinkende Sterbezahl geschaffen wurden.

Geburten und Geburtenüberschuß.

Nach der Untersuchung über die Entwicklung, welche in jenen beiden Bewegungen eingetreten ist, die, wie die Sterbezahl direkt oder die Zahl der Eheschließungen indirekt, in Straßburg auf den Gang des natürlichen Bevölkerungszuwachses von Einfluß sind, wäre jetzt noch auf diesen selbst einzugehen. Der natürliche Bevölkerungszuwachs wird hervorgebracht durch die Zahl der Lebendgeburten, oder genauer

durch das Mehr an Lebendgeborenen gegenüber der Zahl der Sterbefälle, d. h. also durch den Geburtenüberschuß. Aber auch die eben gegebene Definition ist nicht ganz exakt. Noch genauer muß es heißen, daß der natürliche Bevölkerungszuwachs hervorgebracht wird durch das Mehr an der Stadt verbleibenden Lebendgeborenen gegenüber der Zahl der auf die Stadt entfallenden Sterbefälle. Diese Unterscheidung mag für manche Städte von ganz untergeordneter Bedeutung sein, aber wie schon eingangs dieses Abschnittes ausgeführt wurde, für Straßburg ist sie von allergrößter Wichtigkeit, denn die Zahlen, welche Auskunft geben über die nach außerhalb gehörenden Geburten und Sterbefälle, sind in der Stadt Straßburg so beträchtlich, daß durch sie ganz wesentliche Verschiebungen bewirkt würden. Die Zahl der vorgefallenen Lebendgeburten einerseits und die der Sterbefälle andererseits ist es also, von deren Gestaltung die Höhe des natürlichen Bevölkerungszuwachses, der Vermehrung der Bevölkerung aus sich selbst von innen heraus bestimmt wird. Die Entwicklung der Sterbezahl war nun, wie oben nachgewiesen wurde, seit 1900 in Straßburg eine außerordentlich günstige gewesen, denn sie war eine rückläufige und zwar in so starkem Grade, daß im Jahre 1912 ein absolutes Minimum eintrat. Aber auch die Bewegung in der Zahl der Lebendgeborenen war, und zwar nicht nur relativ, eine rückläufige, eine rückläufige, die absolut, wenn man sämtliche Lebendgeborenen in Betracht zieht, seit 1908, und wenn man nur die ehelichen speziell untersucht, sogar bereits seit 1906 eine dauernde geworden ist. Diese Erscheinung, die man allgemein als Geburtenrückgang zu bezeichnen pflegt, ist es, die mit der Entwicklung der Wohnverhältnisse in innigem Zusammenhang steht, denn dieser Geburtenrückgang ist im wesentlichen die Ursache für die sich verkleinernde Familie. Es kann hier nicht die Aufgabe dieser Untersuchung sein, eingehender zu erforschen, worin dieser Geburtenrückgang begründet und weiter ob derselbe ein direkter Schaden oder gar das Gegenteil, ein Nutzen, ist, denn das wäre eine Arbeit für sich, wenn auch mit einigen Worten dieses gestreift sein mag. Die Hauptsache in diesem Zusammenhange ist vor allem die Feststellung, in welchem Grade er sich in Verbindung mit dem natürlichen Bevölkerungszuwachs überhaupt entwickelt und diesen beeinflußt hat. Im ersten Jahrfünft 1900—1905 wurden in Straßburg 22 029 der Stadt verbleibende Lebendgeborene gezählt (s. Tab. XIII) und im zweiten Jahrfünft 1905—1910 deren nur 20 717. Eine um 14 702 = 11,28% größere Bewohnerzahl hat also eine um 1312 = 5,95 % kleinere Zahl an Lebendgeborenen aufzuweisen.

Der Geburtenrückgang ist eine in den deutschen, ja in den ganzen europäischen Staaten, soweit letztere Kulturstaaten sind, beobachtete Erscheinung, die jedoch in immer stärkerem Maße auftritt, je mehr man nach Westen gelangt. So ist es auch zu verstehen, daß Straßburg, und neben ihm übrigens noch ganz besonders einige elsaß-lothringische Grenzbezirke wie z. B. Delme, Château-Salins, Vic usw. in stärkerem Grade an demselben beteiligt sind wie das übrige Deutschland. Wie auf einem wissenschaftlichen Vortragsabend der ärztlichen Gesellschaft für Sexual-Forschung in Berlin Professor Dr. Franz Eulenburg-Leipzig hervorhob, fällt die Verlangsamung der deutschen Volksvermehrung zeitlich zusammen mit dem Inkrafttreten der Bülow'schen Handelsverträge und der dadurch begonnenen Verteuerung der Lebenshaltung im Jahre 1906. Und es ist interessant, zu beobachten, daß vom Jahre 1906 ab der eheliche Geburtenrückgang in Straßburg ein andauernder wurde. Auch die Erhebung, die für Deutschland im Ministerium des Innern über den Geburtenrückgang veranstaltet wurde, führte zu dem Ergebnis, daß hauptsächlich wirtschaftliche Gesichtspunkte für die Ursachen des Geburtenrückgangs maßgebend seien, wenn auch es sich herausstellte, daß gerade die besser gestellten Teile der Bevölkerung dem Anwachsen einer großen Geburtenzahl feind sind. Letzteres spricht aber dafür, daß neben den wirtschaftlichen Gesichtspunkten doch auch Überlegungen ganz anderer Art neben jenen bei der Einschränkung der Geburtenzahl mitsprechen. Was die wirtschaftlichen Gesichtspunkte anbetrifft, so mag, weil in gewisser Weise mit dieser Arbeit zusammenhängend, kurz auf die Gestaltung der Mietpreise in Straßburg hingewiesen werden, die die Familie vielfach in kleinere Wohnungen drängt. Im Jahre 1900 kostete in Straßburg eine reine Mietwohnung ohne gewerbliche Mitbenutzung und ohne Rücksicht auf Größe und Lage 329,60 ℳ, im Jahre 1905: 357,44 ℳ (Zunahme gegen 1900: = 8,44%) und im Jahre 1910: 403,71 ℳ (Zunahme gegen 1905: = 12,69%!). Und ein Wohnraum in einer solchen Wohnung kostete 1900: 113,20 ℳ; 1905: 119,37 ℳ (Zunahme gegen 1900: 5,45%) und 1910: 131,12 ℳ (Zunahme gegen 1905: 9,84%!). Gerade das zweite Jahrfünft mit seiner sich immer mehr verringernden Bautätigkeit, die ja im Jahre 1909 sogar zu einem Minimum wurde, zeigt also ein besonders starkes Anziehen der Mietpreise. Und wenn man hiergegen einwenden möchte, daß im Jahre 1910 für den höheren Mietpreis auch bedeutend mehr Bequemlichkeiten geboten wurden, so sei auf das am Schluß des vorhergehenden Abschnittes „Bautätigkeit" Ausgeführte hingewiesen.

Die Zahl der der Stadt verbleibenden Lebendgeborenen betrug im Jahre 1900: 4 204, hatte ihren absoluten Höhepunkt zu verzeichnen im Jahre 1904 mit 4 483 und fällt seit 1908 andauernd. Im Jahre 1909 fiel sie unter 4000, 1910 betrug sie 3818 und ist seither andauernd weiter gesunken bis auf 3467 im Jahre 1913. In viel stärkerem Maße tritt dieser Rückgang jedoch hervor bei einer Betrachtung der relativen Höhe der Geburtenzahl, wobei auch wieder der Unterschied zwischen den beiden Jahrfünften deutlich in Erscheinung kommt. Im ersten Jahrfünft entfielen stets 30 und mehr Lebendgeburten auf je 1000 der mittleren Bewohnerzahl, im zweiten Jahrfünft sind es stets weniger, und unter andauerndem Sinken, das hier bereits seit 1904 einsetzt, fällt die Zahl 1910 auf 24,4, eine Zahl, die bedeutend unter dem Durchschnitt des Deutschen Reiches in demselben Jahre mit 29,8 liegt. Wie die Tab. XIII zeigt, ist der absolute Geburtenrückgang des zweiten Jahrfünfts gegenüber dem des ersten mit Ausnahme der Neustadt ein solcher in allen Stadtteilen gewesen.

Für den natürlichen Bevölkerungszuwachs kommen in erster Linie naturgemäß die ehelichen unter den Lebendgeborenen in Betracht, und zwar dieses nicht nur aus dem Grunde, weil sie ja die Norm darstellen sollen, sondern auch, weil von den tatsächlich der Stadt verbleibenden unehelichen Geburten, d. h. bei denen die Mutter ihren Wohnsitz in der Stadt hat, ein gewisser Prozentsatz der Stadt verloren geht, weil die Kinder vielfach von der Mutter, meistens Arbeiterinnen und Dienstmädchen, zu Verwandten oder Pflegeeltern aufs Land gegeben werden.

Die Zahl der für die Stadt verbleibenden ehelich Lebendgeborenen lag in dem ganzen Jahrzehnt 1900—1910 noch über 3000 und erst in den Jahren 1912 und 1913 ist diese Zahl unterschritten worden. Jedoch zeigt sie bereits seit dem Jahre 1906 ein andauerndes Sinken, nachdem im Jahre 1904 mit 3778 das Maximum erreicht war. Relativ ist aber das Sinken der ehelichen Geburtenzahl bereits seit 1904 ein andauerndes geworden. Im Jahre 1901 entfielen auf je 1000 der mittleren Bewohnerzahl 27,88 ehelich Lebendgeborene und im Jahre 1910 nur noch 20,6, also gut $^1/_4$ weniger. Im ganzen brachte das erste Jahrfünft 18 452 ehelich Lebendgeborene*) und das zweite 17 362, ein Weniger also von 1090 oder von 5,90%. Die Tabelle XII stellt in ihrem ersten Teile die Bewegung der ehelich Lebendgeborenen für

*) Wo nicht ausdrücklich anders vermerkt ist, ist im folgenden immer nur von den der Stadt verbleibenden Lebendgeborenen die Rede.

die einzelnen Jahre des Jahrzehnts 1900—1910 sowie für die einzelnen Stadtteile dar, und es ist außerordentlich interessant, die Zusammenhänge zwischen dem sich vermindernden natürlichen Bevölkerungszuwachs und der Verbesserung der Wohnverhältnisse zu verfolgen und zu sehen, wie diese beiden Bewegungen aber auch ganz parallel zueinander verlaufen, und wie erstere, was ja schon des öfteren aufgestellt wurde, letztere zur Folge hat. Da im ersten Kapitel über die Entwicklung der Wohnverhältnisse zunächst die Neustadt, dann die Altstadt und darauf die Vororte untersucht worden waren, so soll auch hier diese Reihenfolge beibehalten werden.

Die Neustadt, die hauptsächlich die Bezirke der besser gestellten Kreise der Bevölkerung umfaßt, hatte bekanntlich die besten Wohnverhältnisse aufzuweisen; es hatte ja durchschnittlich der Bewohner mit 1,09 über mehr als einen Wohnraum zu verfügen. Und bezeichnender Weise hat gerade die Neustadt relativ den geringsten natürlichen Bevölkerungszuwachs, die kleinste Geburtenhäufigkeit zu verzeichnen. In der Gesamt-Neustadt ist die absolute Zahl der ehelich Lebendgeborenen eine schwankende und regellose gewesen, was bei der starken Zunahme durch Wanderung schon auf einen beträchtlichen relativen Rückgang der Geburtenzahl schließen läßt. Absolut betrug die Zahl der ehelich Lebendgeborenen im ersten Jahrfünft 2089 und im zweiten 2518, so daß sich eine Zunahme von 429 oder 20,53% ergibt, während die Zahl der Bewohner im Jahrfünft vorher sich doch schon um 36,12% vermehrt hatte. Die eheliche Geburtenhäufigkeit hat in der Neustadt, wie übrigens auch in den anderen Stadtteilen, stark abgenommen, lag aber von jeher in ihr tief unter dem Durchschnitt der Gesamtstadt. Dieser war im Jahre 1900: 26,7, in der Neustadt aber nur 17,57 und im Jahre 1905 entsprechend 25,2 und nur 16,70 und ebenso im Jahre 1910: 20,6 und nur 13,46. Im Jahre 1910 war also in den sozial vielfach besser gestellten Bevölkerungsschichten der Neustadt die eheliche Geburtenhäufigkeit kaum $^2/_3$ so stark wie im Durchschnitt der Gesamtstadt. Verfolgt man den Zusammenhang zwischen der Verbesserung der Wohnverhältnisse und dem natürlichen ehelichen Bevölkerungszuwachs in der Neustadt weiter in deren einzelnen Bezirken, so treten die Kausalverbindungen noch viel deutlicher erkennbar und in noch überraschenderer Weise hervor. Die besten Wohnverhältnisse hatte die nördliche Neustadt (Contades- und Kaiserpalastviertel) aufzuweisen, und hier ist die eheliche Geburtenhäufigkeit am allerkleinsten, denn sie ist im Jahre 1910 nur wenig mehr als halb so stark wie in der Gesamtstadt. Im Jahre 1900 stellte sie sich auf

16,36 für je 1000 der mittleren Bewohnerzahl und im Jahre 1910 auf 11,79. Die nächstbesten Wohnverhältnisse wies im Jahre 1910 die östliche Neustadt (Orangerieviertel) auf, und sie hat die nächstgrößte eheliche Geburtenhäufigkeit mit 12,79 und im Jahre 1900 mit 17,49. Es folgt in der Güte der Wohnverhältnisse die westliche Neustadt (Schirmeckertorviertel), und diese hat die höchste eheliche Geburtenhäufigkeit der drei Bezirke zu verzeichnen. Sie betrug 19,26 im Jahre 1900 und 16,70 im Jahre 1910. Also genau in dem Grade, in dem die eheliche Geburtenhäufigkeit abnimmt, d. h. also der Geburtenrückgang einsetzt, genau in gleichem Grade nimmt die Verbesserung der Wohnverhältnisse zu und stehen dieselben höher. Und dieser Zusammenhang läßt sich für alle Stadtteile nachweisen. Je stärker die Verbesserung der Wohnverhältnisse zugenommen hat, in um so größerem Umfange hat die eheliche Geburtenhäufigkeit abgenommen; je größer der Wohnanteil ist, je kleiner ist durchgängig die eheliche Geburtenhäufigkeit an und für sich. Treffender kann aber wohl kaum bewiesen werden, daß die Bevölkerungsbewegung es war, die die Verbesserung der Wohnverhältnisse brachte, und daß die Bautätigkeit hieran nur einen aber auch sehr bescheidenen Anteil hat.

Während in der Neustadt das schwankende und regellose das Kennzeichen der absoluten Zahl der ehelich Lebendgeborenen war, ist es in der Altstadt entsprechend der Citybildung die absolute Abnahme, seit 1904 eine dauernde. Bis zu diesem Jahre lag die Zahl der ehelich Lebendgeborenen in der Altstadt über 1400 und auch über 1500. In den nächsten beiden Jahren 1905 und 1906 liegt sie nur noch über 1300, sinkt in den beiden folgenden Jahren auf über 1200, um in den Jahren 1909 und 1910 nur noch über 1100 zu betragen (1910: 1133). In den folgenden Jahren sinkt sie andauernd weiter bis auf 900 im Jahre 1913. Diese absolute Abnahme von 1900—1910 um fast 25% will aber zunächst nichts besagen, denn infolge der Citybildung hat ja auch die Bevölkerung absolut abgenommen, und so muß ein Rückgang nur als natürlich erscheinen. Jedoch, die Bevölkerung nahm von 1900 bis 1910 nur um 6,22% ab. Die Spannung zwischen den Endzahlen in der Abnahme der ehelich Lebendgeborenen ist also relativ eine viel größere als zwischen denen der Bevölkerungsabnahme. Also auch in der Altstadt muß die eheliche Geburtenhäufigkeit eine kleinere geworden sein. Und tatsächlich entfielen im Jahre 1900 noch 22,42 ehelich Lebendgeborene auf je 1000 der mittleren Bewohnerzahl gegenüber 21,79 im Jahre 1905 und 18,12 im Jahre 1910. Der Geburtenrückgang ist also auch hier in ausgedehntem Maße tätig, und die eheliche

Geburtenhäufigkeit hat um etwas mehr als 20% abgenommen. Den stärksten absoluten Rückgang hat der Bezirk Westl. Altstadt aufzuweisen, dessen eheliche Geburtenzahl im Jahre 1913 nicht einmal mehr die Hälfte von 1900 betrug. Die eheliche Geburtenhäufigkeit nahm am stärksten ab im Finkweiler, von 24,83 im Jahre 1900 auf 19,35 im Jahre 1910. Dieser Bezirk hatte ja auch die relativ stärkste Abnahme der Bewohner in dem Jahrzehnt 1900—1910 aufzuweisen, während die Geschäftsviertel diese in noch höherem Grade auch schon früher zu verzeichnen hatten.

Zuletzt wäre noch in den Vororten die Bewegung in den Zahlen der ehelich Lebendgeborenen und deren Zusammenhang mit der Verbesserung der Wohnverhältnisse zu untersuchen. Und hier läßt sich genau dieselbe Beobachtung machen wie in der Neu- und Altstadt. Überall ist ein starker Geburtenrückgang eingetreten in zwei Vororten (Ruprechtsau und Neuhof) sogar ein absoluter, in den übrigen Vororten zeigt sich das schon bei der Neustadt aufgetretene charakteristische schwankende und regellose der absoluten Zahlen, überall ging die eheliche Geburtenhäufigkeit um 25—30% zurück, und überall trat eine entsprechende Verbesserung der Wohnverhältnisse ein. Die starke absolute Zunahme der Geburten im Vorort Neuhof in den Jahren 1911, 1912 und 1913 erklärt sich daher, daß nach 1910 Neuhof um die Gartenvorstadt Stockfeld vergrößert wurde. Wie oben bei der Neustadt ausgeführt wurde, ist es sehr bezeichnend für die Entwicklung der Straßburger Wohnverhältnisse, daß überall die Bewegung in der ehelichen Geburtenhäufigkeit derjenigen in dem Wohnanteil umgekehrt proportional läuft. Wäre dieses nicht der Fall, wäre eine Verbesserung dieses eingetreten ohne jene Bewegung, also eine Verbesserung bei gleichbleibender oder gar steigender ehelicher Geburtenhäufigkeit, dann hätte die Verbesserung zur Hauptsache nur in der Bautätigkeit begründet sein können. Dementsprechend war ja auch in der Altstadt, deren Wohnanteil zwar gut, jedoch immerhin kleiner als der der Neustadt ist, sogleich eine höhere eheliche Geburtenhäufigkeit festzustellen gewesen. Und in ganz besonderem Grade ist dieses für die Vororte zutreffend. Hier ist jene 1900 sowohl wie 1905 und 1910 doppelt so groß wie in der Neustadt, und dieser große Gegensatz in der ehelichen Geburtenhäufigkeit dieser und der Vororte läßt darauf schließen, daß doch, wie schon eingangs dieses Abschnittes kurz erwähnt, auch wesentlich andere Gesichtspunkte als nur solche wirtschaftlicher Art für die Einschränkung der Geburtenzahl maßgebend sind. Die eheliche Geburtenhäufigkeit lag in den Vororten stets und zwar erheblich über der durchschnittlichen der Gesamtstadt, im Gegensatz zu der Altstadt, wo sie

immer etwas, und in der Neustadt, wo sie stets bedeutend unter ihr sich befand. Sie betrug in den Vororten 1900: 36,03; 1905: 32,97 und 1910: $26{,}96_8$. In einzelnen Vororten nahm die eheliche Geburtenhäufigkeit relativ sehr erheblich ab, so in Ruprechtsau um etwa 33%. Am höchsten war sie in der gesamten Stadt immer in Kronenburg mit 41,54 im Jahre 1900 und 30,20 im Jahre 1910 auf je 1000 der mittleren Bewohnerzahl entfallenden ehelich Lebendgeborenen. Die Abnahme betrug hier also ungefähr 25%.

Neben der Bewegung in den Zahlen der ehelich Lebendgeborenen ist auch diejenige in denen der unehelich Lebendgeborenen zu beachten. Auch von ihnen hängt manchmal die Höhe des noch erreichten Geburtenüberschusses ab, was auch in Straßburg verschiedentlich der Fall war, und was bei dessen Beurteilung nicht außer Acht gelassen werden darf. Auch die Zahlen der unehelich Lebendgeborenen zeigen eine rückläufige Bewegung und zwar absolut ebensowohl wie die uneheliche Geburtenhäufigkeit. Genau wie die eheliche sinkt sie in der Gesamtstadt seit 1904 andauernd. Am höchsten war sie, ebenfalls genau wie die eheliche, im Jahre 1901 mit $5{,}5_8$ unehelichen Lebendgeburten auf je 1000 der mittleren Bewohnerzahl. Im Jahre 1910 stand sie auf 3,8. Eine absolute Abnahme der Zahl der unehelich Lebendgeborenen ist, zusammenhängend mit der Citybildung und der dadurch bedingten Verminderung der Familien mit Dienstpersonal, in der Altstadt zu verzeichnen und ebenfalls eine solche in den Vororten, in der Neustadt dagegen durch den Zuzug von Familien mit Dienstpersonal eine Zunahme. Was jedoch bei Beurteilung der Abnahme hier von Wichtigkeit ist, ist die Höhe der Zahl der unehelich Lebendgeborenen mit Bezug auf die der ehelichen. Und hier ist leider keine große Verbesserung zu spüren. Im Jahre 1900 betrug die Zahl der unehelich Lebendgeborenen 20,59% der ehelich Lebendgeborenen, im Jahre 1905: 19,35% und im Jahre 1910: 18,46%. Diese sehr mäßige Verbesserung, die übrigens keine andauernde war, war aber nicht von Bestand, 1911 betrug die Zahl 19,92, 1912: $23{,}49_8$ und 1913: 21,37%. Für die Entwicklung der Wohnverhältnisse kommt die Zahl der unehelich Lebendgeborenen in der Neustadt wohl garnicht, in der Altstadt wenig in Frage, und nur in den Vororten mag sie vielleicht von Einwirkung sein, die aber auch hier sicher nur ganz unbedeutend ist.

Daß tatsächlich der Geburtenrückgang um 1312 im zweiten Jahrfünft in starkem Grade an der Verkleinerung der Familie und damit an der Wohnverbesserung beteiligt war, zeigt neben der oben nachgewiesenen eigentümlichen Übereinstimmung von Geburten-

häufigkeit und Art der Wohnverhältnisse sowie deren Verbesserung folgende Gegenüberstellung. Die Zahl der bewohnten Wohnungen betrug in Straßburg im Jahre 1905: 36 802 und im Jahre 1910: 40 314. In Straßburg kann man nun jede Wohnung gleich einer Haushaltung setzen, denn die geringe Zahl der Wohnungen mit mehr als einer Haushaltung (s. Anhang) wird reichlich aufgehoben durch die Zahl der Haushaltungen mit mehr als einer Wohnung. Die mittlere Zahl der Haushaltungen des Jahrfünfts 1905/10 wäre also 38 558, und jede Haushaltung würde durch den Geburtenrückgang durchschnittlich um 0,034 Person vermindert worden sein. Die ganze durchschnittliche Verminderung der Haushaltung beziffert sich aber auf 0,10 Person (die Zahl der Bewohner pro Wohnung sank von 3,97 auf 3,87), so daß ein starkes Drittel der Verminderung auf den Geburtenrückgang als Ursache entfällt.

Von dem Geburtenrückgang scharf zu unterscheiden ist der natürliche Bevölkerungszuwachs, der Geburtenüberschuß. Dieser selbst kann durch den Geburtenrückgang unter Umständen gar nicht beeinträchtigt worden sein, wenn nämlich ein Rückgang in der Sterbezahl erfolgte, der ihm angepaßt war oder ihn sogar übertraf. In Straßburg nahm nun zwar die Bewegung in der Sterbezahl einen äußerst günstigen Verlauf, besonders durch die Verringerung der Säuglingssterblichkeit. Jedoch konnte sie nicht verhindern, daß auch der Geburtenüberschuß eine absolute Abnahme erfuhr. Der Zuwachs der Bevölkerung durch Geburtenüberschuß betrug im ersten Jahrfünft 7681 = 5,89% und im zweiten Jahrfünft 7243 = 4,95%. Es ist also trotz der vorangegangenen Bevölkerungsvermehrung eine absolute Verringerung von 438 eingetreten. Im ersten Jahrfünft erfolgte ein natürlicher Zuwachs von 58,9 Lebendgeborenen auf je 1000 der anfänglichen Bewohnerzahl, im zweiten Jahrfünft jedoch nur von 49,5, d. h. von fast 10 Geburten auf je 1000 der Bewohner weniger, eine Abnahme also um 20%. Der Geburtenüberschuß zeigt sowohl absolut wie auch bezogen auf je 1000 der mittleren Bewohnerzahl in den einzelnen Jahren des Jahrzehnts 1900—1910 bedeutende Schwankungen. Am höchsten war er im Jahre 1901 mit absolut 1667 und relativ 12,49, am niedrigsten im Jahre 1909 mit 1210 und 7,8. Im Jahre 1910 betrug der Geburtenüberschuß 1361, stand aber mit 8,7 auf je 1000 der mittleren Bewohnerzahl tief unter dem Durchschnitt des Deutschen Reiches mit 13,6 und war also nur etwa $^2/_3$ so groß. Die Verkleinerung der Zunahme war in den einzelnen Stadtteilen eine verschiedene, jedoch war sie am bedeutendsten in der Altstadt und hier

wieder in den Geschäftsvierteln, weniger stark war sie in den einzelnen Vororten, ganz fehlte sie in der Neustadt. Der Bezirk Finkweiler hat sogar eine Abwanderung der Geborenen zu verzeichnen, eine Erscheinung, die sich aus den vielen im dort belegenen Bürgerhospital erfolgenden Geburten erklärt. In den Jahren nach 1910 ist der Geburtenüberschuß weiter gesunken und nähert sich langsam der Zahl 1000. Da dieses Sinken voraussichtlich anhalten dürfte, andererseits aber die Sterbezahl wieder anfängt zu steigen, so wird das Jahrfünft 1910—1915 bereits eine viel größere Verringerung im natürlichen Bevölkerungszuwachs aufweisen, eine Verringerung, die bei Dauer schließlich zu einem Aufhören desselben überhaupt führen muß, womit bei gleichbleibenden Verhältnissen in 10 bis 15 Jahren zu rechnen wäre.

II. Der Wanderungsgewinn.

Neben der Zunahme durch den natürlichen Bevölkerungszuwachs, dem Geburtenüberschuß, der, wie eben dargelegt wurde, in Straßburg im zweiten Jahrfünft seiner absoluten Zahl nach um 5,57% kleiner war wie im ersten, dessen Abnahme aber bezogen auf die Bevölkerung bereits eine solche von 20% betrug, wird die Vermehrung der Bevölkerung durch den Wanderungsgewinn, den Überschuß der Zuwanderung über die Abwanderung, von außen bewirkt. Diese Zuwanderung ist für viele Großstädte und hauptsächlich für die industriellen unter ihnen diejenige Bewegung, die in erster Linie für den erreichten Grad der Vermehrung ausschlaggebend ist. Straßburg ist, wie schon mehrmals hervorgehoben wurde, eine Handels- und Gewerbestadt, ein Verkehrsknotenpunkt, und seine nunmehr aufblühende Industrie ist im Vergleich zu manchen anderen Städten von mehr untergeordneter Bedeutung. Auch in Zukunft wird seine Industrie hauptsächlich eine solche sein, die sich dem Handel anpassen wird, die den Verkehrsknotenpunkt und Umschlageplatz benutzen wird, um die Handelswaren umzuwandeln und dann weiter zu befördern (z. B. Ankunft von Getreide, Weiterbeförderung von Mehl und Getreideprodukten; Ankunft von Kohlen, Weiterbeförderung von Briketts usw.). Demgemäß hat auch der Wanderungsgewinn in Straßburg selten jene ganz exklusive Stellung vor dem Zuwachs aus Geburtenüberschuß eingenommen, die letzteren nur als ganz unwesentlichen Faktor der Bevölkerungsvermehrung erscheinen läßt. Während aber der Wanderungsgewinn des ersten Jahrfünfts mit 7021 = 5,38% nicht allzu sehr von dem Zuwachs durch Geburtenüberschuß verschieden war, ist im zweiten Jahrfünft eine wesentliche Verschiebung eingetreten: er betrug absolut

mit 2566 etwas mehr und relativ mit 1,75 kaum $^1/_3$ der vorhergegangenen Periode. In den Jahren 1900/05 entfiel auf je 1000 der anfänglichen Bewohnerzahl ein Wanderungsgewinn von 53,89 Personen, in den Jahren 1905/10 schrumpfte dieser Vermehrungsanteil zusammen auf 17,55 Personen, war also auch hier nur $^1/_3$ so stark. Bevor jedoch auf die Bewegung der Zunahme aus Wanderungsgewinn in den einzelnen Stadtteilen näher eingegangen sei, müssen doch wohl, wenn auch nur kurz, die Gründe gestreift werden, aus denen die große Verminderung entsprang.

Wie schon in diesem Kapitel unter den Eheschließungen erläutert wurde, ist die Gestaltung der Zahlen, die über die Bevölkerungsbewegung Aufschluß geben, wenigstens für Straßburg, heute nicht mehr eine solche, daß man aus ihnen auf günstige oder ungünstige Wirtschaftslagen schließen oder umgekehrt die Zahlen aus solchen herleiten darf. Gewiß, die Jahre 1905—1910 kann man im allgemeinen nicht zu den wirtschaftlich hervorragenden rechnen, aber wie schon betont wurde, für Straßburg brachten sie eine großartige Verkehrsentwicklung *), und diese ist doch für eine in erster Linie Handel treibende Stadt in ganz besonderem Grade maßgebend und für ihre wirtschaftliche Entwicklung von Bedeutung. Die Konjunktur kann also wohl nicht ohne weiteres für den verminderten Wanderungsgewinn als hauptsächlichste Ursache betrachtet werden. In ganz besonderer Weise sprechen jedoch die auf Seite 13 gestreiften Gründe für den verkleinerten Wanderungsgewinn mit. Bei den heutigen Verkehrsverhältnissen ist es dem seinem Berufe in der Stadt oder auf derem Gebiete nachgehenden Arbeiter (im allgemeinsten Sinne des Wortes) möglich geworden, sich zunächst den Konjunkturen gegenüber abwartend zu verhalten, indem er nicht sofort auch seine Wohnstätte in die Nähe der Berufsstätte verlegt, und wenn die Konjunktur weiter günstig sich entwickelt, so überlegt er sich es doch zweimal, ob nicht das Leben in einer Nachbargemeinde sich billiger gestalten läßt. Auf diese Weise geht eine Menge des innerhalb der Stadt erworbenen Geldes dieser vollständig verloren, während den Nutzen die in der Nähe liegenden Gemeinden haben, die zahlenmäßig und finanziell einen durch die nahe Großstadt verursachten und begünstigten Aufschwung nehmen. Und in dieser Lage befindet sich Straßburg in verstärktem Maße. Sein Rheinhafengebiet mit den industriellen Anlagen befindet sich z. B. näher bei Kehl als bei der Stadt Straßburg, und die Gemeinde Schiltig-

*) S. a. Anmerkung auf Seite 80.

heim befindet sich mit einem großen Teile ihrer Gemarkung näher beim Geschäftszentrum der Stadt Straßburg als viele ihrer Stadtteile und Vororte. Wenn nun aber diese Behauptung wahr ist, daß die Verminderung des Wanderungsgewinns hauptsächlich dadurch hervorgerufen wurde, daß andere Gemeinden den Wanderungsstrom aufsaugten, der eigentlich der Stadt gehörte, dann müssen ja auch die Straßburger Vororte, die ja besonders für die zuwandernden Elemente aus den Arbeiterschichten sowie teilweise den Angestelltenkreisen in Betracht kommen, und unter ihnen wieder besonders jene Vororte, die näher bei dem Rheinhafengebiet oder bei Schiltigheim liegen, von einem verminderten Wanderungsgewinn betroffen worden sein. Und dies ist auch, wie ein Blick auf Tab. XIII Sp. 15 und 16 zeigt, tatsächlich in vollem Umfange der Fall. Die Verminderung des Wanderungsgewinnes in den Vororten ist eine zu auffallende. Im ersten Jahrfünft verzeichnen die Vororte einen Wanderungsgewinn von 5304 Personen und im zweiten Jahrfünft nur ganze 116!, den 45. Teil also. Ja, bei den Vororten Neudorf (beim Rheinhafengebiet!) und Kronenburg (bei Schiltigheim!) ist sogar nicht nur überhaupt kein Wanderungsgewinn, sondern sogar ein Wanderungsverlust von 610 bezw. 30 Personen eingetreten. Und auch in den anderen Vororten zeigt sich eine zum Teil größere, zum Teil kleinere Verminderung des Wanderungsgewinnes. Nur Neuhof hat mit 88 eine Mehrzuwanderung von 18 Personen gegenüber dem ersten Jahrfünft zu verzeichnen. In welchem Maße anderen Gemeinden der Gewinn aus der Stadt zufließt, kann man mit Leichtigkeit auch praktisch ersehen, wenn man entweder bei der großen Rheinbrücke oder beim Steintor oder beim Hauptbahnhof beobachtet, welche Menschenmengen aus Kehl, bezw. Schiltigheim, Bischheim, Hönheim, bezw. anderen Gemeinden der Umgebung (z. B. Illkirch-Grafenstaden, Geispolsheim, Lingolsheim, Eckbolsheim, Ober- und Mittelhausbergen usw.) des Morgens nach Straßburg hinein- und des Abends aus Straßburg hinausfluten. Mehr jedoch noch beweist die ganz auffällig übereinstimmende Wanderungsbewegung mit der Lage des Vorortes die oben geltend gemachten Ursachen.

Die Wanderungsbewegung in den Stadtbezirken der Altstadt steht natürlich, wie ja hier die ganzen Vorgänge, unter dem Zeichen der City. Überall, mit Ausnahme von Finkweiler im zweiten Jahrfünft, weisen die Stadtteile sämtlich eine beträchtliche Abwanderung auf. Dieselbe war in den Jahren 1905—1910 absolut am stärksten in den beiden Geschäftsvierteln, der westlichen und östlichen Altstadt, es folgte St. Johann und dann in weitem Abstand die Krutenau. Es zeigt

sich aber, daß die eigentliche Abwanderung noch viel schärfer auftritt, als es im ersten Kapitel, wo nur der tatsächliche Verlust behandelt wurde, den Anschein hatte. Der tatsächliche Verlust ist nicht so groß wie die Abwanderung, weil ja durch den Geburtenüberschuß in der Altstadt auch eine Bevölkerungsvermehrung nebenher läuft, die in gleich hohem Maße die Abwanderung kompensiert.

Die Stadtteile der Neustadt weisen natürlich alle noch einen Wanderungsgewinn auf, der jedoch auch hier im zweiten Jahrfünft in zwei Stadtteilen eine absolute Verminderung aufweist. Bezeichnender Weise ist diese wieder am bedeutendsten in dem Stadtbezirk mit den besten Wohnverhältnissen, der nördlichen Neustadt, wo sie 602 gleich etwa 22% betrug. Weniger stark war die Verminderung des Wanderungsgewinns in dem Stadtteile mit den nächstbesten Wohnverhältnissen, der östlichen Neustadt, während der dritte Stadtteil, die westliche Neustadt, eine starke Vermehrung zu verzeichnen hat, eine Vermehrung, die sich gleich in ihrer Wirkung auf die Bildung der Wohnverhältnisse neben der dort auch in der Neustadt am höchsten ehelichen Geburtenhäufigkeit in der Weise geltend machte, daß hier der Wohnanteil im Jahre 1910 wieder von 0,90 im Jahre 1905 in den Zustand von 1900 mit 0,88 zurücksank. Die Zuwanderung in die Neustadt ist eine solche zweifacher Art. Einmal muß sie zur Hauptsache die Welle der Abwanderung aus der City aufnehmen, und zweitens tritt hierzu die Zuwanderung von außerhalb.

Auch der in den beiden Zeitabschnitten ganz verschiedene Zuwachs der Bevölkerung aus Wanderungsgewinn läßt sich, genau wie der Geburtenüberschuß, in zahlenmäßige Übereinstimmung mit der erfolgten Verbesserung des Wohnanteils bringen, ein Beweis mehr, daß diese durch die Bevölkerungsbewegung verursacht wurde. Das erste Jahrfünft 1900—1905 brachte ein starkes Anwachsen der Bevölkerung aus dem Wanderungsgewinn und eine geringe Zunahme des Wohnanteils. Das zweite Jahrfünft brachte umgekehrt einen geringen Bevölkerungszuwachs aus Wanderungsgewinn und eine starke Zunahme des Wohnanteils. Im ersten Jahrfünft betrug die Zunahme aus Wanderungsgewinn 5,38% und die des Wohnanteils 0,02 Wohnraum. Im zweiten Jahrfünft war der Zuwachs aus Wanderungsgewinn nur ein Drittel so stark (1,75%) und entsprechend nahm der Wohnanteil drei Mal so stark zu wie im ersten Zeitabschnitt, nämlich um 0,06 Wohnraum.

3. Kapitel.

Ergebnis, Wohnungspolitik.

Als Ergebnis dieser Untersuchung über die Entwicklung der Wohnverhältnisse in der Stadt Straßburg ergibt sich unzweifelhaft folgendes: In dem Jahrzehnt 1900—1910 ließ sich eine zunehmende Verbesserung feststellen, die besonders in der zweiten Hälfte kräftiger einsetzte, und die ihren Ausdruck in der Zunahme des Wohnanteils, das ist des auf einen Bewohner durchschnittlich entfallenden Wohnraums, fand. Dieser Wohnanteil stieg in der Gesamtstadt von 0,77 im Jahre 1900 auf 0,79 im Jahre 1905 und auf 0,85 im Jahre 1910. Diese Verbesserung wurde nun, wie unter den Ursachen der Wohnungsverbesserung nachgewiesen werden konnte, so gut wie einzig und allein durch die Bevölkerungsbewegung bewirkt. Zunächst war als erstes eine Verkleinerung der Familie festzustellen, wodurch eine im Verhältnis zur Bewohnerzahl größere Wohnung erzielt wurde. Diese Verkleinerung der Familie findet ihre Erklärung im Geburtenrückgang, der ja trotz der Zunahme der Bewohnerzahl nicht nur ein relativer, sondern sogar ein absoluter war. Die zweite Ursache neben der sich verkleinernden Familie war aber der Umstand, daß die relative Zunahme der Bewohner eine ganz beträchtliche Verminderung erfuhr. Diese Verminderung wurde bewirkt durch einen im zweiten Zeitabschnitt viel kleineren Wanderungsgewinn und durch den Rückgang im Geburtenüberschuß.

Über die im Jahrfünft 1910—1915 erfolgende Wohnentwicklung läßt sich nach den ganzen Ergebnissen wohl folgendes sagen: es dürfte voraussichtlich eine weitere Verbesserung in den Wohnverhältnissen eintreten, die aber mehr noch als bisher in den jetzigen Ursachen begründet sein wird. Die Vermehrung der Bevölkerung durch den Geburtenüberschuß wird eine noch viel größere Abnahme erfahren als

bisher, denn dieser wird durch eine immer stärker sich vermindernde Geburtenzahl und durch eine nunmehr wieder steigende Sterbezahl andauernd weiter sinken, nach den heutigen Ergebnissen vielleicht sogar soweit, daß in absehbarer Zeit das Jahr kommen wird, in dem er fast ganz verschwinden dürfte. Ein vermehrter, d. h. gegenüber 1905/10 größerer Wanderungsgewinn ist aber trotz der großartigen Verkehrsentwicklung im Straßburger Verkehrsgebiet bei den derzeitigen volkswirtschaftlichen Verhältnissen kaum zu erwarten.

Straßburg ist ja von jeher ein bedeutender Verkehrsknotenpunkt, eine hervorragende Handelszentrale zwischen den deutschen Ländern einerseits und den Bodenseeländern, der Schweiz, Frankreich, besonders Franz.-Lothringen, Luxemburg und Belgien andererseits gewesen. Seine Lage ist eine äußerst günstige. Zum Beweis für diese alte und wichtige Bedeutung von Straßburg braucht man nur auf die Memoriale und Denkschriften hinzuweisen, die die Stadt Straßburg einesteils an Kaiser und Reich, anderenteils an die französischen Könige richtete, und in denen sie voll selbstbewußten Stolzes darauf hinweist, wie weit ihr Handel sich erstreckt: bis Norddeutschland, Dänemark, Schweden, Norwegen usw. im Norden*), bis Marseille, Süd-Frankreich, Italien usw. im Süden. Diese Bedeutung Straßburgs als Handelsmetropole hat in neuester Zeit durch den Ausbau alter und die Erschließung neuer Verkehrswege und Absatzgebiete einen ganz ungeahnten Aufschwung genommen und trägt den Keim zu einer großartigen noch kommenden Entwicklung in sich.**) Das Wachstum der Bevölkerung, das ja in dem zweiten Jahrfünft mit 6,71% relativ nur stark die Hälfte des ersten Jahrfünfts mit 11,28% betrug, dürfte demnach, wenn auch in diesem verlangsamten und in einem sich eher noch verlangsamenden Tempo, weitergehen und so rasch nicht zu einem absoluten Stillstand führen, wenn auch vielleicht, wie schon angedeutet wurde, in absehbarer Zeit das innere Wachstum, die Vermehrung der Bevölkerung aus sich selbst heraus ins Stagnieren gerät. Die Aufgabe der Wohnungspolitik ist es daher, die Grundlage zu schaffen, auf der für den Zuzug günstige Wohnverhältnisse entstehen können und weiterhin für eine Aufwärtsent-

---

*) Über die Beziehungen der Straßburger Handwerkskreise zu den nordischen und ihre Bedeutung s. z. B. das Mémoire vom April 1776 (Straßb. Stadtarchiv A A 2064): si la constitution particulière de la ville de Strasbourg s'oppose à l'exécution de l'Edit (gemeint ist das Edikt vom Februar 1776 betr. Aufhebung der Zünfte), elle est encore incompatible avec sa position politique usw.

**) S. a. den Artikel in Nr. 248, 282 und 292 der „Straßburger Post", Jahrgg. 1914: „Die Entwicklung des Straßburger Schiffs- und Eisenbahngüterverkehrs."

wicklung in den bereits bestehenden Wohnverhältnissen sich einzusetzen. Für die erste Forderung ist in einer Festungsstadt die Schaffung und Erschließung neuen Geländes das erste Erfordernis. Dieses hat die Stadt auch selbst erkannt und nicht vergeblich unter Bringung mancher Opfer die schon lange dünn gescheuerte Fessel der Umwallung an einzelnen Stellen zum Springen gebracht und weiter hinausgeschoben, um Luft zu bekommen. Die weitere Frage ist aber die, nach welcher Richtung hin sich die künftige Wohnungsbildung weiterbewegen soll. Und da ist es jetzt gerade noch an der Zeit, einen Warnruf erschallen zu lassen. Nicht die Bautätigkeit war es, die die Wohnungen verbesserte, sondern zur Hauptsache die kleiner werdende Familie. Die Straßburger Bautätigkeit ist, wie im ersten Abschnitt des zweiten Kapitels des breiteren dargelegt wurde, schon seit langem derjenigen der nord- und nordostdeutschen Städte gefolgt und hat immer kleinere Wohnungen auf den Markt gebracht. Erst waren es die 5- und 4-Zimmerwohnungen, die das Hauptkontingent der neuentstandenen Wohnungen stellten, jetzt sind es die 4- und 3-zimmerigen und binnen kurzem werden es die 3- und 2-zimmerigen sein. Und dann ist es mit der Wohnungsverbesserung, die in den 10 Jahren 1900—1910 einen wenn auch nicht hervorragend schnellen, so doch ganz zufriedenstellenden Gang ging, sicherlich vorbei. Dann fängt Straßburg an, mit den anderen Großstädten in Konkurrenz zu treten, mit denen, in welchen die 2- und 1-Zimmerwohnung an der Spitze steht. Und wenn es auch eine große Spanne Zeit dauern dürfte, bis in Straßburg letzteres der Fall wäre, kommen würde es unfehlbar. Die Verbesserung der Wohnweise durch ein Kleinerwerden der Familien hat auch seine Grenze, und die zuwandernden Familien sind meistens nicht solche, die von Anfang an auf diese Weise mitverbessern helfen. Schon heute würde sicher ein Stillstand in der Verbesserung der Straßburger Wohnverhältnisse festzustellen sein, wenn nicht die absolute und relative Bevölkerungsvermehrung in den beiden Perioden 1900/05 und 1905/10 eine gar so verschiedene gewesen wäre. Das erste Erfordernis, damit die Güte der Straßburger Wohnweise wenigstens auf der heutigen wirklich als nicht unbefriedigend anzusprechenden Höhe bleibe, oder wenn möglich sich noch verbessere, ist daher das, daß die jetzige Größe in der hervorgebrachten Wohnung wenigstens beibehalten werde und keine Minderung weiter erfahre. Zu dieser weiteren Minderung ist aber die private allgemeine Bautätigkeit nur zu gerne geneigt. Und nicht nur sie. Leider, muß man sagen, fangen auch schon gemeinnützig bauende Gesellschaften an, diesen Weg mitzugehen. So errichtet z. B. die Straß-

burger Gesellschaft Volkswohnungen an der Spitalstraße einen Bau, der 77 Einzelwohnungen enthalten soll. Von diesen soll stark die Hälfte, 39, Zweizimmerwohnungen werden, weitere 23 Wohnungen solche mit drei Wohnräumen und 15 solche mit einem Zimmer. Damit wird indirekt auch bereits von den gemeinnützig bauenden Gesellschaften die kleine Familie, d. h. die mit keinen oder möglichst wenig Kindern begünstigt, denn große Familien können in diese Wohnungen, wenigstens in deren Mehrzahl, nicht hinein, und die kleinen, die hineinziehen, werden aus vielen Gründen (z. B. um dauernd nur die billigere Miete, die wenigere Heizung usf. zahlen zu brauchen) sich bemühen, klein, d. h. ohne Nachwuchs, zu bleiben, und es wird weiter indirekt der Geburtenrückgang gefördert. Wie ist nun aber diese erste Forderung, die Forderung, daß die Wohnungsgröße nicht weiter sinke, sondern eher wieder zunehme, zu erfüllen? Und die so einfache aber so schwer durchzuführende Aufgabe ist die, die Mieten für die mittleren Wohnungsgrößen (3, 4 und nebenher auch 5 Zimmer) möglichst niedrig zu gestalten. Diese Aufgabe ist eine Aufgabe der sozialen Kommunalpolitik und zwar eine äußerst wichtige Aufgabe. Nur in gesunden Wohnverhältnissen wachsen gesunde Stadtmenschen auf. Zur Durchführung dieser Aufgabe werden nun mannigfaltige Mittel und Maßnahmen empfohlen und auch bereits angewendet, deren keines und deren keine jedoch als absolut oder als allein Abhilfe bringend anzusehen ist. Dazu ist glücklicherweise ein großes volkswirtschaftliches Ganzes viel zu vielgestaltig aufgebaut, sind die örtlichen Verhältnisse, begründet in der hauptsächlichsten Berufstätigkeit und Produktion, den Sitten, den Anschauungen weiterhin voneinander viel zu sehr verschieden, und sind auch die Ursachen in der Entwicklung der Wohnverhältnisse nirgends völlig die gleichen. Daraus erklärt sich aber auch, daß eine Gesetzgebung zu dem Zwecke der Verbesserung der Wohnverhältnisse, wenn sie für ein räumlich ausgedehntes Gebiet gegeben werden soll, sich höchstens mit allgemeinen Richtlinien begnügen muß, niemals jedoch ohne eher das Gegenteil zu erreichen und Schaden zu bringen, wo sie bessern will, sich in Einzelheiten der Materie verlieren darf. Das einzig richtige ist also auch hier, wie fast überall, wo es sich um Fragen von solcher Natur und Tragweite handelt, eine Anwendung sämtlicher Mittel in wechselseitiger Ergänzung und in vorsichtiger Berechnung aller Umstände. Es kommt des weiteren auch ganz darauf an, an welche Klassen eine Gemeinde sich mit ihren Maßnahmen zu wenden ein Interesse hat, welche besonderen Rücksichten sie selbst in Wahrung einer ordentlichen Entwicklung des Gesamt-Gemeinwesens walten lassen muß, usf.

Als besonders notwendige Grundlage für die Erkenntnis der anzuwendenden Mittel muß man vor allem und zunächst eine tiefer gehende Erforschung der Wohnverhältnisse und der Ursachen, die zu ihrer Entwicklung führten, bezeichnen. Nur wo die Ursachen klar gelegt und an den Tag gezogen werden, lassen sich auch Maßnahmen treffen, die tatsächlich die Frage in ihrem innersten Wesen berühren, indem sie diesen erkannten Ursachen einen Weg geben, der zu gewollten Wirkungen, das heißt zu günstigen Wohnverhältnissen führt.

Wohnungsstatistik und -Nachweis.

Einige wenige deutsche Städte, im Verhältnis zu den vielen jedoch, bei denen die Wohnverhältnisse und ihre Gestaltung zur brennenden Frage geworden sind, viel zu wenig, nehmen bei den alle 5 Jahre wiederkehrenden Volkszählungen gleichzeitig auch Erhebungen über das Wohnwesen vor, wodurch ein größerer Überblick gewonnen wird über den jeweiligen Zustand. Aber auch nur ein Zustand ist es, der auf diese Weise erfaßt wird. Nur was ist, können diese Ergebnisse sagen, über das Wie in der Form und in den Ursachen jedoch, in welcher und durch welche es wurde, schweigen auch sie sich, d. h. isoliert betrachtet, gänzlich aus. Nur ruhende Pole sind sie in der Erscheinungen Flucht. Und diese größeren Zustandsfeststellungen sind außerdem eben nur in den immerhin großen Zeitabschnitten von 5 Jahren möglich, denn als Einzelerhebung wären sie zu kostspielig und bei häufigerer Anwendung auch nicht durchführbar. Und da sie außerdem das Wie nicht zu erfassen vermögen, so fehlen ihnen gänzlich schon die elementarsten Kenntnisse der äußerlichen Entwicklung, die über die Gestaltung des Marktes, über Angebot und Nachfrage. Über diese orientiert zu sein, muß man jedoch bei der Wichtigkeit der Probleme, um die es sich handelt, heute von jeder größeren Stadt verlangen. Und doch, wie sieht es schon hier, bei dieser primitivsten Übersichtsgestaltung, von der hier nur die Rede sein soll, aus. Sie erfolgt am besten durch eine andauernde und eingehende Kontrollierung der Bautätigkeit und ihrer Produktion, einer mindestens jährlich 1—2 Mal vorzunehmenden Zählung der leerstehenden Wohnungen und durch den Wohnungsnachweis. Die Erfassung der Bautätigkeit darf sich hierbei aber nicht nur auf eine Feststellung des Zu- und Abgangs von Wohngebäuden und Wohnungen überhaupt beschränken, sondern sie muß diese nach Größe, Ausstattung, Lage usf., auch die Zahl der zu anderen als Wohnzwecken errichteten Gebäude u. a. m. eingehend feststellen, schon damit erkenntlich wird, nach welcher Richtung hin die Bautätigkeit tätig ist. Dasselbe gilt für die

Aufnahme der leerstehenden Wohnungen, zu denen noch die Ermittlung der Mietpreise treten muß. Diese beiden Erhebungen geben also einen Anhalt für das Angebot, während der Wohnungsnachweis denjenigen für die Nachfrage liefern soll, und damit das Wichtigste, in welchem Verhältnis sich beide gegenüberstehen, besonders welchen Größen- und Mietpreisklassen nicht genügt werden konnte, und so vieles mehr. Dadurch, daß der Wohnungsnachweis mit der Produktion der Bautätigkeit in Verbindung gesetzt wird, und weiter dadurch, daß er aus der reinen Vermittlungstätigkeit heraustritt, ist er nun, und dieses ist besonders hervorzuheben, zu einem Teil der kommunalen Wohnungsfürsorge geworden. Dieses ist aber maßgebend zur Entscheidung der Frage des obligatorischen oder freiwilligen und des unbeschränkten oder beschränkten Wohnungsnachweises. Ein Wohlfahrtsinstitut muß er auf jeden Fall sein und dazu gehört, daß er obligatorisch und unbeschränkt ist. Und diese beiden Eigenschaften muß er haben, anders gibt er nur ein unvollständiges oder den wirklichen Verhältnissen nur ähnliches Bild. Der Straßburger Wohnungsnachweis ist ein freiwilliger und seit dem 1. April 1909 leider dazu noch ein beschränkter. Die bei ihm ermittelten Zahlen waren aber, weil sie von der anderen Statistik bestätigt wurden, dennoch zu einer Beurteilung zu gebrauchen. Mit dem obligatorischen Nachweis haben eine Reihe von Städten wie Stuttgart, München, Charlottenburg, Regensburg, Königsberg, in der Schweiz Zürich sehr gute Erfahrungen gemacht. In Baden hat die Frage obligatorisch oder nicht ein lebhaftes Für und Wider ausgelöst, und im Jahre 1908 noch wurde dort ein Gesetzentwurf auf Einführung des obligatorischen und unentgeltlichen Wohnungsnachweises abgelehnt, hauptsächlich weil die Zeitungsverleger einen Riesenausfall an Einnahmen und das Eingehen vieler bürgerlicher Zeitungen prophezeiten. Das ist sicherlich übertrieben, denn die Wohnungsbesitzer werden trotzdem weiter inserieren, auch ließen sich entsprechende Maßnahmen treffen, und weiterhin ist die Wohnungspolitik von so großer Bedeutung für das gesamte Wirtschaftsleben, daß sie und ihre Teile zunächst in den Vordergrund rücken mußten. Wohnungsnachweis und Wohnungsaufsicht, diese beiden werden sehr häufig in der Wohnungspolitik als Wohnungsfürsorge in engerem Sinne bezeichnet. Da jedoch ersterer nur indirekt mit der Entwicklung der Wohnung zusammenhängt, mithilft, Grundlagen für zu veranstaltende Maßnahmen zu geben, so ist er hier vorweg genommen worden, während letzterer später zu behandeln sein wird.

Förderung der privaten Bautätigkeit.

Will eine Stadt sich einigermaßen einen Einfluß auf die allgemeine private Bautätigkeit sichern, so muß sie eine planmäßige Bodenpolitik treiben. Zu dieser gehört als erste Aufgabe sehr häufig der Erwerb von Gelände, dessen Lage und Größe dem späteren Zweck angepaßt sein muß, Gelände für eigene Zwecke, daneben jedoch in erster Linie zu dem vorher genannten Endziel. Diese Aufgabe bedeutet für viele Städte eine heikle Angelegenheit, weil sie selbst dadurch häufig zeitweilig die Bodenkonjunktur in für die Wohnungsentwicklung ungünstiger Weise beeinflussen müssen, woraus sich auch der nur allmähliche Bodenerwerb und der natürlich allerdings auch nur langsam wachsende Einfluß erklären läßt. Nur wenig Großstädte sind in der glücklichen Lage, seit langer Zeit bereits über reichlichen Besitz im eigenen Gebiet zu verfügen. Zu diesen Städten gehört auch Straßburg. Sein Bodenbesitz betrug im Jahre 1910 innerhalb des Stadtgebietes 2651,51 ha gleich 33,86% und war schon im Jahre 1900 fast $^1/_3$ des städtischen Gebietes (daneben z. B. Düsseldorf 1902: 83,53 ha gleich 1,7%; 1910: 2,8%; 1912: 7,9%). Der Wert dieses Grundbesitzes für die Wohnungspolitik ist jedoch nicht ein absoluter, sondern ein für die einzelnen Teile von seiner Lage abhängiger. Die Beeinflussung der Bautätigkeit geschieht mit diesem Boden in zweifacher Form *), einmal indem die Stadt durch billige Verkäufe den im Privatbesitz befindlichen Boden entwertet und ihn dann zur freien Bebauung überläßt, eine Maßregel, die da erfolgen kann, wo Baumaterialien und Löhne billig und die Wohnverhältnisse im übrigen einigermaßen befriedigend sind, oder die Stadt gibt den billigeren Boden ab mit meistens noch anderen Vergünstigungen wie Bauprämien, Beleihung zu billigem Zinsfuße, jedoch geknüpft an gewisse Bedingungen (z. B. Vor- und Wiederkaufsrecht, bestimmte Wohnungsmindestgröße, Höchststockwerkzahl, Maximalverhältnis zwischen bebautem und unbebautem Boden, Anlage von Vorgärten usw.). Dieses Verfahren ist das bei den heutigen Wohnverhältnissen unumgänglich notwendige und hauptsächlich da, wo es sich um die Erbauung von sogen. Villenvierteln, also um Bauten der mittleren Bevölkerungsklassen handelt. Neben diese Maßnahmen zur Schaffung besserer Viertel für Berufsklassen,

*) Da es sich hier nur um die Gestaltung der Wohnverhältnisse handelt, so wurde von einer Besprechung anderer Formen, wie Erbbau- und Erbpachtrecht usw. abgesehen. Denn diese Formen sind in erster Linie für die Gesundung der industriellen und kommerziellen Bautätigkeit vorbehalten.

die auch in der Mietwohnung in landläufigem Sinne meistens schon in erträglich genügenden Wohnverhältnissen lebten, treten dann, an Wichtigkeit und Dringlichkeit in den meisten Städten vor ihnen, diejenigen, die die Mietwohnverhältnisse im besonderen verbessern sollen. Hier muß die Bodenpolitik ihre Ergänzung in der Baupolitik finden. Diese selbst findet ihren Ausdruck in der obligatorischen Bauordnung und in den Bauvorschriften mit Mindestforderungen, wozu dann noch vielfach neben diesen das Praktische zunächst erwägenden Bestimmungen auch solche über die Ästhetik der Bauten treten. Die allgemeine, auf die Vermietung gerichtete Bautätigkeit, die ja in Straßburg, wie in den meisten Städten, nicht sehr rühmlich abschnitt, erfordert ganz besonders das Augenmerk der Kommunen, denn sie versagt häufig so, daß diese im Interesse eines weiteren wirtschaftlichen Gedeihens direkt eingreifen müssen. Um diesem nach Möglichkeit zunächst vorzubeugen, erscheint es als selbstverständlich, daß die Städte einen Zweig der privaten Bautätigkeit, die

Gemeinnützige Bautätigkeit

in besonderem Maße unterstützen und ihm ihre Förderung angedeihen lassen. Die gemeinnützige Bautätigkeit ist zunächst eine private, jedoch eine solche, die zu Gunsten einer rascheren Entwicklung in der Verbesserung der Wohnverhältnisse und zu Gunsten einer im Verhältnisse zu den Leistungen niedrigeren Miete als im allgemeinen in der Stadt sonst bezahlt werden muß, sich mit einem mäßigen Gewinn, einer nur mäßigen Verzinsung des angelegten Kapitals begnügt. Die gemeinnützige Bautätigkeit sieht es also in erster Linie auf die Verbesserung in den Wohnverhältnissen derjenigen Schichten der Bevölkerung ab, die in materiell beschränkteren Verhältnissen leben, denjenigen Schichten, in denen die Not an befriedigendem Wohnraum am größten und daher Abhilfe am dringendsten ist. Daraus, und daß die Städte durch deren Tätigkeit zunächst der Notwendigkeit enthoben werden, selbst durch direkte Maßnahmen einzugreifen, erklärt sich denn auch, daß sie diesem Zweig einer privaten Bautätigkeit die in dem vorigen Absatz besprochenen Vergünstigungen in noch verstärktem Maße zukommen lassen und häufig außerdem noch weitere, wie zinsenlose Darlehen, langfristige zinsenlose Stundungen usf. Die gemeinnützige Bautätigkeit organisiert sich meist in der Form von Genossenschaften und erstreckt ihre Sorge auf die Schaffung von gesunden Wohnungen für Familien im Miethausbau und auf die von Einzelräumen für Alleinstehende in Ledigen- und anderen Heimen. Durch letztere

Maßregel soll gleichzeitig dem verderblichen Schlafgängerwesen ein Riegel vorgeschoben werden. Die gemeinnützige Bautätigkeit kann nun selbstverständlich nicht als irgend ein Endziel angesehen werden. In der Fortentwicklung der Wohnverhältnisse ist sie aber insofern ein Schritt, als sie auf die allgemeine private Bautätigkeit bahnbrechend und vorbildlich, in gewisser Weise auch preisregulierend einwirken kann, da sie schlechtere Wohnungen zu gleichen Preisen natürlich minder begehrlich macht. Leider zeigt aber auch sie manchmal die Tendenz, sich dem Zuge der allgemeinen privaten Bautätigkeit mehr und mehr anzuschließen, indem auch sie die zu kleinen, die Ein- und Zwei-Zimmerwohnungen an die Spitze ihrer Produktion stellt. Auch ist bei der Beurteilung der gemeinnützigen Bautätigkeit zu berücksichtigen, daß sie häufiger keine allgemein gemeinnützige ist, sondern daß sich Genossenschaften bestimmter sozialer Klassen (z. B. Bauverein mittlerer Beamter, Eisenbahnerbauverein, Baugenossenschaft kaufm. Angestellter usf.) und natürlich auch solche Wohnviertel bilden. Dadurch wird der Kastengeist genährt, eine gewisse Einseitigkeit der Anschauungen gefördert und das Verständnis für die Notwendigkeit und Ausgestaltung auch anderer zu einem großen Wirtschaftsganzen gehörigen Berufsarten verhindert.

Wohnbauten in städtischer Regie.

Wohnung und Nahrung, diese beiden koordinierten Begriffe sind die unterste und unumgänglichste Grundlage für die Existenzmöglichkeit menschlichen Seins. Koordiniert wurden die beiden Begriffe eben genannt und das mit Recht, denn es ist unbestritten, daß zu einer ordnungsgemäßen und rationellen zunächst Entwicklung und späterhin dann möglichst langen Voll-Erhaltung der wirtschaftlichen Arbeitskraft eines Menschen ein gewisses Minimum sowohl der einen als auch der anderen gehört. Aber trotzdem besteht zwischen beiden eine große Verschiedenheit insofern, als die Nahrung in einer einigermaßen entwickelten Verkehrswirtschaft unter normalen Umständen immerhin wenigstens in der Menge und Güte zu erlangen ist, daß den Bedürfnissen in ausreichender Weise Rechnung getragen werden kann, und daraus erklärt sich auch, daß selbst unter ungünstigen Konjunkturen noch eine gewisse Proportionalität zwischen den Preisen der Nahrungsmittel (im Gegensatz zu Genußmitteln) und dem Verdienst besteht, während ersteres und auch letzteres bei der Wohnversorgung sich ganz anders gestalten kann. Die Versorgung des Menschen mit diesen beiden Lebensvorbedingungen ist auf jeden Fall das Be-

tätigungsfeld privater Unternehmung, d. h. dasjenige von Handel und Gewerbe. Das hat seine Richtigkeit, und damit wäre von vornherein der Betätigung der Gemeinden im Baugewerbe und im Gewerbe des Wohnungsvermieters das Urteil gesprochen. Aber jene Richtigkeit ist mit Bezug auf die Wohnungsversorgung keine absolute, sondern eine, unter gewissen Umständen sogar sehr, bedingte. Und wann sind diese Umstände gegeben? Sie sind gegeben in dem Augenblick, wo die Gemeinde im Selbsterhaltungstrieb ein Interesse an der Wohnungsversorgung und an den Wohnverhältnissen nehmen muß. Man hat als ersten und größten Einwand gegen den Wohnungsbau der Städte angeführt, daß dieser nicht im Gebiet der Gemeindeaufgaben liege. Aber dieser Einwand fällt in sich selbst zusammen, wenn die eben erwähnten Umstände eingetreten sind. Denn wenn eine Gemeinde im Selbsterhaltungstrieb gezwungen ist, sich um gewisse Vorgänge und Beziehungen zu kümmern, so fallen diese ganz von selbst in den Kreis und in die Zuständigkeit ihrer Aufgaben. Und dieser Fall ist leider bei nur zu vielen der Großstädte gegeben. Zunächst die Wohnversorgung. Wenn auf dem Wohnungsmarkt ein Zustand eintritt, wo die Wohnungsknappheit zur Wohnungsnot wird, wo kinderarme Familien schwer und kinderreiche gar nicht mehr Unterkunft finden konnten, sondern wo man letztere in alten Kasernen, Gefängnissen, Baracken, Eisenbahnwagen, Armenhäusern, Obdachlosenasylen usw. zunächst unterbringen mußte, wenn sich Fälle ereignen, wie im März 1914, wo ein Arbeiter in Dortmund sich vor einen D-Zug warf, weil er mit seinen acht Kindern keine Wohnung finden konnte, dann hat die private Bautätigkeit so versagt, daß sicherlich ein direktes Eingreifen geboten erscheint. Hier von einer Konkurrenz der Stadt gegenüber der privaten Bautätigkeit zu sprechen, einer Konkurrenz, die diese gänzlich zum Ruine führen müsse, ein Einwand, der auch oft gegen die Gemeinde-Bautätigkeit erhoben wird, ist sicherlich nicht zulässig. Dann die Wohnverhältnisse. Es ist die erste Pflicht einer jeden Gemeinde, ihre wirtschaftliche Lage in möglichst günstige Verhältnisse zu bringen. Dazu gehört in erster Linie die Erhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Gesamtheit der wirtschaftlichen Arbeitskraft. Was aber nun, wenn der innere Bevölkerungszuwachs abnimmt, anfängt rapide abzunehmen? Da ist es Pflicht, diesen verminderten Zuwachs möglichst tüchtig und gesund zu gestalten, einen Ausgleich zu schaffen durch eine Verlängerung der Arbeitskraft und -Fähigkeit des Einzelnen, und das kann in hervorragendster Weise durch die Schaffung günstiger Wohnverhältnisse geschehen. Sie bedeutet

nicht nur Erhöhung der Kraft des Einzelnen, sondern auch direkte Verminderung mancher Lasten. Je gesunder der Menschenschlag ist, um so geringer werden die Aufwendungen für Krankenhäuser werden und um so geringer die frühe Sterblichkeit; je länger der Einzelne seine Arbeitskraft behält, um so länger wird er für die Stadt eine Einnahmequelle direkter und indirekter Natur sein, um so geringer werden des weiteren die Armenlasten werden usf. Und was weiter, wenn durch die Wohnungsnot große Familien in elende, ungesunde, minderwertige Wohnungen hineingedrückt werden, wenn die Sterblichkeit, insbesondere die Tuberkulosesterblichkeit, anfängt zu wachsen, wenn anstatt kräftiger arbeitsfroher Menschen ein dahinsiechendes Geschlecht entsteht, das die oben erwähnten Lasten nur vermehrt? Es gibt also zweifelsohne Umstände, wo die Kommunen nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet sind, direkt in die Gestaltung der Wohnungsverhältnisse einzugreifen, und das ist der Fall, wenn die Privatunternehmung versagt hat, oder wenn kommunalwirtschaftliche Interessen auf dem Spiele stehen. Was allein eine Verbesserung der Sterbezahlen an Krafterhaltung besagt, das hat das Beispiel Straßburgs bewiesen, wo trotz eines Geburtenrückgangs von 1312 im zweiten Jahrfünft der Überschuß nur um 438 und nicht um ebensoviel abnahm.

Für die Organisation des städtischen Realkredites gilt im allgemeinen auch, daß er hauptsächlich da in Frage kommt, wo es sich um die Erreichung kommunaler Zwecke handelt. Von den Gegnern des Baues in städtischer Regie wird dann noch häufig geltend gemacht, daß die Stadt bei anerkannter Not möglichst nur die in den beiden vorhergehenden Absätzen behandelten Mittel, Förderung der allgemeinen privaten Bautätigkeit und der gemeinnützigen, in Anwendung bringen und möglichst bald die Privatwirtschaft wieder allein den Bedarf nicht nur der Zahl sondern auch dem Preis und der zweckmäßigen Ausstattung nach befriedigen soll. Letzteres ist natürlich sehr wünschenswert, aber in mancher Stadt auf absehbare Zeit ausgeschlossen, ersteres aber durchaus nicht immer zweckmäßig. An die Unterstützung der allgemeinen privaten Bautätigkeit muß die Stadt sowieso Garantien knüpfen, und die Organisation der gemeinnützigen Bautätigkeit ist nicht immer und überall möglich. So erfordert bei dringlicher Wohnungsnot dieselbe viel zu viel Zeit, so daß unhaltbare Lagen entstehen, und in industriellen Gegenden, bei geringerem Einkommen und wenig Vermögen der Arbeiterbevölkerung ist an die Gründung einer Baugenossenschaft, ohne daß die Stadt die Hauptlast übernimmt, nicht zu denken, so daß diese schon besser dann auch freie

Hand behält. Die gemeinnützige Bautätigkeit ist auch häufig erst von der kommunalen befruchtet worden und zum Teil wieder umgekehrt. Welches Mittel im Einzelfalle anzuwenden ist und besonders die technische Ausgestaltung desselben, ob die Mittel kombiniert am meisten Erfolg versprechen oder isoliert, ob nur die ersteren oder auch das letztere, dafür kann es keine absolute Gegner- oder Anhängerschaft geben, sondern nur ein genaues Abwägen und Erwägen aller Umstände und die besondere Rücksichtnahme auf die örtlichen Verhältnisse. Zu erwähnen ist nur, daß die Städte, in denen dieses geschehen ist, auch mit der Anwendung des Regiebaues durchaus befriedigende Einwirkungen erzielen konnten.

Gemischt-wirtschaftliche Unternehmungen.

Während bei dem Wohnungsbau in städtischer Regie der Gedanke, einen wenn auch vielleicht nur ganz mäßigen Gewinn zu erzielen, zunächst vollkommen in den Hintergrund tritt vor dem Interesse der Stadt an einer weiteren wirtschaftlichen Entwicklung und vor sonstigen kommunalen Endzwecken, während die gemeinnützige Bautätigkeit meistens Miethäuser errichtet, bei welchen nur eine mäßige Verzinsung des investierten Anlagekapitals erstrebt wird, ist jedoch schon, wenn auch nur ganz vereinzelt, von gemeinnützigen Bauvereinen der Versuch gemacht worden, Erwerbshäuser, aber natürlich solche mit guten und vorbildlichen Wohnverhältnissen zu erbauen. Hier haben also die gemeinnützigen Baugesellschaften ihren Häusern ganz die wirtschaftliche Funktion gegeben, die ihnen die sonstige allgemeine private Bautätigkeit gibt, und haben sich damit ganz auf den Boden der Bautätigkeit als Erwerbsunternehmung gestellt. Und auch dieser Versuch ist, wo er, wie das bei allen diesen Maßnahmen immer wieder vorausgeschickt werden muß, die örtlichen Verhältnisse und sonstigen Umstände berücksichtigte, geglückt. Bezeichnender Weise zeigt der eine Fall, von den wenigen dem Verfasser bekannten gemeinnützigen Gesellschaften, die Erwerbshäuser bauten, der Heerdter Gemeinnützige Bauverein (Düsseldorf-Heerdt), nicht die Form der sonst üblichen Genossenschaft, sondern diejenige der Aktiengesellschaft, und das legt den Gedanken nahe, noch einen Augenblick bei dieser Form der gemeinnützigen Bautätigkeit zu verweilen. Wenn man es als wünschenswert bezeichnen muß, daß die private Unternehmung wieder den Wohnungsmarkt befriedigt, jedoch ohne alle die ungesunden Auswüchse einer übertriebenen Spekulation und unter Berücksichtigung auch der unter dem Absatz Wohnbauten in städtischer Regie angedeuteten

kommunalen und gemeinwirtschaftlichen Zwecke, der Höherentwicklung der Wohnverhältnisse, der Forderung vermehrten Wohnanteils, der Anwendung sämtlicher Mittel heutiger Wohnkultur, dann erscheint dieser Weg, die Form der Aktiengesellschaft, als ein durchaus gangbarer, als eine tatsächlich zweckmäßige und besonders in einem Stadium, in dem die private Bautätigkeit nicht mehr in einer Weise in die Gestaltung der Wohnverhältnisse eingreift, daß diese als ausreichend und befriedigend angesprochen werden kann oder gar gänzlich versagt. Jedoch ist die Form der Aktiengesellschaft nur dann eine zweckmäßige, wenn jene vorher erwähnten Garantien gegeben sind, wo also die Gesellschaft nicht eine nur auf möglichst großen Gewinn arbeitende Unternehmung ist. Und jene Garantien zu geben, scheint die wirtschaftliche Unternehmung, die Gemeinde- und Privatkapital zu gemeinschaftlicher Tätigkeit verbindet, oder wie sie auch häufig kürzer aber wenig treffend genannt wird, die gemischt-wirtschaftliche Unternehmung, berufen zu sein.

Über die Daseinsberechtigung der gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen überhaupt, d. h. also, ganz abgesehen von dem jeweiligen Zweck, dem sie im einzelnen Falle dienen sollen, herrschen heute noch die heftigsten Meinungsverschiedenheiten. Man hat der Verbindung von Gemeinde- und Privatkapital zu wirtschaftlichen Unternehmungen den Vorwurf gemacht, sie sei weder Fleisch noch Fisch, und doch ist sie die einzige Möglichkeit auf Gebieten, wo die kommunalen Interessen, diejenigen des wirtschaftlichen Gesamtlebens, gegenüberstehen denjenigen einer ungezügelten Entfaltung und eventuellen Monopolbildung von Erwerbsunternehmungen. Man hat verlangt, und verlangt noch heute, daß in einem solchen Falle nur die ersteren Gesichtspunkte die allein maßgebenden sein müßten, woraus also nur der rein kommunale Betrieb als richtiger folge, man hat aber hierbei nicht bedacht, daß in diesem Falle das rationelle Betriebsverfahren weniger eine Ausbildung erfährt, woran aber das beteiligte Privatkapital in erster Linie interessiert ist. Dieses wacht also darüber, daß eine möglich intensive Ausbeute stattfindet, Verbesserungen rasch Eingang finden, während das Gemeindekapital sich für die Wahrung der kommunalwirtschaftlichen Zwecke und Ziele einsetzt.

Wie dem aber auch sei, überall wo die Frage der gemischtwirtschaftlichen Unternehmung akut wurde, wurde an Erwerbsunternehmungen vorwiegend industrieller Natur gedacht (z. B. Gas-, Elektrizitätswerke, Straßenbahnen usw.), nirgends wurde bisher darauf hingewiesen, diese Unternehmungsform der Wohnungspolitik dienstbar

zu machen, nirgends, soviel dem Verfasser bekannt ist, wurden praktische Schritte hierzu getan. Und doch erscheint gerade die gemischtwirtschaftliche Unternehmung wie keine andere Maßregel berufen, in Städten, in denen die Wohnverhältnisse den Gemeinden ein Eingreifen direkt zur Pflicht machen, eine Gesundung der Bautätigkeit und jener herbeizuführen, eine Gesundung, die zudem durchgeführt werden kann, ohne die Bautätigkeit ihrer eigentlichen Form, der privaten Erwerbsunternehmung zu berauben, und ohne selbst in Zeiten schlimmer Wohnungsnot und schlechter Wohnverhältnisse das etwa hierzu vorhandene private Kapital ganz von einer Mitwirkung auszuschließen. Und diese Unternehmungsform ist auch da durchführbar, wo, wie unter Absatz Wohnbauten in städtischer Regie ausgeführt wurde (s. S. 89), die Bildung einer Baugenossenschaft wegen besonderer Umstände unmöglich oder doch an weitgehende städtische Unterstützung geknüpft ist. In letzterem Falle behält die Stadt in der gemischt-wirtschaftlichen Unternehmung für ihre gegebenen Mittel einen viel größeren Einfluß auf die Gestaltung der Bautätigkeit und der Wohnverhältnisse, und in beiden genannten Umständen ist die Bildung der gemischt-wirtschaftlichen Unternehmung insofern ermöglicht, als die Stadt zunächst den größten Teil der Aktien selbst behält und diese langsam abstößt, so lange, bis sie nur noch den für sie bestimmten Teil besitzt. Ganz sicher dürfte es sein, daß die Aktien einer auf den Bau von Miethäusern mit guten Wohnverhältnissen gerichteten gemischt-wirtschaftlichen Unternehmung bei ordentlicher Verwaltung einen normalen und festen Zins abwerfen werden. Und ebenso sicher dürfte es sein, daß die Stadt für diese Aktien willige Käufer finden wird, zumal wenn sie zunächst in Anbetracht der gerade für sie größten Bedeutung der Verbesserung der gesamten Wohnentwicklung und Wohnverhältnisse eine Minimalverzinsung garantieren würde. Wie eine solche gemischt-wirtschaftliche Unternehmung für Miethausbauten mit gesunden Wohnverhältnissen zu organisieren und technisch zu gestalten wäre, ist eine Frage, die noch eingehender Untersuchung bedarf und erst nach dieser zu lösen ist. Hier konnte es nur darauf ankommen, diesen noch nirgends beschrittenen und vorgeschlagenen Weg anzuregen und auf seine Möglichkeit hinzuweisen.

Wenn nun auch die private und gemeinnützige Bautätigkeit, oder die der Gemeinde, oder beide, Gemeinde- und Privatbautätigkeit, in gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen zusammen alle die mannigfaltigen Mittel anwenden werden, die möglich sind, um eine

weitere Verbesserung der Wohnverhältnisse und ein ausreichendes Wohnungsangebot zu erzielen und hauptsächlich für die ärmeren Klassen eine verhältnismäßig billige und dabei möglichst weiträumige Wohnung zu erreichen, so wird es doch stets in jeder Großstadt eine große Anzahl Existenzen geben, denen auch hiermit unmittelbar nicht gedient ist. Es sind dieses jene Existenzen, die auch in Ledigenheimen nicht Unterkunft finden, da ihre regellose Tätigkeit oder vielmehr ihre Untätigkeit ihnen nur gerade jene Mittel verschafft, die das unterste Existenzminimum darstellen. Diese niedrig stehende Klasse stellt hauptsächlich die große Schar jener Schlafgänger, die in jeglicher Beziehung ein großes Übel für die Städte bilden, und stellt auch einen ganz beträchtlichen Teil der jede Nacht im Obdachlosenasyl Untergebrachten.

Um nun dem Wohnungselend, das sich hier auftut, zu steuern und ausgehend von den zwei Gedanken, daß ein Heim immerhin besser ist, als gar kein Heim, und daß ein Teil jener Existenzen, die man als Großstadtzigeuner bezeichnen möchte, durch Seßhaftmachung vielleicht wieder einer geregelten Tätigkeit zugeführt werden könnte, hat man schon neben dem Bau von guten Wohnungen auch den Bau von Mietskasernen mit Ein- und Zwei-Zimmerwohnungen vorgeschlagen. Gleichzeitig hofft man dadurch auch der Überfüllung in den Obdachlosen-Asylen, bei denen der Zudrang in Straßburg in den letzten Jahren, besonders auch der Jugendlichen, so beängstigend zunahm,*) entgegenzuwirken. So bestechend wie diese Gedanken auch auf den ersten Anblick wirken mögen, so erheben sich doch Einwände der verschiedenartigsten Natur gegen sie. Zunächst würden diese Häuser das ganze Proletariat der Landstraße in die Stadt ziehen und damit das Elend der Großstadt vergrößern. Da sie nach einem Jahre den Unterstützungswohnsitz in der Stadt erwerben würden, müssen sie als Ortsarme unterstützt werden und würden so die Ursache zu einer weiteren beträchtlichen und ungerechtfertigten Erhöhung der Armenlasten, die sowieso schon sehr hoch sind, sein und damit wieder zu einer Erhöhung der Steuerpfennige. Eine große Anzahl dieser Menschen wären also weiter nichts als Parasiten der Stadt, und solche heranzuziehen kann diese kein Interesse haben. Daß der Andrang zu den Obdachlosenasylen ein kleinerer würde, dürfte wohl zutreffen. Aber die Überwachung dieser Häuser, die naturgemäß in ihrer bunten und keineswegs stets einwandfreien Zusammensetzung den Schlupfwinkel für manche Existenz bilden würden, die das Tageslicht scheuen muß,

*) Siehe auch den Artikel in Nr. 331 der „Straßburger Post", Jahrg. 1914: „Die Obdachlosen".

würde weiterhin eine notwendige Vermehrung der Sicherheitsorgane und dementsprechend wieder eine Vermehrung der für diese aufzuwendenden Lasten nach sich ziehen. Was nun die Hoffnung anbetrifft, daß diese Existenzen durch ihre Seßhaftmachung zu einer geregelten Tätigkeit zurückzuführen und zu erziehen wären, so dürfte sie für die Großstadtzigeuner gerade so trügerisch sein, wie sie es für die Seßhaftmachung der wirklichen war. Daß aber in ethischer Beziehung durch solche Miethäuser sicherlich nichts gutes erreicht würde, das braucht wohl kaum bewiesen zu werden. Würde in diesen Kasernen eine scharfe Überwachung und Kontrolle durchgeführt, die aber zunächst jeder rechtlichen Grundlage entbehren würde, und die sich kein Mieter gefallen zu lassen braucht, so würden diese Häuser immer leer stehen. Gleichzeitig darf wohl darauf hingewiesen werden, daß eine Kasernierung in diesem Sinne noch nirgends gute Früchte gezeitigt hat. Und fällt diese Überwachung fort, dann sind diese Häuser die Brutstätten der Unsittlichkeit, der Demoralisation. Der Bau von solchen Mietskasernen dürfte also in keiner Großstadt zu empfehlen sein. Die Städte haben sowieso heute schon ohne dieselben genug unter dem Zuzug jener Elemente zu leiden, die nicht die genügenden Kräfte haben, sich selbst über Wasser zu halten, so daß bereits manche auf Abwehrmaßregeln gesonnen und auch solche durchgeführt haben. Umsomehr werden sie sich hüten, durch den Bau solcher Mietskasernen ein Übel zu vergrößern, das sie gerne abstoßen möchten.

Wohnungsaufsicht.

Die Wohnungsaufsicht wird sehr häufig mit der Wohnungsgesetzgebung im allgemeinen und mit derjenigen in den Bauvorschriften und in den sonstigen meist kommunalen oder örtlich beschränkten Verordnungen im besonderen zusammengefaßt unter dem Begriff der Polizeimaßnahmen im Wohnwesen. Wenn dieses hier nicht geschehen ist, wenn ihr hier ein besonderer Absatz gewidmet wurde, so geschah das einesteils wegen der Wichtigkeit der Stellung, die ihr in der fürsorgenden Wohnungspolitik zukommt, und anderenteils weil man sich, und das mit Recht, bemüht, ihr den Charakter als Polizeiinstitution und als lästige Bevormundung zu nehmen und in ihr eine es gut meinende Beratungsstelle, eine Wohlfahrtseinrichtung zu sehen. Während alle anderen in diesem Kapitel besprochenen Maßnahmen darauf hinauszielen, daß die neu entstehenden Wohnverhältnisse solche sind, die einen Fortschritt und eine Höherentwicklung bedeuten, befaßt sich die Wohnungsaufsicht damit, die bestehenden Wohnungen

und Wohnverhältnisse unter dauernder Kontrolle zu behalten, und bei eingetretenen Mängeln und Mißständen für Abhilfe zu sorgen. Dieses kann natürlich nur erfolgreich geschehen, wenn das die Wohnungsaufsicht ausübende Organ, das Wohnungsamt oder die Wohnungskommission, eine gewisse Zwangsgewalt in Händen hat, um, wo gütiges Überzeugen nichts auszurichten vermag, trotzdem die erkannten Mißstände beseitigen zu lassen. Die Einrichtung der Wohnungsaufsicht beruht daher auch überall auf gesetzlicher Grundlage, in Straßburg z. B. auf dem französ. Dekret vom 13. April 1850. Die Kommission hat das Recht, sämtliche Wohnungen der Stadt zu besichtigen, und, wo sie auf Mißstände stößt, auf Abhilfe zu dringen, deren zwangsweise Durchführung bei Widerstand auf Vorschlag der Kommission vom Gemeinderat beschlossen werden kann. Die Wohnungsaufsicht ist in den meisten Städten gleichzeitig eine systematische und eine solche auf Grund gelegentlicher Anzeigen und nur bei wenigen wird entweder nur nach ersterer Art verfahren (so z. B. in Dresden, Aachen, München-Gladbach, Mühlhausen, Mühlheim a. Rhein), oder, was weniger nutzbringend ist, nur nach letzterer (so z. B. in Nürnberg, Altona, Barmen, Cassel, Wiesbaden, Würzburg). Die Wohnungsaufsicht kann, wo sie richtig gehandhabt wird und mit der übrigen Wohnungsfürsorge und den Wohlfahrtseinrichtungen in stetiger enger Fühlung bleibt, zu einer außerordentlich segensreichen und wirksamen Maßnahme in der Förderung der Wohnverhältnisse werden. Wenn sie auch nur in wenigen Fällen, wie z. B. bei Räumung überfüllter Wohnungen und Unterbringung der Insassen in größeren, direkt den Wohnanteil vermehren wird, so ist sie doch von größtem wohnerzieherischem Einfluß in sanitärer, hygienischer, sittlicher und ästhetischer Hinsicht. Sie kann, besonders wenn sie des polizeilichen Charakters entbehrt, den Sinn der Bewohner für gute Wohnverhältnisse, für Pflege der Wohnkultur und für den Wert dieser beiden wecken und weiterhin zur Betätigung anregen. Es liegt da ein reiches noch sehr wenig eingehend behandeltes Arbeitsfeld vor ihr. Zur Hauptsache muß die Wohnungsaufsicht heute das Schlafgängerwesen, die überfüllten Wohnungen, Fehlen von Licht und Luft, Unsauberkeit, Mangel an desinfizierenden Anstrichen, schlechte Abortverhältnisse usw. beanstanden. Dazu kommt, daß sie in den Städten mit schlechten Wohnverhältnissen, wenn auch nicht rechtlich, so doch tatsächlich ziemlich beschränkt ist. Sie muß hier häufig schonend und langsam vorgehen, wo ein radikales Eingreifen sehr erwünscht wäre, kann aber letzteres nicht durchführen, um nicht durch Schließung von an und für sich gänzlich ungenügenden Wohnungen eine even-

tuelle Wohnungsnot zu vergrößern, die Lage der Wohnverhältnisse noch unhaltbarer zu gestalten und die Mietpreise noch mehr zu erhöhen.

Wertzuwachssteuer.

Als letzte und auch als neuere der Maßregeln in der Wohnungspolitik, die in diesem Kapitel in einer kurzen Übersicht vereinigt sind, sei noch kurz einer solchen gedacht, die ganz im Gegensatz zu den bisher besprochenen keine direkte Beeinflussung der Wohnung selbst und ihrer Gestaltung sucht, die Wertzuwachssteuer. Ihre Propagierung und die Anregung auf ihre Einführung ist im wesentlichen auf die Bemühungen der Bodenreformer zurückzuführen, die sich von ihr eine Einwirkung auf die Preise für Grund und Boden dergestalt dachten, daß der Bodenwert und mit ihm die Wohnungsmieten zurückgehen würden, sodaß es den Familien ermöglicht sei, für denselben Kostenaufwand an Miete eine größere Wohnung zu erhalten. Hierdurch wären also die Wohnverhältnisse bessere geworden, gleichzeitig wären auch die schlechteren Wohnungen, weil nicht mehr verlangt, verschwunden, die Bautätigkeit hätte größere Anregung gefunden, und vielleicht wäre auch die Lust, in den größeren Wohnungen wieder eine größere Familie zu gründen, etwas gehoben worden. Dabei wurde unter Wertzuwachssteuer nur eine Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses verstanden. Jedoch ist zunächst der Begriff des unverdienten Zuwachses außerordentlich schwer festzulegen und führt zu einem sehr verwickelten steuertechnischen Apparat, dessen Aufwendungen in keinem Verhältnis zu den erreichten Leistungen stehen, wie es ja auch die allzu schnell eingeführte und bald wieder aufgehobene Reichswertzuwachssteuer gezeigt hat. In den Städten, die heute nach wesentlich weniger umfangreichen Verordnungen eine Wertzuwachssteuer erheben, ist diese wohl zum Teil zu einer ganz rentablen neuen Einnahmequelle geworden, zum Teil auch nicht, hat aber hierbei ganz ihren Charakter, der ja ohnehin außerordentlich schwer festzuhalten war, verloren und ist zu einer reinen Besteuerung einer jeden mit Verdienst verbundenen Übertragung von Grundvermögen geworden. Die Frage der Abschiebbarkeit der Steuer, der Überwälzung letzten Endes auf den Konsumenten, d. h. den Mieter, der dadurch also ganz das Gegenteil erhielte, von dem was als Wirkung der Steuer als wohnungspolitische Maßnahme gedacht war, und über deren Möglichkeit ein heftiger Kampf der Meinungen entbrannt war, ist bei der jetzt noch erhobenen kommunalen Steuer, von der eben die Rede war, durch die Praxis dahin entschieden worden, daß sie durchaus vorgenommen

werden kann, wenn sie es vielleicht auch manchmal nicht wird. Die Wertzuwachssteuer ist eine Abgabe geworden, die genau wie die anderen beim Verkauf von Grundvermögen entstehenden Unkosten, wie die Grundbuchamtsgebühren, die Notariats- und Stempelkosten, mit in den Kreis der Berechnungen gestellt wird. Und so ist auch tatsächlich in solchen Städten, die eine Wertzuwachssteuer erheben, wie z. B. Berlin, Hamburg, Rostock i. M., durchaus nichts von einer wohnungspolitischen Wirkung, d. h. einem Rückgang der Bodenwerte und damit der Mietpreise zu beobachten.

Anhang.

Die übervölkerten Wohnungen und diejenigen mit mehr als einer Haushaltung.

(Tabelle XIV.)

Bei dem ziemlich günstigen Wohnanteil, der sich für die Stadt Straßburg ermitteln ließ, und bei der im Verhältnis zu den bewohnten Wohnungen und zu den Bewohnern beträchtlichen Zahl der bewohnten Grundstücke und der dadurch bedingten geringeren Wohndichtigkeit kann man schon mit einiger Sicherheit darauf schließen, daß die Zahl der übervölkerten Wohnungen ebenso wie derjenigen mit mehr als einer Haushaltung in Straßburg nicht allzu bedeutend sein müßte. Jedoch ist der Begriff der übervölkerten Wohnung in der heutigen Begriffstechnik über die Wohnverhältnisse noch ein ziemlich weitherziger, denn erst diejenige Wohnung fällt darunter, bei welcher auf ein Zimmer mit oder ohne Zubehör sechs und mehr Bewohner oder auf zwei Zimmer mit oder ohne Zubehör elf und mehr Bewohner entfallen. Erst eine spätere Zeit mit höherstehenden Wohnverhältnissen wird auch weniger stark besetzte Wohnungen schon als übervölkert bezeichnen können.

Die Zahl der übervölkerten Wohnungen ist, ebenso wie die ihrer Bewohner, absolut und relativ seit 1900 andauernd zurückgegangen. Eigentümlicher Weise ist dieser Rückgang in dem ersten Jahrfünft, das ja eine viel größere Zuwanderung brachte als das zweite, ein viel stärkerer gewesen als im zweiten. Besonders war dieses in den Vororten der Fall, wo sich auch der Wohnanteil im ersten Jahrfünft in relativ stärkerem Maße verbesserte, wie in der Altstadt, während er in der Neustadt ja sogar etwas sank. In den Vororten ging die Zahl der übervölkerten Wohnungen zurück von 245 im Jahre 1900 auf 77 im Jahre 1905 und auf 47 im Jahre 1910. In Prozenten an der Gesamtzahl der bewohnten Wohnungen betrug sie 1900 : 2,4, 1905 : 0,6,

1910 : 0,33 und in der Innenstadt 1900 : 0,5, 1905 : 0,2 und 1910 : 0,13. Die Zahl ihrer Bewohner bezogen auf deren Gesamtzahl ist jedoch größer. Auf eine übervölkerte Wohnung entfielen in der Gesamtstadt Bewohner im Jahre 1900 : 7,34, 1905 : 8,08 und 1910 : 7,58. Während also die Zahl der übervölkerten Wohnungen in sehr befriedigender Weise zurückging, zeigte sich in der Besetzung der übervölkerten Wohnungen eine Verschlechterung. Jedoch ist dabei zu bedenken, daß die Wohnungsaufsicht ihr Augenmerk naturgemäß zunächst auf die kleinsten der übervölkerten Wohnungen richtete, so daß diese als erste verschwanden, und so ganz sicher in den Jahren 1905 und 1910, die Durchschnittsgröße der übervölkerten Wohnungen eine bessere war, wodurch dann die Verschlechterung in der Besetzung ausgeglichen wurde.

Auch im Verhältnis zu anderen Städten nimmt Straßburg hinsichtlich der übervölkerten Wohnungen einen günstigen Stand ein. Leider liegen nur Vergleichszahlen für 1905 vor und auch hier nicht für die im ersten Kapitel untersuchten Vergleichsstädte. Auf 100 bewohnte Wohnungen entfielen im Jahre 1905 übervölkerte in Straßburg : 0,34 in Kiel : 1,13, in Hamburg : 3,11, in Lübeck : 6,22, in Königsberg i. Pr. : 9,3, in Chemnitz : 12,73, in Plauen i. V. : 16,0. Und auch in diesen Zahlen zeigt sich wieder jener Zug von Osten nach Westen. Nicht nur die Industriestädte des Ostens, wie Plauen und Chemnitz zeigen verhältnismäßig viele übervölkerte Wohnungen, sondern auch die anderen, wie z. B. Königsberg.

Wie im zweiten Kapitel an einer Stelle (S. 74) gesagt wurde, läßt sich in Straßburg die Zahl der Wohnungen der Zahl der Haushaltungen gleich setzen, da die Zahl der Wohnungen mit mehr als einer Haushaltung in Straßburg nur sehr gering ist. Sie betrug im Jahre 1910 : 228 = 0,0056% und damit entfällt erst auf etwa zweihundert Wohnungen eine solche mit mehr als einer Haushaltung. Wie ihre Zahl sich in den drei Jahren 1900, 1905 und 1910 gestaltete, zeigt folgende Zusammenstellung :

Jahr	Zahl der Wohnungen mit				
	einer Haushaltung	zwei Haushaltungen	drei Haushaltungen	vier und mehr Haushaltungen	zwei und mehr Haushaltungen zusammen
1900	31 752	550	32	17	599
1905	36 596	194	11	1	206
1910	40 086	197	15	16	228

Auch hier zeigt das erste Jahrfünft die günstigere Gestaltung, denn wenn auch im Jahre 1910 relativ die Zahl der Wohnungen mit mehr als einer Haushaltung ziemlich die gleiche war wie die im Jahre 1905 (0,0056% gegenüber 0,0055%), so ist es doch vom Standpunkt der Wohnverbesserung aus zu bedauern, daß wieder eine absolute Zunahme von etwa 10% eingetreten ist. Besonders die Zahl der Wohnungen mit 4 Haushaltungen und mehr, die im Jahre 1905 fast verschwunden war, steht 1910 wieder beinahe auf dem Stand von 1900. Diese Wohnungen lagen sämtlich in der Altstadt und zwar besonders in der westlichen Altstadt.

Literatur: Die Veröffentlichungen der einzelnen statistischen Ämter. — Handwörterbuch der Staatswissenschaften. — Tageszeitungen. — Statistisches Jahrbuch deutscher Städte (verschiedene Jahrgänge).

Tabellen.

Tabelle I.

Die Entwicklung der Wohnfaktoren, der Wohnungsbelegung, der Wohnungsgröße und des Wohnanteils in Straßburg i. Els. 1900—1910.

Stadtbezirk	Bewohnte Grundstücke						Bewohnte Wohnungen						Bewohnte Wohnräume						Bewohner						auf eine Wohnung entfallen Bewohner			auf eine Wohnung entfallen Wohnräume			auf einen Bewohner entfällt Wohnraum			auf einen Wohnraum entfallen Bewohner		
				Zunahme						Zunahme						Zunahme						Zunahme														
	1900	1905	1910	gegen 1905 absol.	gegen 1905 relat.	von 1900/05 relat.	1900	1905	1910	gegen 1905 absol.	gegen 1905 relat.	von 1900/05 relat.	1900	1905	1910	gegen 1905 absol.	gegen 1905 relat.	von 1900/05 relat.	1900	1905	1910	gegen 1905 absol.	gegen 1905 relat.	von 1900/05 relat.	1900	1905	1910	1900	1905	1910	1900	1905	1910	1900	1905	1910
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37
I. Östl. Altstadt ...	833	814	798	— 16	— 1,96	— 2,28	3 552	3 478	3 418	— 60	— 1,72	— 2,08	12 181	12 147	12 538	+ 391	+ 3,22	— 0,28	13 518	13 226	12 660	— 566	— 4,26	— 2,16	3,80	3,80	3,70	3,42	3,49	3,66	0,90	0,92	0,99	1,11	1,09	1,01
II. Westl. Altstadt ..	977	945	908	— 37	— 3,91	— 3,27	4 726	4 606	4 472	— 134	— 2,90	— 2,53	13 662	13 906	13 859	— 47	— 0,34	+ 1,72	18 282	17 942	17 398	— 544	— 3,03	— 1,86	3,86	3,89	3,89	2,89	3,02	3,09	0,74	0,77	0,79	1,34	1,29	1,25
III. St. Johann	578	575	578	+ 3	+ 0,52	— 0,52	3 146	3 041	3 005	— 36	— 1,18	— 3,33	10 999	10 556	10 669	+ 113	+ 1,07	— 4,03	12 751	12 162	11 773	— 389	— 3,19	— 4,62	4,05	4,00	3,92	3,49	3,47	3,55	0,86	0,86	0,90	1,16	1,15	1,10
IV. Krutenau.....	607	594	601	+ 7	+ 1,18	— 2,14	3 763	3 563	3 724	+ 161	+ 4,51	— 5,31	10 444	10 176	10 765	+ 589	+ 5,79	— 2,57	14 210	13 085	13 440	+ 355	+ 2,71	— 7,91	3,77	3,67	3,61	2,77	2,85	2,89	0,73	0,77	0,80	1,36	1,28	1,25
V. Finkweiler	372	358	349	— 9	— 2,51	— 3,76	2 113	2 083	2 072	— 11	— 0,52	— 1,42	5 952	6 006	6 088	+ 82	+ 1,37	+ 0,91	7 894	7 508	7 235	— 273	— 3,63	— 4,89	3,73	3,60	3,49	2,81	2,88	2,93	0,75	0,80	0,84	1,32	1,25	1,19
Altstadt....	3 367	3 286	3 234	— 52	— 1,58	— 2,40	17 300	16 771	16 691	— 80	— 0,47	— 3,05	53 238	52 791	53 919	+1128	+ 2,13	— 0,84	66 655	63 923	62 506	—1417	— 2,21	— 4,10	3,85	3,81	3,74	3,07	3,14	3,23	0,79	0,82	0,86	1,25	1,21	1,16
VI. Westl. Neustadt..	269	320	380	+ 60	+18,42	+18,96	1 528	1 971	2 600	+ 629	+31,91	+28,99	5 685	6 906	8 668	+1762	+25,52	+21,48	6 332	7 660	9 759	+2099	+27,40	+20,97	4,14	3,88	3,75	3,72	3,50	3,33	0,88	0,90	0,88	1,13	1,11	1,13
VII. Nördl. Neustadt..	463	629	713	+ 84	+13,35	+35,85	2 097	3 005	3 799	+ 794	+26,42	+43,30	9 386	12 571	16 541	+3970	+31,58	+33,94	8 494	11 529	13 988	+2459	+21,33	+35,73	4,05	3,83	3,68	4,47	4,18	4,35	1,10	1,09	1,18	0,90	0,91	0,84
VIII. Östl. Neustadt ...	390	567	683	+ 116	+20,45	+45,39	1 348	2 068	3 062	+ 994	+48,11	+53,41	6 806	9 706	13 898	+4192	+43,20	+42,61	5 887	9 005	12 118	+3113	+35,68	+52,97	4,36	4,35	3,95	5,05	4,69	4,59	1,15	1,07	1,14	0,86	0,93	0,87
Neustadt....	1 122	1 516	1 776	+ 260	+17,15	+35,56	4 973	7 044	9 461	+2417	+34,31	+41,62	21 877	29 183	39 107	+9924	+34,01	+33,39	20 713	28 194	35 865	+7671	+27,21	+36,12	4,16	4,00	3,79	4,39	4,14	4,13	1,05	1,03	1,09	0,95	0,97	0,91
	32	37	—	— 37	—	—	—	373	—	— 373	—	—	—	837	—	— 837	—	—	—	—1 213	—	1213	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Innenstadt....	4 521	4 839	5 010	+ 171	+ 3,53	+ 7,03	22 273	24 188	26 152	+1964	+ 8,12	+ 6,92	75 115	82 811	93 026	+10215	+12,33	+ 9,13	87 368	93 330	98 371	+5041	+ 5,40	+ 5,43	3,92	3,85	3,76	3,37	3,42	3,55	0,85	0,88	0,94	1,16	1,13	1,06
IX. Ruprechtsau	1 033	1 152	1 272	+ 120	+10,41	+11,52	2 058	2 345	2 676	+ 331	+14,11	+13,94	5 413	6 647	8 167	+1520	+22,86	+22,80	8 809	9 771	10 701	+ 930	+ 9,53	+10,92	4,28	4,16	4,00	2,63	2,83	3,05	0,61	0,68	0,76	1,63	1,47	1,31
X. Neudorf-Ost	1 459	1 676	1 040	+ 111	+ 6,62	+14,87	4 461	5 750	3 598	+ 567	+ 9,86	+28,89	11 793	15 725	9 797	+3 932	+25,01	+33,35	18 488	23 738	14 964	+1642	+ 6,91	+28,39	4,14	4,12	4,16	2,63	2,74	2,72	0,63	0,66	0,65	1,57	1,51	1,53
XI. Neudorf-West			747						2 719						8 025						10 416					3,83	3,99			2,95	2,83		0,77	0,71		1,30	1,42
XII. Neuhof	334	357	387	+ 30	+ 8,40	+ 6,88	573	648	770	+ 122	+18,82	+13,09	1 323	1 624	2 064	+ 301	+18,54	+22,76	2 705	3 021	3 331	+ 310	+10,27	+11,69	4,72	4,66	4,33	2,31	2,51	2,63	0,49	0,53	0,61	2,04	1,86	1,61
XIII. Kronenburg	387	477	528	+ 51	+10,69	+23,28	1 193	1 636	1 825	+ 189	+11,55	+37,13	2 788	4 149	4 883	+1361	+32,81	+48,82	5 199	7 062	7 715	+ 653	+ 9,24	+35,84	4,35	4,31	4,23	2,33	2,53	2,67	0,53	0,58	0,63	1,86	1,70	1,58
XIV. Königshofen	411	456	481	+ 25	+ 5,48	+10,95	1 234	1 480	1 589	+ 109	+ 7,36	+19,93	2 895	3 761	4 224	+ 463	+12,32	+29,93	5 212	6 069	6 412	+ 343	+ 5,65	+16,45	4,22	4,10	4,03	2,35	2,54	2,66	0,55	0,61	0,66	1,80	1,61	1,52
XV. Grüneberg.....	223	279	320	+ 41	+14,69	+25,11	559	755	985	+ 230	+30,47	+35,07	1 335	2 018	2 841	+ 823	+40,78	+51,17	2 489	3 194	4 084	+ 890	+27,87	+28,33	4,45	4,23	4,15	2,39	2,67	2,89	0,53	0,63	0,69	1,86	1,58	1,43
Vororte....	3 847	4 397	4 775	+ 378	+ 8,59	+14,29	10 078	12 614	14 162	+1548	+12,27	+25,10	25 547	33 924	40 001	+6077	+17,91	+32,79	42 902	52 855	57 623	+4768	+ 9,02	+23,20	4,25	4,19	4,07	2,53	2,69	2,83	0,59	0,64	0,69	1,68	1,56	1,44
Gesamtstadt....	8 368	9 236	9 785	+ 549	+ 5,94	+10,37	32 351	36 802	40 314	+3512	+ 9,54	+12,60	100 662	116 735	133 027	+16292	+13,95	+15,13	130 270	146 185	155 994	+9809	+ 6,71	+11,28	4,02	3,97	3,87	3,11	3,17	3,30	0,77	0,79	0,85	1,29	1,25	1,17

Die Gebäude nach der Zahl der Wohnungen und Geschäftslokale.

Tabelle II.

Stadtbezirk	Gebäude mit Wohnungen										Gebäude mit Geschäftslokalen					
	0	1	2	3—5	6—10	11—15	16—20	21—25	über 25	Zusammen	0	1	2—5	6—10	11 u. mehr	Zusammen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
I. Östl. Altstadt . .	72	170	117	500	146	13	1	—	—	1019	294	559	165	1	—	1019
II. Westl. Altstadt . .	64	136	145	493	251	31	3	2	—	1125	270	745	106	4	—	1125
III. St. Johann	148	129	74	302	172	21	3	1	—	850	255	465	88	—	1	809
IV. Krutenau .	246	134	103	327	201	34	12	1	1	1059	614	396	49	—	—	1059
V. Finkweiler	116	82	55	223	95	19	2	3	—	595	297	266	31	1	—	595
Altstadt . .	646	651	494	1845	865	118	21	7	1	4648	1730	2 431	439	6	1	4607
VI. Westl. Neustadt . .	221	65	26	154	150	39	7	—	1	663	464	171	24	—	—	659
VII. Nördl. Neustadt . .	90	124	67	319	215	39	2	—	1	857	581	225	49	—	—	855
VIII. Östl. Neustadt . .	139	291	49	207	163	45	3	—	—	897	760	94	42	1	—	897
Neustadt . .	450	480	142	680	528	123	12	—	2	2417	1805	490	115	1	—	2411
Innenstadt . .	1096	1131	636	2525	1393	241	33	7	3	7065	3535	2921	554	7	1	7018
IX. Ruprechtsau	519	683	406	276	38	—	—	—	—	1922	1598	241	13	—	—	1852
X. Neudorf-Ost . . .	838	343	245	340	216	4	1	—	—	1987	1480	371	16	—	—	1867
XI. Neudorf-West . .	276	267	175	268	149	4	3	—	—	1142	791	294	33	—	—	1118
XII. Neuhof . .	279	251	101	70	13	—	—	—	—	714	627	79	3	—	—	709
XIII. Kronenburg . .	119	131	128	228	97	2	—	—	—	705	551	137	6	—	—	694
XIV. Königshofen . .	191	158	137	207	57	2	—	—	—	752	553	160	8	—	—	721
XV. Grüneberg	196	124	74	121	39	1	—	—	—	555	420	96	2	—	—	518
Vororte . .	2418	1957	1266	1510	609	13	4	—	—	7777	6020	1378	81	—	—	7479
Gesamtstadt . .	3514	3088	1902	4035	2002	254	37	7	3	14842	9555	4299	635	7	1	14497

Posen 1900—1910.

Tabelle III.

Stadtteil	Bewohnte Grundstücke		Bewohnte Wohnungen			Bewohnte Wohnräume		Bewohner			Auf eine Wohnung entfallen Bewohner			Auf eine Wohnung entfallen Wohnräume		Auf einen Bewohner entfällt Wohnraum	
	1905	1910	1900	1905	1910	1905	1910	1900	1905	1910	1900	1905	1910	1905	1910	1905	1910
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
I. Neumarktviertel . . .	251	254	3191	3450	3633	7739	8917	14993	15915	17323	4,70	4,61	4,77	2,24	2,45	0,47	0,51
II. Altmarktviertel . . .	313	308	3202	2779	2818	6239	6698	14783	12706	12376	4,61	4,57	4,39	2,24	2,37	0,49	0,54
III. Wilda	311	377	2021	3957	5455	7389	11723	9388	17658	24105	4,64	4,46	4,42	1,86	2,15	0,41	0,48
IV. Wilhelmsviertel . . .	233	240	2586	2405	2239	7871	8495	12678	11966	11100	4,90	4,97	4,96	3,27	3,79	0,65	0,76
V. Rechtes Wartheufer .	311	320	3020	3283	3678	5461	6326	13424	14792	16585	4,44	4,50	4,51	1,67	1,72	0,37	0,38
VI. Luisenviertel .	223	230	3452	3174	3278	8364	9560	15923	14879	15544	4,61	4,69	4,71	2,63	2,91	0,55	0,61
VII. Jersitz	517	600	4149	5154	6348	10060	14050	18290	23437	28774	4,41	4,54	4,53	1,95	2,21	0,43	$0,48_8$
VIII. St. Lazarus .	521	562	2554	4168	5236	9600	13535	11697	19687	24372	4,58	4,72	4,65	2,30	2,58	0,47	0,55
Gesamtstadt . .	2680	2891	24175	28370	32685	62723	79304	111176	131040	150179	$4,59_9$	$4,61_8$	$4,59_8$	2,24	$2,42_8$	0,45	$0,52_8$

Neukölln 1910.

Tabelle IV.

Stadtteil	Bewohnte Grundstücke	Bewohnte Wohnungen	Bewohnte Wohnräume	Bewohner	Auf eine Wohnung entfallen Bewohner	Auf eine Wohnung entfallen Wohnräume	Auf einen Bewohner entfällt Wohnraum
	1910	1910	1910	1910	1910	1910	1910
1	2	3	4	5	6	7	8
I. Berliner Stadtteil	540	12 397	22 540	42 711	3,44	1,81$_8$	0,52
II. Hasenheide	369	8 216	14 596	29 090	3,54	1,77	0,50
III. Tempelhofer Stadtteil	511	11 126	18 592	42 398	3,82	1,67	0,43$_8$
IV. Britzer Stadtteil	471	7 411	13 285	27 649	3,73	1,79	0,51
V. Treptower Stadtteil	119	2 682	4 580	10 505	3,91	1,70$_8$	0,43
VI. Köllnischer Stadtteil	237	5 783	10 483	20 444	3,53	1,81	0,51
VII. Innenstadt	391	6 856	12 870	25 722	3,75	1,87	0,50
VIII. Deutscher Stadtteil	530	10 170	18 802	36 349	3,57	1,84$_8$	0,51
Gesamtstadt	3 168	64 641	115 748	234 868	3,63	1,79	0,49

Tabelle V.

Magdeburg 1900—1910.

Stadtteil	Bewohnte Grundstücke		Bewohnte Wohnungen			Bewohnte Wohnräume	Bewohner			Auf eine Wohnung entfallen Bewohner			Auf eine Wohnung entfallen Wohnräume	Auf einen Bewohner entfällt Wohnraum
	1905	1910	1900	1905	1910	1910	1900	1905	1910	1900	1905	1910	1910	1910
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
I. Innere Stadt	1983		15 636	14 057	13 974	39 629	61 752	52 809	50 726	3,94$_8$	3,75	3,70	2,83	0,78
II. Nordfront	256			2 125	2 691	12 438		8 525	10 124		4,01	3,75$_8$	4,62	1,22$_4$
III. Südfront	617		5 893	5 693	5 890	22 255	25 196	23 141	23 107	4,27	4,06	3,92	3,78	0,96
Altstadt	2856	2 915	21 529	21 875	22 555	74 322	86 948	84 475	83 957	4,03$_8$	3,86	3,72	3,29	0,88
IV. Wilhelmstadt	745	927	5 212	6 966	8 735	28 633	21 458	26 880	32 163	4,11	3,85$_8$	3,68	3,27	0,89
V. Friedrichstadt	277	306	1 962	1 914	1 996	6 238	7 718	7 230	7 100	3,93	3,77	3,55	3,12	0,87$_8$
VI. Sudenburg	859	1022	7 082	8 235	9 965	26 449	30 560	34 334	39 575	4,31	4,16$_9$	3,97	2,65	0,66$_8$
VII. Alte Neustadt	647	1740	4 832	5 919	6 911	19 762	19 673	23 337	26 355	4,07	3,94	3,81	2,86	0,74$_9$
VIII. Neue Neustadt	986		6 915	7 071	7 444	18 518	27 454	27 397	27 933	3,96$_8$	3,87	3,75	2,48	0,66
IX. Buckau	555	566	6 265	6 339	6 370	17 051	25 762	25 336	24 002	4,11	3,99	3,76	2,67	0,71
Neuere Stadtteile	4069	4561	32 268	36 444	41 421	116651	132625	144514	157128	4,10	3,96	3,79	2,81	0,74
Alt-Magdeburg	6925	7476	53 797	58 319	63 976	190973	219573	228989	241085	4,08	3,92	3,76$_8$	2,98	0,79
X. Rothensee	—	154	—	—	353	1 001	—	—	1 530	—	—	4,33	2,83	0,65
XI. Cracau, Prester	—	319	—	—	1 344	3 715	—	—	5 118	—	—	3,80$_8$	2,76	0,72
XII. Fermersleben, Salbke, Westerhusen	—	867	—	—	3 868	10 513	—	—	15 720	—	—	4,06	2,71	0,66$_8$
XIII. Lemsdorf	—	1481	—	—	762	2 028	—	—	3 277	—	—	4,30	2,66	0,61$_8$
Vororte	—	1488	—	—	6 327	17 257	—	—	25 645	—	—	4,05	2,72	0,67
Gesamt-Magdeburg		8964			70 303	208230			266730			3,79	2,96	0,78

Tabelle VI.

Mannheim 1905—1910.

Stadtteil	Bewohnte Grundstücke		Bewohnte Wohnungen		Bewohnte Wohnräume		Bewohner		Auf eine Wohnung entfallen Bewohner		Auf eine Wohnung entfallen Wohnräume		Auf einen Bewohner entfällt Wohnraum		
	1905	1910	1905	1910	1905	1910	1905	1910	1905	1910	1905	1910	1900	1905	1910
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
I. Oberstadt	824	833	2 795	2 863	13 539	13 791	12 500	12 519	4,47	4,37	4,84	4,81	1,12	1,08	1,10
II. Unterstadt	1537	1550	8 875	8 868	25 394	25 393	38 521	38 052	4,33	4,29	2,86	2,86	0,66	$0,65_8$	0,66
III. Oststadt	344	437	1 662	2 055	7 998	9 923	7 500	8 803	4,51	4,28	4,81	4,82	0,98	1,07	1,13
IV. Schwetzingerstadt	684	819	5 247	6 100	12 079	14 706	23 323	26 816	4,44	4,39	2,30	2,41	0,50	0,52	0,55
V. Lindenhof	434	576	3 057	3 975	8 304	11 253	13 618	17 657	4,45	4,44	2,71	2,83	0,57	0,61	0,64
VI. Jungbusch	326	340	2 166	2 274	6 287	6 658	9 794	10 189	4,52	4,48	2,90	$2,92_8$	0,64	0,64	0,65
VII. Mühlau	85	79	302	298	971	967	1 515	1 499	5,01	5,03	3,21	$3,24_8$		0,64	0,64
VIII. Neckarstadt	960	1253	6 056	8 042	13 173	18 881	27 761	36 519	4,58	4,54	2,17	2,34	0,46	0,47	0,52
Alt-Mannheim	5194	5887	30 160	34 475	87 745	101572	134532	152054	4,46	4,41	$2,90_9$	2,94		0,65	0,66
IX. Käfertal	461	506	980	1 144	2 191	2 744	4 394	5 335	4,48	4,66	2,20	2,39	0,51	0,50	0,51
X. Waldhof	227	309	1 351	1 684	3 084	4 033	6 700	8 418	$4,95_9$	$4,99_8$	2,28	2,89	0,49	0,46	0,48
XI. Neckarau	1010	1157	2 734	3 275	6 905	8 128	12 753	15 268	4,66	4,61	2,52	2,48	0,56	0,54	0,53
Neu-Mannheim (Vororte)	1698	1972	5 065	6 103	12 180	14 905	28 847	29 021	$4,70_8$	4,75	2,40	2,44		0,51	0,51
Gesamt-Mannheim	6892	7879	35 225	40 578	99 925	116477	158379	181075	4,50	4,46	2,83	2,87		0,63	0,61
Feudenheim		848		1 557		4 107		6 838		4,39		2,63			0,60

Tabelle VII. **Freiburg i. Br. 1900—1910.**

Stadtteil	Bewohnte Grundstücke			Bewohnte Wohnungen			Bewohnte Wohnräume (Mansarde als Wohnraum gezählt)			Bewohner			Auf eine Wohnung entfallen Bewohner			Auf eine Wohnung entfallen Wohnräume (nach verhältnismäßiger Ausschaltung der Mansarden *)			Auf einen Bewohner entfällt Wohnraum		
	1900	1905	1910	1900	1905	1910	1900	1905	1910	1900	1905	1910	1900	1905	1910	1900	1905	1910	1900	1905	1910
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
I. Oberstadt	869	883	901	2499	2552	2632	10599	10987	11492	12619	13246	13363	5,05	5,09	5,08	3,46	3,42	3,69	0,71	$0,69_8$	0,73
II. Unterstadt	1091	1107	1115	3052	3110	3177	14838	15034	15393	15500	15843	15739	4,92	4,94	4,96	3,72	3,67	4,12	0,81	0,80	0,83
III. Herdern .	468	584	630	1301	1586	1712	5090	6089	8889	7331	8892	9683	6,10	5,98	5,66	3,59	$3,44_8$	4,41	$0,58_8$	$0,57_8$	0,78
IV. Oberwiehre	604	821	921	2013	2873	3417	8278	11713	14640	8795	12323	14221	4,37	4,37	4,16	3,48	$3,60_8$	3,64	0,79	0,80	0,86
V. Unterwiehre .	488	537	579	1268	1597	1724	5332	6024	7317	6150	7352	7767	4,85	4,85	4,51	3,57	3,34	3,60	0,73	0,69	0,80
VI. Stühlinger	457	634	728	1838	2819	3581	5269	7771	10396	9383	14246	17259	5,11	5,05	4,83	2,45	2,32	2,46	0,47	0,46	0,51
Alt-Freiburg	3977	4566	4874	11971	14537	16243	49406	57618	68127	59778	71902	78072	4,99	4,97	4,81	3,40	3,29	3,56	0,70	0,67	0,74
VII. Günterstal	85	93	108	149	154	165	592	623	728	677	813	851	4,54	5,28	5,16	3,36	3,40	$3,74_8$	0,74	0,63	0,72
VIII. Haslach. .	106	125	139	218	268	310	683	802	935	1049	1383	1486	4,81	5,16	4,79	2,65	2,51	2,56	0,55	0,48	0,54
IX. Zähringen.	172	232	252	322	450	506	926	1290	1593	1403	2185	2342	4,36	4,86	4,63	2,44	2,41	2,67	0,56	0,49	$0,57_8$
X. Betzenhausen .	72	79	84	90	110	123	253	303	360	490	603	573	5,45	5,48	4,66	2,38	2,31	2,47	0,43	0,42	0,53
Vororte	435	529	583	779	982	1104	2454	3018	3616	3619	4984	5252	4,65	5,08	4,77	2,67	2,58	$2,78_8$	0,57	0,52	0,58
Gesamt-Freiburg	4412	5095	5457	12750	15519	17347	51860	60636	71743	63397	76886	83324	4,97	4,95	4,80	3,45	3,29	3,52	0,69	0,66	0,73
Gesamt-Freiburg (Wohnräume, Mansarden nicht als Wohnraum gezählt)	—	—	—	—	—	—	44010	51056	61053	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

*) S. a. im Text unter Freiburg S. 36/37.

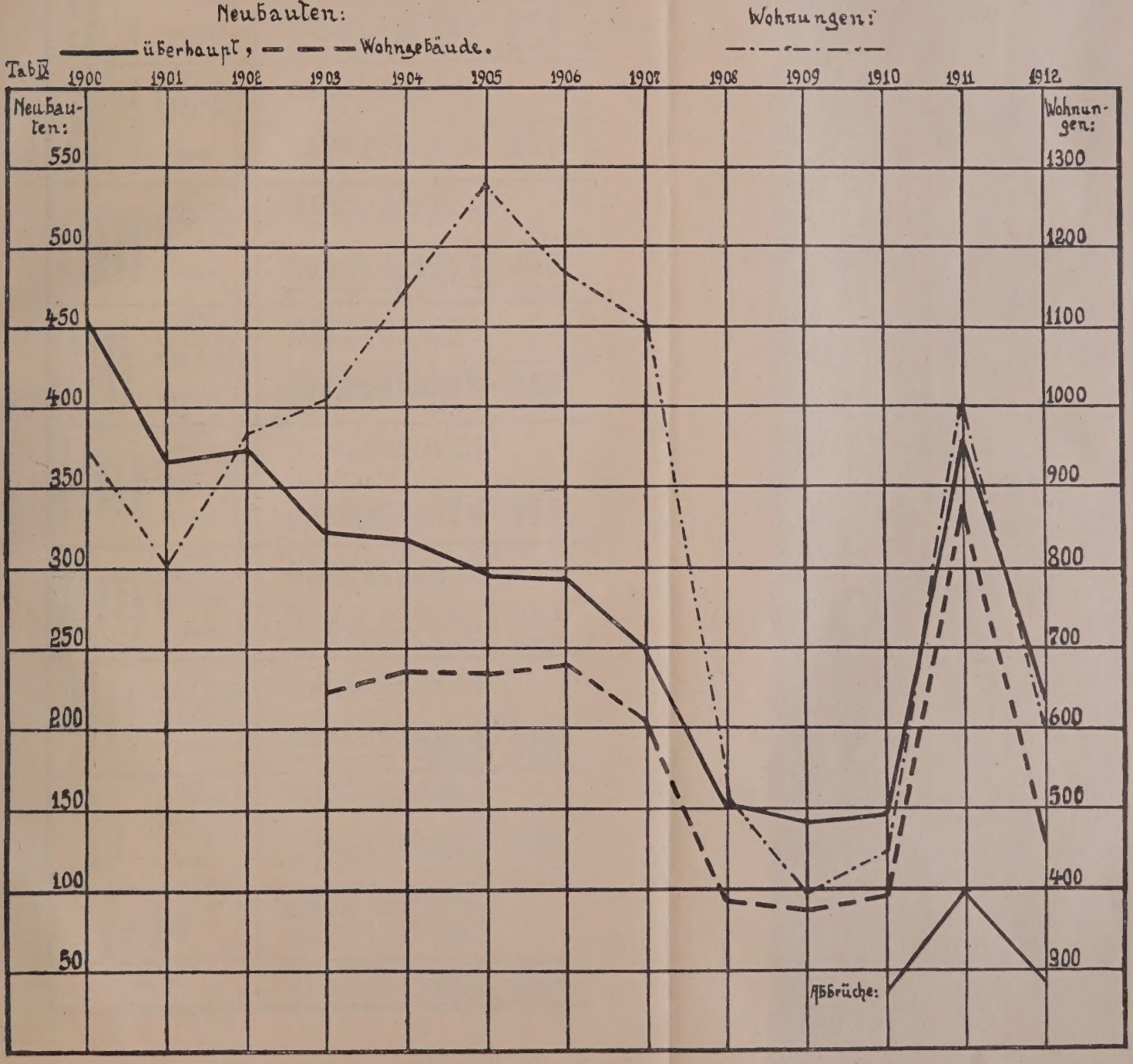
Düsseldorf 1905—1910.

Tabelle VIII.

Statist. Bezirk	Bewohnte Grundstücke		Bewohnte Wohnungen		Bewohnte Wohnräume*)	Bewohner		Auf eine Wohnung entfallen Bewohner		Auf eine Wohnung entfallen Wohnräume*)	Auf einen Bewohner entfällt Wohnraum*)
	1905	1910	1905	1910	1910	1905	1910	1905	1910	1910	1910
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
I. Altstadt.....	1 177	1 192	4 658	4 764	16 905	20 784	20 973	4,43	4,39	$3,54_8$	0,80
II. Hafenviertel ..	362	453	1 777	2 533	7 913	9 726	12 467	5,47	4,92	3,12	0,63
III. Ständehaus-Flora	1 061	1 092	4 853	5 199	18 801	21 363	22 308	4,40	4,29	3,61	0,84
IV. Östl. Friedrichstadt	1 238	1 467	7 136	8 535	31 016	30 956	36 023	$4,33_8$	4,22	3,63	0,86
V. Mittelstadt ...	2 012	2 027	6 685	6 813	31 346	30 078	30 089	4,49	4,41	4,60	1,04
VI. Hofgartenviertel.....	1 510	1 574	5 124	5 426	23 762	22 495	22 838	4,39	4,20	$4,37_9$	1,04
VII. Derendorf-Golzheim ...	1 081	1 296	5 996	7 356	22 091	31 221	35 836	5,20	4,84	3,00	0,61
VIII. Mörsenbroich .	180	159	438	436	1 344		2 068		4,74	3,08	0,65
IX a. Zool. Gartenviertel	865	1 130	2 273	2 989	14 427	33 867	14 137	$4,69_9$	4,73	4,86	1,02
IX b. Flingern	821	943	4 495	5 596	16 085		24 758		4,42	2,87	$0,64_9$
X. Oberbilk-Lierenfeld ..	1 333	1 571	7 982	10 215	27 682	39 093	48 099	4,89	4,71	2,71	0,57
XI. Volksgarten-Krankenhaus	105	129	331	557	1 803	2 547	4 524	7,69	8,12	3,23	0,39
XII. Äußerer Süd-Westen	908	1 040	2 294	3 313	10 870	11 147	15 060	$4,85_9$	4,54	3,28	0,72
Alt-Düsseldorf	12 653	14 073	54 042	63 732	224 045	253 277	289 144	4,68	4,55	3,51	0,77
XIII. Wersten	—	343	—	1 078	3 412	—	5 636	—	5,22	3,16	0,60
XIV. Himmelgeist ..	—	101	—	135	677	—	775	—	5,74	5,01	0,87
XV. Eller	—	689	—	2 209	7 049	—	10 942	—	4,95	3,19	0,64
XVI. Gerresheim ...	—	1 193	—	4 091	14 064	—	21 361	—	5,22	3,43	$0,65_8$
XVII. Rath	—	904	—	2 991	9 819	—	15 151	—	5,06	3,28	$0,64_8$
XVIII. Stockum	—	52	—	168	565	—	865	—	5,15	3,36	0,65
XIX. Heerdt-Oberkassel	—	1 282	—	2 962	12 556	—	14 859	—	5,01	$4,23_9$	0,84
Vororte	—	4 564	—	13 634	48 142	—	69 589	—	5,10	3,53	0,69
Gesamt-Düsseldorf ..		18 541		77 366	272 187		358 733		4,63	$3,51_8$	$0,75_8$†
											† ohne Küche: 0,54

*) Küche als Wohnraum gezählt.

Die Bautätigkeit in Strassburg i/Els 1900-1912.



Die Bevölkerungsbewegung in Straßburg absolut und bezogen auf je 1 000 der mittleren Bewohnerzahl.

Tabelle X.

Jahr	Mittlere Bewohnerzahl	Eheschliessungen		Für die Stadt verbleibende Lebendgeborene		Für die Stadt verbleibende ehelich Lebendgeborene		Für die Stadt verbleibende unehelich Lebendgeborene		Für die Stadt verbleibende Sterbefälle		Für die Stadt verbleibender Geburtenüberschuß		Unter den der Stadt verbleibenden Sterbefällen sind			
														unter 1 Jahr		über 1 Jahr	
		absolut	auf je 1 000 der mittleren Bewohnerzahl	absolut	auf je 1 000 der mittleren Bewohnerzahl	absolut	auf je 1 000 der mittleren Bewohnerzahl	absolut	auf je 1 000 der mittleren Bewohnerzahl	absolut	auf je 1 000 der mittleren Bewohnerzahl	absolut	auf je 1 000 der mittleren Bewohnerzahl	absolut	auf je 1 000 der mittleren Bewohnerzahl	absolut	auf je 1 000 der mittleren Bewohnerzahl
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
1900	130 270	1 424	10,9	4 204	32,2	3 486	26,7	718	5,5	2 928	22,47	1 276	9,79	1 070	8,2	1 858	14,2
1901	133 453	1 342	10,0	4 467	33,4	3 722	27,88	745	5,58	2 800	20,9	1 667	12,49	933	6,99	1 867	13,98
1902	136 636	1 377	10,0	4 393	32,1	3 649	26,7	744	5,4	2 765	20,2	1 628	11,9	986	7,2	1 779	13,0
1903	139 819	1 363	9,7	4 289	30,6	3 619	25,88	670	4,79	2 909	20,8	1 380	9,8	1 028	7,3	1 881	13,4
1904	143 002	1 453	10,1	4 483	31,3	3 778	26,4	705	4,9	2 892	20,2	1 591	11,1	940	6,5	1 952	13,6
1905	146 185	1 511	10,3	4 397	30,07	3 684	25,2	713	4,8	2 982	20,4	1 415	9,68	977	6,68	2 005	13,7
1906	148 146	1 584	10,7	4 437	29,9	3 756	25,3	681	4,59	2 829	19,1	1 608	10,8	882	5,9	1 947	13,1
1907	150 108	1 447	9,6	4 263	28,4	3 568	23,7	685	4,5	2 764	18,3	1 499	9,98	770	5,1	1 994	13,2
1908	152 070	1 481	9,7	4 281	28,1	3 556	23,39	725	4,7	2 716	17,8	1 565	10,28	760	4,99	1 956	12,86
1909	154 032	1 421	9,2	3 918	25,4	3 259	21,1	659	4,2	2 708	17,58	1 210	7,8	742	4,78	1 966	12,7
1910	155 994	1 451	9,3	3 818	24,4	3 223	20,6	595	3,8	2 457	15,7	1 361	8,7	611	3,9	1 846	11,8
1911		1 432		3 648		3 042		606		2 547		1 101		645		1 902	
1912		1 453		3 495		2 830		665		2 292		1 203		473		1 819	
1913		1 442		3 467		2 774		593		2 360		1 107		426		1 934	

Die Lebendgeborenen, Sterbefälle und der Geburtenüberschuß.

Tabelle XI.

Jahr	Lebendgeborene									Sterbefälle			Tatsächlicher Geburtenüberschuß	Von den der Stadt verbleibenden Sterbefällen waren	
		Eheliche		Uneheliche			bleiben für die Stadt							unter 1 Jahr (Säuglingssterblichkeit)	über 1 Jahr
	überhaupt	überhaupt	Wohnsitz der Eltern außerhalb	überhaupt	Wohnsitz der Mutter außerhalb	zusammen außerhalb	überhaupt	eheliche	uneheliche	überhaupt	nach außerhalb entfallende	bleiben für die Stadt			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
1900	4 456	3 564	78	892	174	252	4 204	3 486	718	3 205	277	2 928	1 276	1 070	1 858
1901	4 725	3 810	88	915	170	258	4 467	3 722	745	3 101	301	2 800	1 667	933	1 867
1902	4 685	3 757	108	928	184	292	4 393	3 649	744	3 026	261	2 765	1 628	986	1 779
1903	4 551	3 724	105	827	157	262	4 289	3 619	670	3 220	311	2 909	1 380	1 028	1 881
1904	4 768	3 898	120	870	165	285	4 483	3 778	705	3 248	356	2 892	1 591	940	1 952
1905	4 700	3 829	145	871	158	303	4 397	3 684	713	3 326	344	2 982	1 415	977	2 005
1906	4 753	3 901	145	852	171	316	4 437	3 756	681	3 176	347	2 829	1 608	882	1 947
1907	4 611	3 735	167	876	181	348	4 263	3 568	685	3 119	355	2 764	1 499	770	1 994
1908	4 665	3 753	197	912	187	384	4 281	3 556	725	3 065	349	2 716	1 565	760	1 956
1909	4 293	3 426	167	867	208	375	3 918	3 259	659	3 074	366	2 708	1 210	742	1 966
1910	4 216	3 418	195	798	203	398	3 818	3 223	595	2 862	405	2 457	1 361	611	1 846
1911	4 090	3 289	247	801	195	442	3 648	3 042	606	2 981	433	2 547	1 101	645	1 902
1912	3 983	3 112	282	871	206	488	3 495	2 830	665	2 727	435	2 292	1 203	473	1 819
1913	3 909	3 083	309	826	233	542	3 467	2 774	593	2 828	468	2 360	1 107	426	1 934

Die der Stadt Straßburg tatsächlich verbleibenden Lebendgeborenen.

Tab. XII.

Jahr	A. Die ehelich Lebendgeborenen																			
	Innenstadt											Vororte								Gesamtstadt
	I. Östl. Altstadt	II. Westl. Altstadt	III. St. Johann	IV. Krutenau	V. Finkweiler	Altstadt zusammen	VI. Westl. Neustadt	VII. Nördl. Neustadt	VIII. Östl. Neustadt	Neustadt zusammen	Innenstadt zusammen	IX. Ruprechtsau	X. Neudorf-Ost	XI. Neudorf-West	XII. Neuhof	XIII. Kronenburg	XIV. Königshofen	XV. Grüneberg	Vororte zusammen	Militär-Bezirke	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
1900	225	482	252	340	196	1 495	122	139	103	364	1 859	267	687		92	216	284		1 546	81	3 486
1901	262	409	285	381	203	1 540	143	146	127	416	1 956	276	761		114	236	300		1 687	79	3 722
1902	257	460	231	347	186	1 481	140	131	103	374	1 855	279	764		96	253	324		1 716	78	3 649
1903	272	399	259	337	178	1 445	129	149	120	398	1 843	283	776		119	222	306		1 706	70	3 619
1904	256	459	256	345	189	1 505	145	160	125	430	1 935	277	817		93	267	322		1 776	67	3 778
1905	233	439	203	320	198	1 393	140	191	140	471	1 864	251	810		90	242	350		1 743	77	3 684
1906	226	394	265	323	185	1 393	136	182	154	472	1 865	253	881		99	251	334		1 818	73	3 756
1907	207	400	206	264	170	1 247	181	185	165	531	1 778	252	838		89	248	305		1 732	58	3 568
1908	198	391	221	286	154	1 250	178	178	154	510	1 760	257	790		87	262	340		1 736	60	3 556
1909	199	362	174	274	163	1 172	170	186	165	521	1 693	237	683		85	220	285		1 510	56	3 259
													722				292				
1910	183	378	172	260	140	1 133	163	165	156	484	1 617	223	446	276	84	233	170	122	1 554	52	3 223
1911	178	336	183	228	136	1 061	144	154	158	456	1 517	229	394	250	122	213	154	109	1 471	54	3 042
1912	155	247	152	218	139	911	129	153	151	433	1 344	195	375	250	167	194	150	102	1 433	53	2 830
1913	162	232	176	210	120	900	115	169	176	460	1 360	196	349	223	169	184	143	112	1 376	38	2 774

Noch Tab. XII.

B. Die unehelich Lebendgeborenen

Jahr	Innenstadt											Vororte									Gesamtstadt
	I. Östl. Altstadt	II. Westl. Altstadt	III. St. Johann	IV. Krutenau	V. Finkweiler	Altstadt zusammen	VI. Westl. Neustadt	VII. Nördl. Neustadt	VIII. Östl. Neustadt	Neustadt zusammen	Innenstadt zusammen	IX. Ruprechtsau	X. Neudorf-Ost	XI. Neudorf-West	XII. Neuhof	XIII. Kronenburg	XIV. Königshofen	XV. Grüneberg	Vororte zusammen	Militär-Bezirke	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
1900	62	171	45	109	47	434	18	18	24	60	494	37	113		15	30	29		224	—	718
1901	76	146	53	123	36	434	12	12	22	46	480	28	152		17	28	40		265	—	745
1902	72	142	68	111	37	430	12	23	23	58	488	41	123		12	27	53		256	—	744
1903	74	118	49	108	42	391	10	22	16	48	439	38	120		14	25	33		230	1	670
1904	79	123	57	87	42	388	17	21	26	64	452	26	140		10	30	44		250	3	705
1905	81	139	55	91	33	399	25	30	18	73	472	27	152		10	19	31		239	2	713
1906	79	135	50	80	32	376	19	26	29	74	450	30	143		10	24	23		230	1	681
1907	83	136	49	86	32	386	10	30	32	72	458	36	139		7	25	29		226	1	695
1908	75	136	65	89	36	401	23	27	35	85	486	23	154		9	25	27		238	1	725
1909	58	113	45	95	36	347	16	34	31	81	428	32	133		6	27	33		231	—	659
													126				33				
1910	63	109	37	68	23	300	14	26	32	72	372	28	97	29	14	22	17	16	223	—	595
1911	46	121	50	62	30	309	15	23	38	76	385	34	91	30	21	24	10	11	221	—	606
1912	87	109	63	81	21	361	25	26	42	93	454	27	87	32	18	17	17	13	211	—	665
1913	78	92	32	65	25	292	13	40	37	90	382	30	76	32	21	21	14	16	210	1	593

Noch Tab. XII.

Jahr	C. Ehelich und unehelich Lebendgeborene zusammen																			
	Innenstadt											Vororte								
	I. Östl. Altstadt	II. Westl. Altstadt	III. St. Johann	IV. Krutenau	V. Finkweiler	Altstadt zusammen	VI. Westl. Neustadt	VII. Nördl. Neustadt	VIII. Östl. Neustadt	Neustadt zusammen	Innenstadt zusammen	IX. Ruprechtsau	X. Neudorf-Ost	XI. Neudorf-West	XII. Neuhof	XIII. Kronenburg	XIV. Königshofen	XV. Grüneberg	Vororte zusammen	Militär-Bezirke	Gesamtstadt
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
1900	287	653	297	449	243	1 929	140	157	127	424	2 353	304	800		107	246	313		1 770	81	4 204
1901	338	555	338	504	239	1 974	155	158	149	462	2 436	304	913		131	264	340		1 952	79	4 467
1902	329	602	299	458	223	1 911	152	154	126	432	2 343	320	887		108	280	377		1 972	78	4 393
1903	346	517	308	445	220	1 836	139	171	136	446	2 282	321	896		133	247	339		1 936	71	4 289
1904	335	582	313	432	231	1 893	162	181	151	494	2 387	303	957		103	297	366		2 026	70	4 483
1905	314	578	258	411	231	1 792	165	221	158	544	2 336	278	962		100	261	381		1 982	79	4 397
1906	305	529	315	403	217	1 769	155	208	183	546	2 315	283	1 024		109	275	357		2 048	74	4 437
1907	290	536	255	350	202	1 633	191	215	197	603	2 236	288	977		96	273	334		1 968	59	4 263
1908	273	527	286	375	190	1 651	201	205	189	595	2 246	280	944		96	287	367		1 974	61	4 281
1909	257	475	219	369	199	1 519	186	220	196	602	2 121	269	816		91	247	318		1 741	56	3 918
													848				335				
1910	246	487	209	328	163	1 433	177	191	188	556	1 989	251	543	305	98	255	187	138	1 777	52	3 818
1911	224	457	233	290	166	1 370	159	177	196	532	1 902	263	485	280	143	237	164	120	1 692	54	3 648
1912	242	356	215	299	160	1 272	154	179	193	526	1 798	222	462	282	185	211	167	115	1 644	53	3 495
1913	240	324	208	275	145	1 192	128	209	213	550	1 742	226	425	255	190	205	157	128	1 586	39	3 467

Zu- und Abnahme der Bewohner 1900/05 und 1905/10 durch Geburtenüberschuß und Wanderung.

Tabelle XIII.

Stadtbezirk	Bewohner			Zunahme gegen 1905		Zunahme von 1900/05		Tatsächlich der Stadt bleibende Lebend-Geburten		Tatsächlich auf die Stadt entfallende Sterbefälle		Zunahme + und Abnahme — durch Geburtenüberschuß		Zunahme + und Abnahme — durch Wanderung	
	1900	1905	1910	absol.	relat.	absol.	relat.	1905/10	1900/05	1905/10	1900/05	1905/10	1900/05	1905/10	1900/05
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
I. Östl. Altstadt ..	13518	13226	12660	— 566	— 4,26	— 292	— 2,16	1371	1662	1051	1267	+ 320	+ 395	— 886	— 687
II. Westl. Altstadt.	18282	17942	17398	— 544	— 3,03	— 340	— 1,86	2554	2834	1825	2091	+ 729	+ 743	—1273	—1083
III. St. Johann	12751	12162	11773	— 389	— 3,19	— 589	— 4,62	1284	1516	973	1152	+ 311	+ 364	— 700	— 953
IV. Krutenau.....	14210	13085	13440	+ 355	+ 2,71	—1125	— 7,91	1825	2250	1343	1683	+ 482	+ 567	— 127	—1692
V. Finkweiler	7894	7508	7235	— 273	— 3,63	— 386	— 4,89	971	1144	1489	1358	— 518	— 214	+ 245	— 172
Altstadt.	66655	63923	62506	—1417	— 2,21	—2732	— 4,10	8005	9406	6681	7551	+1324	+1855	—2741	—4587
VI. Westl. Neustadt	6332	7660	9759	+2099	+27,40	+1328	+20,97	910	773	521	442	+ 389	+ 331	+1710	+ 997
VII. Nördl. Neustadt	8494	11529	13988	+2459	+21,33	+3035	+35,73	1039	885	678	550	+ 361	+ 335	+2098	+2700
VIII. Östl. Neustadt .	5887	9005	12118	+3113	+35,68	+3118	+52,97	953	720	533	391	+ 420	+ 329	+2693	+2789
Neustadt .	20713	28194	35865	+7671	+27,21	+7481	+36,12	2902	2378	1732	1383	+1170	+ 995	+6501	+6486
		1213		—1213				302	377	205	195	+ 97	+ 182	—1310	— 182
Innenstadt .	87368	93330	98371	+5041	+ 5,40	+4749	+ 5,43	11209	12161	8618	9129	+2591	+3032	+2450	+1717
IX. Ruprechtsau ...	8809	9771	10701	+ 930	+ 9,53	+ 962	+10,92	1371	1526	767	898	+ 604	+ 628	+ 326	+ 334
X. Neudorf-Ost ...	18488	23738	14964	+ 1642	+6,91	+ 5250	+28,39	4609	4615	2357	2449	+ 2252	+ 2166	—610	+ 3084
XI. Neudorf-West ..			10416												
XII. Neuhof.....	2705	3021	3331	+ 310	+10,27	+ 316	+11,69	490	575	268	329	+ 222	+ 246	+ 88	+ 70
XIII. Kronenburg....	5199	7062	7715	+ 653	+ 9,24	+1863	+35,84	1337	1349	654	688	+ 683	+ 661	— 30	+1202
XIV. Königshofen ...	5212	6069	6412	+ 343	+ 5,65	+ 857	+16,45	1701	1803	810	855	+891	+948	+342	+614
XV. Grüneberg	2489	3194	4084	+ 890	+27,87	+ 705	+28,33								
Vororte.	42902	52855	57623	+4768	+ 9,02	+9953	+23,20	9508	9868	4856	5219	+4652	+4649	+ 116	+5304
Gesamtstadt.	130270	146185	155994	+9809	+ 6,71	+ 1702	+11,28	20717	22029	13474	14348	+7243	+7681	+2566	+7021

Die übervölkerten Wohnungen und die Wohnungen nach der Zahl der Haushaltungen (1910).

Tabelle XIV.

Stadtbezirk	Bewohnte Wohnungen		Übervölkerte Wohnungen und zwar								Von 100 Wohnungen waren überfüllt	Von 100 Bewohnern wohnten in überfüllten Wohnungen	Zahl der Wohnungen mit			
			1 Zimmer ohne Zubehör mit 6 und mehr Bewohnern		1 Zimmer mit Zubehör mit 6 und mehr Bewohnern		2 Zimmer mit 11 und mehr Bewohnern		überhaupt				einer Haushaltung	zwei Haushaltungen	drei Haushaltungen	vier und mehr Haushaltungen
	Zahl	Bewohner	Zahl	Bewohner	Zahl	Bewohner	Zahl	Bewohner	Zahl	Bewohner						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
I. Östl. Altstadt	3 418	12 660	—	—	2	14	—	—	2	14	0,06	0,11	3 381	28	6	3
II. Westl. Altstadt	4 472	17 398	2	13	8	57	—	—	10	70	0,22	0,40	4 394	63	5	10
III. St. Johann	3 005	11 773	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2 982	22	1	—
IV. Krutenau	3 724	13 440	—	—	9	59	—	—	9	59	0,24	0,44	3 707	14	1	2
V. Finkweiler	2 072	7 235	—	—	2	12	1	11	3	23	0,14	0,32	2 055	16	—	1
Altstadt	16 691	62 506	2	13	21	142	1	11	24	166	0,14	0,27	16 519	143	13	16
VI. Westl. Neustadt	2 600	9 759	—	—	2	13	—	—	2	13	0,08	0,13	2 594	6	—	—
VII. Nördl. Neustadt	3 799	13 988	—	—	1	6	—	—	1	6	0,03	0,04	3 794	5	—	—
VIII. Östl. Neustadt	3 062	12 118	—	—	6	38	—	—	6	38	0,20	0,31	3 052	9	1	—
Neustadt	9 461	35 865	—	—	9	57	—	—	9	57	0,10	0,16	9 440	20	1	—
Innenstadt	26 152	98 371	2	13	30	199	1	11	33	223	0,13	0,23	25 959	163	14	16
IX. Ruprechtsau	2 676	10 701	—	—	2	12	3	35	5	47	0,20	0,45	2 673	3	—	—
X. Neudorf-Ost	3 598	14 964	1	6	7	48	3	33	11	87	0,31	0,58	3 576	21	1	—
XI. Neudorf-West	2 719	10 416	—	—	2	14	1	12	3	26	0,11	0,25	2 714	5	—	—
XII. Neuhof	770	3 331	—	—	8	61	3	35	11	96	1,40	2,90	770	—	—	—
XIII. Kronenburg	1 825	7 715	—	—	9	55	—	—	9	55	0,50	0,70	1 824	1	—	—
XIV. Königshofen	1 589	6 412	—	—	3	21	1	11	4	32	0,25	0,50	1 587	2	—	—
XV. Grüneberg	985	4 084	—	—	1	6	3	35	4	41	0,40	1,00	983	2	—	—
Vororte	14 162	57 623	1	6	32	217	14	161	47	384	0,33	0,67	14 127	34	1	—
Gesamtstadt	40 314	155 994	3	19	62	416	15	172	80	607	0,20	0,40	40 086	197	15	16

87-B11200

GETTY RESEARCH INSTITUTE
3 3125 01579 1821